

Basler Stadtbuch
Dossier 2022

Ukrainische Flüchtlinge in Basel

Christoph Heim



Zum Stadtbuch-Dossier «Ukrainische Flüchtlinge in Basel»

Mit dem Überfall russischer Streitkräfte auf die Ukraine am 24. Februar 2022 eskalierte ein seit 2014 zwischen beiden Staaten schwelender Konflikt. Neben der völkerrechtswidrigen Annexion der Halbinsel Krim erwies sich die Etablierung prorussischer Milizen im Donbass im Osten der des Landes als folgenschwerer Eingriff in die Souveränität der Ukraine. Massive russische Truppenverstärkungen an der Grenze zwischen Russland und der Ukraine seit Sommer 2021 waren schlussendlich konkrete Kriegsvorbereitungen im Auftrag von Präsident Wladimir Putin.

Als Reaktion auf den Angriff flüchteten innerhalb weniger Wochen Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer innerhalb ihres Heimatlandes oder ins Ausland. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (United Nations High Commissioner for Refugees UNHCR) sprach einen Monat nach Kriegsbeginn von 6,5 Millionen Binnenvertriebenen und 2,5 Millionen Menschen, die ins Ausland geflüchtet waren. Schätzungen von Ende November 2022 nannten bereits knapp 8 Millionen aus der Ukraine Geflüchtete. Viele von ihnen waren Frauen aus den Grossstädten Odessa, Charkiw und Kiew, teils mit Kindern im schulpflichtigen Alter.

Auch wenn die Ukraine im Herbst 2022 einen Teil der von Russland besetzten Regionen zurückerobern konnte, dauert der Krieg mehr als 300 Tage nach seinem Ausbruch weiterhin an. Schwere Raketenangriffe auf die ostukrainische Millionenstadt Dnipro im Januar 2023 liessen die Hoffnung auf ein baldiges Ende der Invasion einmal mehr schwinden.

Das Staatssekretariat für Migration (SEM) konstatierte: «Die Schweiz ist mit einem Zustrom von Flüchtenden in präzedenzlosem Ausmass konfrontiert.»¹ Bis Anfang 2023 suchten knapp 80'000 Ukrainerinnen und Ukrainer Zuflucht in der Schweiz, die Hälfte von ihnen bereits in den ersten vier Wochen nach Kriegsausbruch.² Ein grosser Teil kam bei Privatpersonen und Gastfamilien unter, Bund und Kantone konnten Gemeinschaftsunterkünfte anbieten, die Schweizerische Flüchtlingshilfe leistete humanitäre Unterstützung. Für die aus der Ukraine in die Schweiz geflüchteten Personen nutzte der Bund erstmals den nicht kontingentierten, jedoch auf ein Jahr begrenzten Schutzstatus S.³ «Mit dem Schutzstatus S kann dieser grossen Zahl von gleichzeitig eintreffenden Geflüchteten rasch und ohne vertiefte individuelle Prüfung der Fluchtgründe der notwendige vorübergehende Schutz gewährt werden, ohne das Schweizer Asylsystem zu überlasten.»⁴

Neben der zu leistenden humanitären Hilfe sind auch Fragen zur Zukunft der Flüchtlinge zu beantworten. Das UNHCR konstatierte Anfang 2023, dass 63% der im Rahmen einer Studie befragten Flüchtlinge in naher Zukunft in ihrem Aufnahmeland bleiben möchten.⁵ Folglich muss auch die Schweiz Strategien ausarbeiten, um diesen von Krieg und Flucht traumatisierten Menschen Perspektiven aufzuzeigen – mit Angeboten zum Wohnen, zur sprachlichen Integration, zur Schulbildung und zum Arbeiten.

Der nachfolgende Beitrag des Journalisten Christoph Heim ist zum einen ein Erfahrungsbericht: Der Autor war im Jahr 2022 während mehrerer Monate Gastgeber für eine aus der Ukraine in die Schweiz geflüchtete Mehrgenerationen-Familie. Zum anderen ist der Text ein von diesen persönlichen Erlebnissen geprägtes Plädoyer für eine flüchtlingsfreundlichere Region Basel.

Redaktion Basler Stadtbuch
Januar 2023

¹ <https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/sem/aktuell/ukraine-krieg.html#1556935528> (Zugriff am 17.01.2023).

² <https://data.unhcr.org/en/situations/ukraine> (Zugriff am 17.01.2023).

³ <https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/sem/aktuell/ukraine-krieg.html#1556935528> (Zugriff am 17.01.2023).

⁴ Ebd. Der Sonderstatus war Ende der 1990er-Jahre als Reaktion auf die Balkan-Kriege eingeführt, damals aber nicht genutzt worden.

⁵ <https://www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen/news-und-stories/ukraine-neuste-entwicklungen> (Zugriff am 17.01.2023).

Ukrainische Flüchtlinge in Basel

Christoph Heim

Es waren zumeist Frauen und Kinder, die wegen des russischen Angriffskriegs seit Februar 2022 zu Millionen aus der Ukraine flohen. Sie trafen in ganz Europa auf offene Arme. In der Schweiz erhielten die Geflüchteten vom Bund den Aufenthaltsstatus S und viele wurden in Gastfamilien beherbergt. Dieses zivilgesellschaftliche Engagement hat in die hiesige Migrationspolitik, die seit Jahrzehnten darauf bedacht ist, die Schweiz als Fluchtort für Schutzsuchende so wenig attraktiv wie möglich erscheinen zu lassen, eine neue Dynamik gebracht. So weist die Zuwendung, die man den Ukrainerinnen und Ukrainern entgegenbringt, den Weg, wie man auch mit Schutzsuchenden, die nicht aus Europa stammen, umgehen sollte. Denn es gibt keinen Grund, Personen, die vor Krieg und Hunger aus dem Nahen oder Mittleren Osten, aus Afrika oder aus Sri Lanka und dem Balkan zu uns flüchten, schlechter zu stellen als die von Russland bedrohten Menschen aus der Ukraine.

Das Besondere am Schutzstatus S (der erst 2022 für die Flüchtlinge aus der Ukraine aktiviert wurde) ist, dass man ohne Bewilligung ins Ausland reisen und in die Schweiz zurückkehren kann, was den meisten Asylsuchenden, die gewöhnlich nur den sogenannten Ausweis N erhalten, nicht erlaubt ist. Überdies ermöglicht der Status S die sofortige Aufnahme einer angestellten oder selbstständigen Erwerbstätigkeit. Die ursprüngliche Laufzeit einer Aufenthaltsbewilligung mit Schutzstatus S dauerte ein Jahr. Sie wurde kürzlich für alle Ukraine-Flüchtlinge verlängert,⁶ so dass sie den Status S nicht vor dem 4. März 2024 verlieren.

Am 1. Dezember 2022 zählte das Staatssekretariat für Migration 72'182 Ukrainerinnen und Ukrainer, die seit Kriegsbeginn am 24. Februar in die Schweiz geflüchtet sind.⁷ 69'641 Personen haben den Schutzstatus S erhalten. Die Schweizerische Flüchtlingshilfe⁸ schätzt, dass «beinahe die Hälfte bei Gastfamilien eine Unterkunft gefunden hat». In Basel befinden sich laut Internetseite der kantonalen Asylkoordination⁹ Ende November 1'814 Geflüchtete aus der Ukraine, von denen 264 bei Gastfamilien wohnen, die von GGG Benevol¹⁰, einem Basler Kompetenzzentrum für Freiwilligenarbeit, begleitet werden. Weitere 1'045 Personen leben selbstständig in Mietverhältnissen oder bei nicht registrierten Gastfamilien. In Baselland wurden Ende November 2'363 Personen aus der Ukraine mit dem Status S gezählt. Davon leben 42 Prozent in Gastfamilien, wie die Schätzungen lauten, die das Sozialamt des Kantons Baselland auf Anfrage mitteilt (E-Mail an den Verfasser vom 6. Dezember 2022). In absoluten Zahlen wären das Ende November 992 Personen gewesen.

Auch wir, meine Frau und ich, haben in einer Basler Vorortsgemeinde während etwas mehr als drei Monaten sechs, kurze Zeit sogar sieben Personen aufgenommen. Sie fuhr in den ersten Wochen des Krieges aus Charkiw mit zwei Autos über Moldawien, Polen und Deutschland in die Schweiz. In unserem Haus hatten sie vier Zimmer und ein eigenes Bad zur Verfügung. Die Küche, in die wir einen zweiten Kühlschrank stellten, haben wir uns geteilt. Als Gastfamilie haben wir hautnah erlebt, mit welchen Problemen Menschen aus der Ukraine konfrontiert sind, die hier in der Schweiz Schutz suchen und im Grunde noch nicht genau wissen, ob oder wie stark sie sich integrieren wollen. Denn die Erfolge der ukrainischen Truppen bei der Abwehr und Rückeroberung der besetzten Gebiete liessen die Hoffnung nie schwinden, dass eine Rückkehr möglich sein wird. Erfahrungen, die wir mit den Geflüchteten, aber auch mit den Behörden gemacht haben, fliessen in diesen Artikel ein.

⁶ <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-91310.html> (Zugriff am 06.12.2022).

⁷ <https://twitter.com/SEMIGRATION/status/1598253181175484416> (Zugriff am 06.12.2022).

⁸ <https://www.fluechtlingshilfe.ch/aktiv-werden/fuer-ukrainische-gefluechtete/gastfamilien-fuer-ukrainische-gefluechtete> (Zugriff am 06.12.2022).

⁹ <https://www.support-ukraine.bs.ch/registrierung/Zahlen-Status-S.html> (Zugriff am 06.12.2022).

¹⁰ <https://ggg-benevol.ch/> (Zugriff am 06.12.2022).

Privates Engagement

Die Gastfamilien kümmerten sich um das Wohlergehen ihrer ukrainischen Gäste, stellten Zimmer, Bad und Küche zur Verfügung, luden sie an den gemeinsamen Familientisch oder kauften ihnen Lebensmittel, die sie selber verarbeiten konnten. Bei Bedarf finanzierten sie auch Kleider, Bettdecken, Kochgeschirr, Handys oder Fahrräder. Sie unterstützten die Geflüchteten im Kontakt mit den Behörden, übersetzten die oft in einem schwer verständlichen Deutsch formulierten Anweisungen und Erlasse ins Russische oder Ukrainische – mit Hilfe von elektronischen Übersetzungsprogrammen – und halfen bei der Integration in das gesellschaftliche, schulische oder Arbeitsleben, was nicht selten auch mit finanziellen Ausgaben für Sportclubs oder Deutschkurse verbunden war.

Viele Gastfamilien konnten auf die finanzielle und praktische Unterstützung durch ihre Nachbarn zählen. Einige Wochen nach der Anmeldung beim Sozialamt trafen auf dem Bankkonto der Ukrainerinnen und Ukrainer auch die Gelder der Sozialhilfe ein, die für Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs ausreichen sollten. Diese Zuwendungen entlasteten die Gastfamilien zunehmend. Zudem haben sich Politik und Behörden, die von dem Ansturm von Geflüchteten im Frühjahr völlig überrumpelt wurden, nach anfänglichem Zögern dazu entschlossen, auch die Gastfamilien zu entschädigen. Allerdings wurden diese vom Bund empfohlenen Beiträge von vielen Kantonen nur widerwillig ausbezahlt.

Holschuld vs. Bringschuld

Im Kanton Zürich zum Beispiel mussten die Gastfamilien mit ihrer Steuererklärung nachweisen, dass sie nicht zu reich waren, um staatliche Unterstützung zu erhalten. Ein entwürdigender Aufwand, zu einer Rückerstattung in der Höhe von ungefähr 100 Franken pro Person und Monat zu kommen. Dabei geht es nicht um eine Holschuld der Gastgeber, sondern um eine Bringschuld der Sozialbehörden. Auch im Kanton Baselland muss eine Gastfamilie die Entschädigung mit einem komplizierten Gesuch¹¹ der lokalen Sozialbehörde regelrecht abringen. Kommt dazu, dass viele Gemeinden, die diese Entschädigungen ausbezahlen sollten, sich zurückhalten, wenn es darum geht, die Gastfamilien zu informieren. Diese müssten schon selbst darauf kommen und einen Antrag einreichen, heisst es. Nach einer wochen-, unter Umständen sogar monatelangen Prüfung wird dann eine «Verfügung» ausgestellt, in der genau abgerechnet wird, was den Bittstellern zusteht. Überflüssig zu erwähnen, dass diese Entschädigungen in keinem Verhältnis zu den Kosten stehen, die der Sozialhilfe entstehen würden, wenn sie eine Wohnung auf dem Immobilienmarkt anmieten müsste.

Die Sozialbehörden in der Schweiz unterstützen die Ukraine-Flüchtlinge mit einem knapp bemessenen Taschengeld von rund 10 Franken pro Tag, womit Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs gekauft werden können. Darüber hinaus übernehmen sie die Mietkosten für eine preisgünstige Wohnung. Schliesslich bezahlen sie die Krankenkassenprämie. Insgesamt handelt es sich um Beiträge in der Höhe von 1'200 bis 1'500 Franken pro Person, die von den Bundesbeiträgen von 1'500 Franken pro Geflüchteter gedeckt sind. Dazu kommen Deutschkurse, für die der Bund zusätzlich 3'000 Franken pro Person bereitstellt, und eine eventuelle Unterstützung bei Sport- oder Weiterbildungskursen, die ebenfalls von der Sozialhilfe bezahlt werden können.

Paragraf für Paragraf

Indem nicht nur die Geflüchteten, sondern auch zahlreiche Gastfamilien in Kontakt mit dem schweizerischen Asylwesen kamen, wurden dessen Defizite breiteren Kreisen offenbar. Erstens sind die Gesetze, die den Umgang mit Geflüchteten regeln, von Kanton zu Kanton, von Gemeinde zu Gemeinde verschieden. In Gegenden, in denen rechtskonservative Parteien das Sagen haben, ist die Flüchtlingshilfe geizig, sind die Unterkünfte karg und die Verfahrensabläufe kompliziert. Besser läuft es in grösseren Städten wie Basel. Aber immer noch machen

¹¹ <https://www.baselland.ch/politik-und-behorden/regierungsrat/medienmitteilungen/gastfamilien-im-baselbiet-erhalten-finanzielle-entschaedigung> (Zugriff am 06.12.2022).

vielerorts die Gesetze, welche die Sozialhilfe auf der Ebene der Kantone regeln, Paragraf für Paragraf deutlich, dass man Flüchtlingen grösste Vorbehalte entgegenbringt und peinlichst genau darauf achtet, keinen Franken zu viel auszubezahlen.

Eine schlechte Visitenkarte für unsere Flüchtlingspolitik ist etwa das Gebäude, in dem das basellandschaftliche Amt für Migration untergebracht ist. Es befindet sich in Frenkendorf in der Nähe des Bahnhofs in einem heruntergekommenen, unansehnlichen Bürohaus, das so schlecht ausgeschildert ist, dass man es beinahe nicht findet. Im Vergleich dazu ist das Passbüro von Baselland, wo die Schweizer Bürgerinnen und Bürger ihre Dokumente erneuern lassen können, im denkmalgeschützten Rathaus der Stadt Liestal geradezu luxuriös. Nicht zu beanstanden ist auch die Regelung in der Stadt Basel, wo die Geflüchteten ihre Ausweise im zentralen Spiegelhof erhalten, einem zweckmässigen Verwaltungsgebäude für alle.

Eine Frage der Kommunikation

Die kritische, tendenziell ablehnende Grundhaltung gegenüber den Geflüchteten kommt oft in sehr umständlichen, aus der Zeit gefallenen Behördenabläufen und -mitteilungen zum Ausdruck. So wird den Geflüchteten in Baselland mehrere Wochen nach ihrem Vorsprechen auf dem Sozialamt eine amtliche «Verfügung» zugeschickt, die unverständlicher kaum sein könnte. Auf den ersten Blick hat man den Eindruck, dass es in dem Dokument um eine Strafe, Busse oder Rückweisung geht, bis man erfährt, dass hier in juristischen Textbausteinen die Höhe der monatlichen Sozialhilfe, auf die man Anspruch hat, mitgeteilt wird.

Jenseits der Frage, ob die bescheidene Höhe der Sozialhilfe angemessen ist für ein Leben in der Schweiz, geht es zentral um das Wie, um die Kommunikation einer Behörde mit ihren Kundinnen und Kunden. Diese ist in der Stadt professioneller als im Landkanton, wo die Sozialhilfe an die Gemeinden delegiert ist, die einzeln für sich agieren müssen. Zwar gibt auch in Baselland die [Webseite](#)¹² der kantonalen Koordinationsstelle Asyl auf die wichtigsten Fragen ukrainischer Flüchtlinge Antwort. Angesichts des komplizierten Internetauftritts fühlt man sich aber in die 1990er-Jahre zurückversetzt. Hingegen behandelt die Basler Asylkoordination unter dem Stichwort [ukraine support](#)¹³ alle Probleme, die sich Geflüchteten stellen, auf einer grafisch übersichtlich gestalteten Webseite. Sie beantwortet sie in verständlichem Deutsch und auf Ukrainisch und ist zudem direkt mit den Institutionen verlinkt (Sozialhilfe, Ärzte, Psychiater), die bei der Lösung von Problemen Hand bieten.

Wo gibt es geeigneten Wohnraum?

Flüchtlingswellen gehören zum Alltag eines krisengeschüttelten 21. Jahrhunderts. Die Verursacher sind längst benannt: Es sind autokratische Regimes, die Minderheiten mit äusserster Brutalität verfolgen. Es sind islamistische Armeen, die ganze Regionen zerstören. Es sind Diktatoren, die wie zu Zeiten des Kolonialismus gnadenlose Expansionskriege führen. Es ist die Klimakatastrophe, die das Leben in den Tropen zunehmend unmöglich macht und Millionen in die Flucht treibt. So gesehen lässt sich die Schweiz unendlich viel Zeit, bis sie Migration und Flüchtlingswellen zu einem integralen Bestandteil ihrer Aussen- und Innenpolitik macht.

Warum hat man nicht schon längst damit begonnen, ganz professionell jene Gebäude, die einer Sanierung bedürfen, interimistisch für die Unterbringung von Flüchtlingen fit zu machen? Was macht man eigentlich mit den Tausenden und Abertausenden von Quadratmetern leeren Büroraums, der in der Region Basel zum Beispiel mit dem Bau der gigantischen Roche-Türme entstanden ist? Eines ist sicher: Die Geflüchteten aus der Ukraine werden nicht die letzten Migranten gewesen, die Wohnraum brauchen. Wohnraum, bei dessen Anblick man als Einwohnerin oder Einwohner dieses Landes nicht beschämt zu Boden blicken muss.

¹² <https://www.baselland.ch/politik-und-behorden/direktionen/finanz-und-kirchendirektion/sozialamt/infos-zu-schutzbeduerftigen-aus-der-ukraine> (Zugriff am 06.12.2022).

¹³ <https://www.support-ukraine.bs.ch/> (Zugriff am 06.12.2022).

Wie weiter? – Ein Plädoyer aus eigener Erfahrung

Ein weiteres Problem, das anzusprechen sich lohnt, ist die Frage nach der Integration von Flüchtlingen, die nach Kriegsende wieder zurück in ihre Heimat wollen. Für die meisten Ukrainerinnen und Ukrainer ist die Schweiz eine Übergangslösung, was zur Folge hat, dass Deutsch überaus langsam gelernt wird und lieber Gelegenheitsjobs angenommen werden als solche, die einer Umschulung bedürfen. Der Einstieg ins Berufsleben wird auch dadurch erschwert oder gar verhindert, dass Geringverdiener fast den ganzen Lohn der Sozialhilfe abgeben müssen, die so ihre Ausgaben decken will. «Warum soll ich eine anstrengende Hilfsarbeit für 4'500 Franken Lohn machen, wenn mir die Sozialhilfe 90 Prozent davon einbehält?», fragte mich einmal ein ukrainischer Mann, der mit seiner Familie rund 4'500 Franken Sozialhilfe bezieht. «Warum soll ich einen Tag pro Woche putzen gehen, wenn ich am Schluss nur 20 Franken behalten darf?», fragt eine Frau, die ebenfalls von der Sozialhilfe lebt. Wenn die Schweizer Sozialbehörden nicht wollen, dass die Geflüchteten dauerhaft in der Sozialhilfe hängen bleiben, wären attraktivere Anreize, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, sicher sinnvoll.

Es zeigt sich hier ein Dilemma, dessen Ursache darin liegt, dass sich die Schweizer Asylpolitik nicht entscheiden kann zwischen Integration und Abwehr. Dabei ist es ganz einfach: Egal ob Flüchtlinge bleiben wollen oder ob sie die Schweiz nur als Übergangslösung ansehen, am Konzept Integration führt in der Migrationspolitik kein Weg vorbei.

In **erster Linie** braucht es eine gute Betreuung der Geflüchteten und eine gute Kommunikation mit ihnen. **Zweitens** geht es darum, für einen guten Standard bei den Unterkünften zu sorgen. Die Flüchtlingsunterkünfte müssen generell mehr Privatsphäre und Komfort bieten als herkömmliche Zivilschutzanlagen. **Drittens** müssen die Sozialbehörden in der ganzen Schweiz möglichst schnell lernen, einen kooperativen und fördernden Umgang mit den Gastfamilien zu pflegen. Wie gut wäre es doch, wenn man sich auch in künftigen Flüchtlingswellen auf sie verlassen könnte! **Viertens** muss die Integration mittels Ausbildung und Beruf beschleunigt und verbessert werden, sei das in der Schule, in der Lehre, im Studium oder am Arbeitsplatz. Es ist wichtiger, dass jemand möglichst bald einen Job und einen eigenen Verdienst hat, als dass sich die Sozialhilfe bei den Arbeitswilligen schadlos hält. **Fünftens** sollten Lösungen gefunden werden, die Deutschlernen und Arbeiten oder Studieren miteinander verbinden. Es ist wichtiger, dass die jungen Leute eine gute Ausbildung bekommen, als dass sie nach einem halben Jahr schon perfekt Deutsch sprechen. Und **sechstens** sollten bei der Jobvergabe die Erfahrungen stärker gewichtet werden als die Berufsdiplome, die kaum je schweizerischen Standards entsprechen. Denn etwas ist klar: Wenn Ende November 14 Prozent der Ukrainer und Ukrainerinnen in der Schweiz mit Status S einer Arbeit nachgingen, ist das kein Ruhmesblatt, denn 86 Prozent haben immer noch keine Arbeit gefunden: wegen mangelnder Deutschkenntnisse, nicht kompatibler Diplome oder weil die Sozialhilfe den Mehrverdienst abschöpft.

Über den Autor

Christoph Heim war bis zu seiner Pensionierung im Juni 2022 Kulturredaktor bei Tamedia. Er hat mit seiner Frau als Gastfamilie im zweiten Quartal des Jahres 2022 sechs, kurze Zeit sogar sieben geflüchtete Personen aus der Ukraine beherbergt. In dieser Zeit erschien im «Tages-Anzeiger» und in der «Basler Zeitung» sein Ukraine-Tagebuch (siehe die Folgeseiten).

Beiträge zum Thema im Basler Stadtbuch

«Basel und das Asylproblem» (Alfredo Fabbri, Basler Stadtbuch 1985, S. 37–45)
https://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1985/1985_1808.html

«Notwohnungen in Basel – ein aktuelles Problem» (Jörg Hübschle, Basler Stadtbuch 1989, S. 48–48)
https://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1989/1989_2018.html

«Menschen in Bewegung. Zur Sonderausstellung im Museum für Völkerkunde und Schweizerischen Museum für Volkskunde Basel» (Gerhard Baer, Susanne Hammacher, Basler Stadtbuch 1990, S. 134–136)
https://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1990/1990_2133.html

«Flucht in die Schweiz 1933–1945. Flüchtlinge in Riehen und Bettingen» (Lukrezia Seiler, Basler Stadtbuch 1997, S. 218–224)
https://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1997/1997_2547.html

«Brücken bauen, Heimat schaffen. Gedanken rund um den Basler Preis für Integration» (Andreas Breymaier, Basler Stadtbuch 1999, S. 109–112)
https://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1999/1999_2639.html

«Der Mensch hinter dem Lächeln. Seit zwanzig Jahren nimmt sich die «Freiplatzaktion» der in Basel lebenden Tamilen an» (Christoph Kohler, Basler Stadtbuch 2005, S. 127–128)
https://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2005/2005_2927.html

««Wanakam». Ein Gespräch mit Thomas Isler, Claudia Frei und Stella Händler» (Christoph Kohler, Basler Stadtbuch 2005, S. 157–159)
https://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2005/2005_2933.html

««Wir wurden wirklich mit offenen Armen empfangen». Ein Gespräch mit Katalin Horn-Kertész und László Alföldi, die vor fünfzig Jahren aus Ungarn flohen und heute in Basel leben» (Roger Ehret, Basler Stadtbuch 2006, S. 161–164)
https://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2006/2006_2974.html

«Der Strassenwischer mit dem Turban. Der Sikh Khalsa Dalip Singh ist in jeder Hinsicht der Reinheit verpflichtet» (Wolf Südbeck-Baur, Basler Stadtbuch 2007, S. 214–215)
https://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2007/2007_3017.html

«Neue Namen für neue Einwanderer. Der Abenteuer-Migrant: ein Wort mit Folgen und Nebenwirkungen» (Christine Richard, Basler Stadtbuch 2012, S. 64–66)
https://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2012/2012_3217.html

«Da-Sein: Ankommen, um weiterzugehen. Asylsuchende in Basel müssen teilweise jahrelang warten, bis ihr Aufenthaltsstatus abgeklärt ist» (Julia Konstantinidis, Basler Stadtbuch 2015, S. 64–68)
https://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2015/2015_3365.html

«Basel hilft. Die Bilder von Hunderttausenden von Flüchtlingen in Not mitten in Europa haben auch die Baslerinnen und Basler nicht kaltgelassen» (Florian Blumer, Basler Stadtbuch 2015, S. 69–71)
https://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2015/2015_3366.html



Zeitung für die Region Basel



Krieg in Europa: Russland greift die Ukraine an

Luftschläge, Panzer, Bodentruppen ++ Menschen fliehen aus Kiew ++ USA und EU verschärfen Sanktionen ++ Die Schweiz will diese nicht übernehmen

Flucht aus Kiew: Tausende verlassen die Hauptstadt wegen der Attacken.
Bild: Pierre Crom/Getty

Von der Ausland-, Inland- und Wirtschaftsredaktion CH Media

Es ist eine der grössten Militäroffensiven auf europäischem Boden seit dem Zweiten Weltkrieg: Russland hat gestern die Ukraine aus der Luft, auf dem Land und vom Meer aus angegriffen.

Von mehreren Dutzend getöteten ukrainischen Soldaten war am Abend die Rede, genaue Angaben fehlen.

Die von Präsident Putin befohlenen Attacken trafen zuerst ukrainische Flughäfen und Militärstützpunkte im ganzen Land, danach nahmen die Russen die Städte ins Visier. Menschen flo-

hen mit dem Auto aus den angegriffenen Städten, es kam zu riesigen Staus. Das Nachbarland Polen bereitet sich auf ankommende Flüchtlinge vor.

Am Abend drang das russische Militär immer tiefer ins Land ein, so auch in der Gegend von Tschernobyl, wo 1986 eine AKW-Katastrophe

geschah. Gemäss «New York Times» bergen die Kämpfe nahe der radioaktiv belasteten Sperrzone das Risiko, dass der einbetonierte Unglücksreaktor beschädigt werden könnte.

Der ukrainische Präsident Selenskyj sagte an die Adresse des einstigen Bruderstaates Russland: «Mit dem heu-

tigen Tag stehen unsere Länder auf verschiedenen Seiten der Weltgeschichte.» Putin habe einen Krieg gegen die gesamte demokratische Welt entfesselt. Selenskyj: «Putin will unser Land zerstören.» Der Kreml-Chef selbst verbreitete in seiner Kriegserklärung irre Verschwörungstheorien und Behauptungen, in Kiew sei ein «Nazi-Regime» an der Macht, das einen «Genozid» plane. Westliche Geheimdienste gehen davon aus, dass Putin in Kiew eine ihm genehme Regierung einsetzen wolle. Die demokratisch gewählte Regierung und das Parlament blieben gestern aber vor Ort präsent.

Europäische Staaten und die USA verurteilten den Angriff und somit die Verletzung des Völkerrechts in aller Schärfe. Eine militärische Intervention zu Gunsten der Ukraine steht aber nicht zur Diskussion. Es soll bei Sanktionen bleiben, doch wie weit diese gehen sollen, darin ist sich der Westen uneinig. Die Schweiz wiederum ist noch zurückhaltender. Der Bundesrat will die Sanktionen der EU nicht übernehmen, zum Unverständnis der meisten Parteien.

Der ganze erste Bund zum Krieg gegen die Ukraine – Inhalt:

■ Überblick: Was gestern geschah und wie die Welt darauf reagierte

■ Kommentar: Das fatale Versagen der internationalen Diplomatie

■ Zwei Zeitdokumente: Die Reden Putins und Selenskyjs im O-Ton

■ Experten-Interview: «Putin droht verklausuliert mit der Atombombe»

■ Bundesrat: Scharfe Worte, aber keine scharfen Massnahmen

■ Völkerrecht: Jetzt ist Russland ein Schurkenstaat

■ Wirtschaft: Swiss stoppt Flüge, Nestlé schliesst Fabriken

■ Kultur: Das unheimliche Netzwerk der Russen in der Schweiz

Zeitenwende in Europa

Nach Monaten intensivster Verhandlungen hat der russische Präsident Wladimir Putin gestern sein wahres Gesicht gezeigt und mit hetzerischen Parolen die Ukraine überfallen. Im ganzen Land herrscht Krieg. Millionen Menschen sind auf der Flucht. Der Kontinent steht vor einer schweren Probe.

Samuel Schumacher
und Fabian Hock

Montag, der 24. Februar 2022: Es war ein kalter Tag in Kiew, ein windiger Tag in der Schweiz, ein trauriger Tag für die Welt, die seit gestern Morgen eine andere ist. Wladimir Putin, der russische Präsident, hat in der Nacht zum Montag in einer von Lügen durchzogenen Fernsehansprache der Ukraine den Krieg erklärt und seine Truppen losgeschickt.

Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg hat gestern ein europäischer Staat eine militärische Invasion gegen einen anderen europäischen Staat lanciert. Der absurde Auftrag, den Putin seinen Truppen mit auf die Reise gegeben hat: Die Ukraine «Entnazifizieren» und den «Genozid» an der russischen Bevölkerung im Land stoppen. Wer sich den Russen in den Weg stelle, werde mit Konsequenzen rechnen müssen, «die die Geschichte noch nicht kennt», sagte Putin.

Monatelang hatte der Westen mit Russland verhandelt und diskutiert. Die mächtigsten Frauen und Männer der Welt sind nach Moskau gepilgert, um den 69-jährigen Kremlchef zu beschwichtigen. Währenddessen zog Russland seine Truppen rund um die Ukraine zusammen. Über 150 000 Soldaten warteten in Eis und Schnee auf Befehle aus Moskau. Schweres Geschütz wurde in Stellung gebracht. Am vergangenen Wochenende liess Putin seine Marine im Schwarzen Meer Atomkriegsspiele üben.

Um 03:40 Uhr startete Putin den Krieg

Während russische Fernsehshows sich als Kriegspropaganda-Plattformen neu erfanden, fragten sich Expertinnen und Beobachter im Westen, wie denn ein Kriegsszenario in der Ukraine aussehen könnte. Kommt Putin von Osten her und holt sich den Donbass? Greift er von Süden an und kontrolliert die Küste des Asowschen Meeres? Wagt er den Vorstoss auf die Industriemetropole Charkiw? Oder zielt er gar ins Herz der Ukraine und lässt einen Angriff auf Kiew fliegen?

Die brutale Antwort auf diese Fragen folgte gestern Morgen um 03:40

Uhr: Putin startete einen gross angelegten Angriff auf die Ukraine von allen Seiten her. Primäre Ziele der Raketenbeschüsse und Helikopterattacken waren Flughäfen und militärische Installationen.

Aus mehreren Städten, darunter auch aus der zweitgrössten Metropole Charkiw, wurden heftige Kämpfe gemeldet. Entlang der Grenze im Donbass erzählen Augenzeugen von stundenlangem Beschuss aus den separatistischen Gebieten. Fotos von zerfetzten Leichen machen die Runde. Wie viele Menschen am ersten Kriegstag ums Leben kamen, ist un-

650
Millionen Dollar Militärhilfe
hat die USA der Ukraine
2021 geschickt.

90 000
US-Soldaten sind in Europa
stationiert. Kein Einziger
aber kämpft in der Ukraine.

klar. Die ukrainische Armee meldete Dutzende tote Soldaten aus den eigenen Reihen. In der Küstenstadt Odessa kamen mindestens sechs Zivilpersonen ums Leben.

Hunderttausende Menschen im ganzen Land machten sich auf die Flucht Richtung Westen. Das Nachbarland Slowakei hat 1500 Soldaten an die Grenze geschickt, um bei der Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge zu helfen. Auch in der Schweiz bereiten sich die Kantone auf einen baldigen Ansturm von Tausenden Ukrainerinnen und Ukrainern vor.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskyj weigerte sich, Kiew zu verlassen. Mit stündlichen Updates richtete er sich an die ukrainische Bevölkerung. An den einstigen Bruderstaat Russland gerichtet sagte der 44-jährige Staatschef: «Mit dem heutigen Tag stehen unsere Länder auf verschiedenen Seiten der Weltge-

schichte.» Die Schulen wurden landesweit geschlossen. Jeder Ukrainer und jede Ukrainerin über 18 kann sich von offiziellen Staatsstellen eine Waffe zur Selbstverteidigung leihen.

Keine Sanktionen gegen Putin persönlich

Während die Angriffe landesweit weitergingen, meldete sich am Abend US-Präsident Joe Biden zu Wort. Amerika verhängte weitreichende neue Sanktionen, verzichtet aber vorerst darauf, Russland aus dem internationalen Zahlungssystem Swift auszuschliessen oder Wladimir Putin persönlich auf die Sanktionsliste zu setzen. «Der Westen wird zusammenstehen. Diese Massnahmen werden Russland schwächen. Dafür garantieren wir», sagte Biden. Mit Putin sprechen werde er nicht mehr.

Die russische Bevölkerung selber scheint mit Blick auf die brutale Eskalation des Kreml gespalten. Tausende schlossen sich den weltweiten Anti-Putin-Protesten an. In 44 russischen Städten kam es zu Massenprotesten gegen den Angriff auf das Nachbarland. Die Behörden liessen mehr als 800 Demonstrierende verhaften.

Wie lange dauert dieser Krieg? Wie viele Menschen sterben? Was kann Putin stoppen? Niemand weiss das. Klar ist nach diesem ersten Tag der neuen Zeitrechnung einzig: Auf Putin und seine Garde ist kein Verlass. Ihr Wort zählt nichts. Ihre Taten bringen nichts als Leid und Tod.

Europa ist wieder im Krieg, grundlos. Die Ukraine ist befallen vom russischen Parasiten, der an den Säulen des Kontinents nagt. Der Westen ist entschlossen, den Parasiten abzuschütteln. Das ist das grosse Ganze. Und im Kleinen? In den längst überannten Schützengräben des Donbass? Da hält Anatoly, der Kommandant der ukrainischen Armee im Grenzort Solote, weiter Wache. Vor zwei Wochen hat er dieser Zeitung mit stoischer Gelassenheit erzählt, dass sich da was zusammenbraue ennet der Trennlinie zu den Separatisten. Gestern hat er sich wieder gemeldet: «Ich habe nicht gut geschlafen», sagte Anatoly. «Aber die anderen, die werden jetzt auch nicht mehr gut schlafen.»



Russische Militärhelikopter fliegen über ein Dorf ausserhalb der ukrainischen Hauptstadt



Nur noch raus hier: Eine Frau wartet am Bahnhof von Kiew. Bild: AP



Verletzte: In Chuhuiv wurde ein Block attackiert. Bild: Getty



Kampf ums Leben: Ukrainer bereiten die Flucht vor. Bild: AP



Kiew. Wie viele Menschen durch den russischen Überfall auf das Nachbarland bislang ums Leben kamen, ist unklar. Bild: AP

Kommentar zum Versagen der internationalen Diplomatie

Die Hölle am hellichten Tag

Einen Wahnsinnigen bringt man nicht zur Vernunft, indem man ihm die Hausordnung vorliest. Einen Massenmörder stoppt man nicht, indem man seine Konten sperrt. Seit gestern Nacht weiss das die Welt. Wladimir Putin hat nach Monaten des Hoffens und Bangens das schlimmste aller Szenarien wahr werden lassen. Mit einer Kriegsrede – vermutlich bereits am Montagabend aufgezeichnet – hat er Europa in jene Tiefen gestürzt, aus denen es sich für immer befreit geglaubt hatte. In der Nacht auf heute hat eine neue Zeitrechnung begonnen. Es ist kein neuer Kalter Krieg, von dem wir Zeuge werden. Es ist eine brutale Schlacht um das Fundament, auf dem wir alle stehen und leben.

Putin schickte seine Truppen von allen Seiten in die Ukraine – sogar von den besetzten moldawischen Gebieten im Westen her. Seine Raketräger und Kampfjets nahmen Flughäfen und militärische Ziele in Kiew, Charkiw, Odessa und Slowjansk unter Beschuss. Stündlich gibt es neue Berichte über Tote. Videos von Explosionen und Attacken tauchen auf. Die ukrainische Regierung, militärisch auf sich allein gestellt, reagierte mit der Verhängung des Notstandrechts. Die Schulen sind geschlossen, alle Reservisten zwischen 18 und 60 aufgeboten.

«Die Schweiz hätte die Mittel, Moskau wehzutun.»

Wer will, kann sich bei offiziellen Stellen eine Waffe holen. Einzige Bedingung: die Vorweisung des ukrainischen Passes.

Wie dieser Krieg enden wird, wie viele tausend Menschen sterben und wie viele Städte zerstört werden, ist nicht abzusehen. Eines aber ist klar: Die Diplomatie hat im Umgang mit dem russischen Machtapparat ausgedient. Es gibt keinen Grund mehr, sich gegenüber dem Kreml neutral zu verhalten. Es ist nicht mehr angebracht, das Gespräch zu suchen. Die geopolitische Realität ist seit heute Nacht eine andere; eine, wie Europa sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr erlebt hat.

Wer jetzt nicht mit aller Deutlichkeit alle Massnahmen ergreift, um Russland zu isolieren und den Kreml in schwere Ketten zu legen, steht auf der falschen Seite der Geschichte.

Das gilt auch für die Schweiz. Das passive Mittragen von ausgewählten Sanktionen der anderen war bislang Usus. Ausreichen tut das nicht mehr. Denn die Schweiz hätte die Mittel, mit mutigen Entscheiden Moskau wehzutun. 80 Prozent des russischen Rohstoffhandels werden über unser Land abgewickelt. Die Eidgenossenschaft ist der grösste Empfänger von Geldtransfers russischer Privatpersonen. An beidem wird sich vorläufig nichts ändern. Geplant sind einzig, so der offizielle Wortlaut aus Bern, «Verschärfungen bezüglich der Verhinderung der Umgehung der Massnahmen». Solche Phrasen gehen im lauten Kriegsgetöse allzu schnell unter. Selbst bei der krassensten völkerrechtlichen Zäsur der Nachkriegszeit bleibt sich Helvetia treu: Während Putin brutale Fakten schafft, wartet man erst einmal zu.



Samuel Schumacher
ausland@chmedia.ch

Der Westen zielt auf Russlands Wirtschaft

Die EU verschärft die Sanktionen gegen Moskau und Minsk. Der Ukraine geht das nicht weit genug.

Remo Hess, Brüssel

«Massiv», «beispiellos», oder gar das «härtestes Sanktionspaket, das wir je beschlossen haben» – so wird die EU laut Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Aussenbeauftragten Josep Borrell auf den russischen Angriff auf die Ukraine reagieren. Noch am Tag der Kriegsattacke kamen die 27 Staats- und Regierungschefs am Donnerstagabend in Brüssel zusammen, um über die Strafmassnahmen zu beraten.

Details wurden zunächst nicht bekannt. Von der Leyen umriss jedoch schon ziemlich genau die Bereiche, wo die EU ansetzen will: Man zielt auf die «strategischen Sektoren» der russischen Wirtschaft. Von der Leyen: «Diese Sanktionen sind konzipiert, um den Interessen des Kremls und der Möglichkeit zur Kriegsfinanzierung einen harten Schlag zuzufügen». So mit einem Exportembargo westlicher Schlüsseltechnologien und einem Verbot für russische Banken, auf dem europäischen Finanzmarkt aktiv zu sein.

Grossbanken vom europäischen Geschäft ausschliessen

Ein provisorischer Entwurf der Sanktionsvorschläge, der vor dem Gipfeltreffen durchgesickert war, wurde konkreter: Zusätzlich zu den bereits am Vortag sanktionierten staatlichen Grossbanken würden Privatbanken wie die Alfa Bank und Bank Otkritie vom EU-Geschäft ausgeschlossen. Die Finanzierung von bedeutenden russischen Staatsunternehmen würde verboten. Unter das Handels-Embargo könnten gewisse Computer, Software und Elektronikbestandteile fallen. Ebenso die Ausfuhr von Material und Technologie, die Russland braucht, um sein Öl zu raffinieren. Zusätzlich zu den 351 sanktionierten Duma-Abgeordneten drohen auch den restlichen russischen Parlamentariern Kontensperrungen und Reiseverbote. Ebenso ins Fadenkreuz geraten könnten die Angehörigen des russischen Sicherheitsrates.

Bereits am Montag auf die Sanktionsliste gesetzt wurde Verteidigungsminister Sergej Schoigu, einer von Putins engsten Vertrauten, der mit dem Präsidenten auch schon mal gemeinsame Jagdferien in der sibirischen Taiga macht. Auf dem Tisch liegt ebenso eine

Abkehr der erleichterten Einreise für sämtliche russische Staatsbürger in die Europäische Union.

Für Fragezeichen sorgte aber, was vorderhand nicht auf der Liste zu sein schien: der Ausschluss Russlands aus dem internationalen Zahlungsverkehr Swift. Der ukrainische Aussenminister Dmitri Kuleba forderte diese Massnahme am frühen Abend ultimativ: «Ich sage es ganz undiplomatisch: Jeder, der daran zweifelt, ob Russland von Swift ausgeschlossen werden soll, muss verstehen, dass dann auch Blut von unschuldigen ukrainischen Männern, Frauen und Kindern an seinen Händen klebt», so Kuleba auf Twitter.

Drittes Paket bereits in Planung – auch Weissrussland im Visier

Aus EU-Kreisen hiess es, dass Swift durchaus nicht vom Tisch sei. Man habe sich am Donnerstag auf das konzentriert, was kurzfristig möglich sei. Oberste Priorität habe, die Einheit zu wahren. Ein drittes Sanktionspaket sei bereits in Vorbereitung. Ebenso Strafmassnahmen gegen Weissrussland, welches sich am russischen Angriff mit-schuldig gemacht habe.

Kommissionspräsidentin von der Leyen äusserte sich auch zur Frage der ukrainischen Flüchtlinge, mit denen man zu Tausenden rechnet. Die EU sei bereit, diese Menschen aufzunehmen.

Am Freitag wird ein kurzfristig anberaumter Krisengipfel der Nato stattfinden, wo auch die Nicht-Mitglieder Finnland und Schweden teilnehmen werden. Wie Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärte, hat die Allianz jetzt formell ihre Verteidigungspläne aktiviert. Konkret bedeutet das, dass der Nato-Oberbefehlshaber, US-General Tod Wolters, jetzt über die Nato-Truppen verfügen kann, und zwar einschliesslich der schnellen Eingreiftruppe, die bis zu 40 000 Mann umfasst.

Zuvor haben Bulgarien, Tschechien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien und die Slowakei Konsultationen unter Artikel 4 des Nato-Vertrags eingeleitet. Diese finden statt, wenn die territoriale Integrität oder Sicherheit eines Nato-Mitglieds bedroht ist. Erwartet wird, dass die Nato bald neue Truppen an die Ostflanke verlegen wird. Dass die Nato direkt in der Ukraine eingreifen könnte, gilt aber weiter als ausgeschlossen.

Russland erobert AKW Tschernobyl

Bei ihrem Einmarsch in die Ukraine hat die russische Armee das ehemalige Atomkraftwerk Tschernobyl erobert. «Leider muss ich mitteilen, dass die Zone um Tschernobyl, die sogenannte Sperrzone, und alle Anlagen des Atomkraftwerks Tschernobyl unter der Kontrolle bewaffneter russischer Gruppen sind», sagte der ukrainische Ministerpräsident Denys Schmyhal am Donnerstag gemäss Angaben der Agentur Unian. Die ukrainische Hauptstadt Kiew liegt nur knapp 70 Kilometer entfernt.

«Nach schwerem Kampf wurde die Kontrolle über Tschernobyl verloren», sagte ein ukrainischer Präsidentenberater. Es sei unklar, in welchem Zustand die Anlage sei. «Dies stellt heute eine der ernsthaftesten Bedrohungen für

Europa dar.» Er warnt vor Provokationen der russischen Seite. Zuvor hatte Präsident Wolodimir Selenski berichtet, es gebe Gefechte in der Region. Von russischer Seite gab es zunächst keine Bestätigung. Der russische Präsident Wladimir Putin hatte davor gewarnt, dass in der Ukraine angeblich Atomwaffen hergestellt werden könnten.

Das Unglück von Tschernobyl am 26. April 1986 gilt als die grösste Katastrophe in der zivilen Nutzung der Atomkraft. Hunderttausende Menschen wurden in der Folge zwangsumgesiedelt. Damals gehörte die Ukraine noch zur Sowjetunion. Im vergangenen Sommer war ein neues Atommüllzwischenlager in der radioaktiv verseuchten Sperrzone um Tschernobyl eingeweiht worden. (dpa)

Leitartikel zur Frage, weshalb die kommende Fasnacht die wichtigste seit Jahrzehnten wird

Ein Zeichen in einer Zeitenwende

Es gibt sie also doch, die Jugend, die nicht ausschliesslich mit sich und ihrer Identitätsfindung beschäftigt ist. Dieser Gedanke ging mir am Donnerstagabend durch den Kopf, als ich auf dem Basler Marktplatz einige Demonstrantinnen und Demonstranten erblickte. Sie sassen im Kreis, hatten Transparente auf den Boden gelegt und hörten Musik. Würdevoller Protest gegen den Krieg in der Ukraine, direkt unter der blaugelben Flagge, welche der Regierungsrat aus Solidarität hatte aufhängen lassen? Mitnichten. Die Demonstration, so entnahm ich einem Schriftzug, richtete sich gegen Femizide weltweit.

Nicht, dass das kein nobles Ansinnen wäre. Aber wo, um alles in der Welt, leben diese Menschen? Die Vermutung ist plausibel, dass die permanenten, mikro-individualisierte Selbstbeschäftigung der westlichen Hemisphäre korreliert mit dem Grad unserer Überraschung und Wehrlosigkeit gegenüber dreisten Kriegern wie Putin. Wir sind mit dem Beginn des Ukraine-Feldzugs diese Woche wahrhaftig an einer Zeitenwende angekommen. Wir sind wie der Bürger in einem Sketch des Kabarettisten Gerhard Polt. Der hat sich mit einem Leasingvertrag die Luft abgeschnürt, will sich nun davon befreien, beteuert im Gerichtssaal ständig seine Unschuld und findet, er sei total im Recht: «Das geht doch so nicht, Herr Richter!» «Doch, das geht», erwidert dieser trocken.

Selbstverständlich sehen wir uns im Recht, da wir keine Gewalt ausüben. Selbstverständlich ist eine freiheitliche Gesellschaftsordnung einer totalitären vorzuziehen. Unse-



Solidarität hat Farben: Das Basler Rathaus erstrahlt im Blau-Gelb der Ukraine.

Bild: Kenneth Nars

re helvetischen Verehrer des Totalitären am rechten Rand der Politik und der Publizistik sollten spätestens seit dieser Woche endlich zur Kenntnis nehmen, wozu ihre falschen Predigten führen können, die sie im Namen eines Volkes halten, in Wahrheit aber nur einem Vater und Führer huldigen. Wie lobe ich mir den von ihnen verteuflten Mainstream! Dass heutzutage der «Moskau einfach»-Ruf für Rechtsausleger wie Roger Köppel erschallen müsste und nicht mehr für linke Aktivisten wie im Kalten Krieg, kann nur als Treppenwitz der Geschichte interpretiert werden.

Aber es ist schon so: Wie Polts Figur wännen wir uns, gerade

«Wir wännen uns in einer moralischen Überlegenheitsschlaufe»

in Westeuropa, im Dauerrecht der Individualisten, in einer moralischen Überlegenheitsschlaufe, und sehen nicht ein, dass es eine andere Realität gibt.

Das wird sich nun zwangsläufig ändern und wir sollten uns so rasch wie möglich auf unsere Stärken besinnen. Die liegen eben genau im demokratischen System. Darin, dass wir andauernd die richtige Mischung aus individueller Freiheit und kollektiver Verantwortung suchen und finden müssen. In der Pandemie ist das Pendel manchmal gar stark zum Kollektiv geschwungen, aber gerade hierzulande scheinen wir auf gutem Weg, dass sich das wieder ausgleichen kann.

In den vergangenen Tagen und Wochen habe ich mich oft geärgert über das Hin und Her zur Frage, ob die Basler Fasnacht in diesem Jahr stattfindet oder nicht. Der Ärger bezog sich vor allem auf die Kleingeistigkeit der Behörden, auf das Lavieren und den moralischen Überlegenheitsgestus beim Entscheid, die Fasnacht aus pandemischen Gründen auf ihren sogenannten wahren Kern beschneiden zu wollen und dabei nichts anderes zu tun, als teils absurde Einzelmassnahmen zu verhängen. Das war ein Paradebeispiel für die Schwierigkeit und letztlich auch die Unmöglichkeit, eine Veranstaltung wie die Basler Fasnacht vom Schreibtisch aus zurechtzustutzen. Dies wieder-

um spricht sehr für den Charakter dieses Traditionsanlasses in unserer Stadt. Ja, es gibt ein Comité und ja, es gibt zu bestimmten Zeiten während der drei Tage eine gewisse Ordnung und ein allgemeines «Ystoh». Viel wichtiger aber sind die ungesteuerten, wilden Momente. Sie machen das Wesen der Fasnacht aus.

Die kommenden «drey scheenschte Dääg» sind die wichtigsten seit Jahrzehnten. Nach der entbehrungsreichen Zeit der Pandemie und im Moment, da die europäische Ordnung kippt, werden sie zum starken Symbol. Die Fasnacht ist ein Zeichen der Normalität, der Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaft. Sie reflektiert, wie wir sind, was wir sind und wie wir denken. Die Basler Fasnacht ist undenkbar ohne individuelle Freiheiten, ohne Ironie, Witz, Subversion und Aufbegehren. Sie ist aber auch undenkbar ohne die erwähnte Organisation, ohne die Regeln, die sie sich selbst auferlegt hat.

Natürlich enthält gerade die Basler Fasnacht ein selbstbezogenes und bisweilen selbstverliehtes Element. Ich bin aber sicher, dass das Bewusstsein der Aktiven und der Zuschauerinnen und Zuschauer ein ganz anderes sein wird als sonst. Allen wird noch viel klarer sein, wie wertvoll das ist, was sich auf den Strassen und in den Beizen abspielt.



Patrick Marcolli
patrick.marcolli@chmedia.ch

Basel zeigt sich solidarisch mit der Ukraine

Die Fassade des Rathauses ist in Blau und Gelb beleuchtet. Eine Absage der Basler Fasnacht wegen des Krieges steht nicht zur Debatte.

Hans-Martin Jermann

Seit Donnerstagabend hängt am Basler Rathaus eine blau-gelbe Flagge. Hinter dem Statement gegen die Invasion Russlands in der Ukraine verbirgt sich eine schöne kleine Anekdote: Der Kanton Basel-Stadt hat Flaggen vieler Länder an Lager – auch die der Ukraine. Jene, die nun aber am Rathaus hängt, hat ein Ukrainer, der auf dem Marktplatz gegen den Krieg protestiert hat, dem Basler Regierungspräsidenten Beat Jans (SP) auf Anfrage. Dies verbiete die schweizerische Neutralität nicht. Auch andere europäische Städte wie Paris, Berlin und Prag haben im Rahmen der Solidaritätsaktion bekannte Gebäude in den Farben Blau und Gelb beleuchtet.

Neutralität verbiete Solidaritätsaktion nicht

Seit gestern Freitag und noch bis am Sonntagabend wird nun die ganze Fassade des Rathauses in den ukrainischen Nationalfarben beleuchtet. In diesem traurigen Moment sei Basel solida-

risch, heisst es in einer Mitteilung der Basler Regierung. Solidarisch mit den Ukrainerinnen und Ukrainern in ihrer Heimat und hier in der Region, aber auch mit den Russinnen und Russen, die sich Frieden wünschen. «Es ist wichtig, sich im Augenblick einer ungerechtfertigten Aggression gegen einen unabhängigen und souveränen Staat in Europa solidarisch zu zeigen», sagt Regierungspräsident Beat Jans (SP) auf Anfrage. Dies verbiete die schweizerische Neutralität nicht. Auch andere europäische Städte wie Paris, Berlin und Prag haben im Rahmen der Solidaritätsaktion bekannte Gebäude in den Farben Blau und Gelb beleuchtet.

Gestern Abend vor der erstmaligen Beleuchtung der Rathausfassade trafen sich auf dem Marktplatz mehrere Dutzend Personen zu einer spontanen

«Ich bin sicher, der Kriegsbeginn geht nicht spurlos an der Fasnacht vorbei.»



Beat Jans
Basler Regierungspräsident

Kundgebung. Für heute Samstag um 14 Uhr hat die Bewegung für den Sozialismus zu einer Antikriegsdemo auf dem Barfüsserplatz aufgerufen. Wie breit diese «antiimperialistische» Kundgebung, die sich auch gegen die Politik der EU und der Nato richtet, tatsächlich ist, wird sich zeigen. Viele Baslerinnen und Basler dürfte es nach Bern an die gleichzeitig stattfindende grosse Friedensdemo von SP, Grünen und anderen Organisationen ziehen. Die Basler Regierung äussert sich inhaltlich nicht zur Demo auf dem Barfi und verweist bloss auf die Versammlungs- und Meinungsfreiheit.

Zu der in den sozialen Medien diskutierten Frage, ob in diesen dunklen Zeiten die Durchführung der Basler Fasnacht angemessen sei, hat Regierungspräsident Jans eine klare Meinung: «Die Regierung will

die Fasnacht nicht absagen.» Die Menschen sollten selber entscheiden, wie sie damit umgehen wollten. Nach zwei Jahren Corona brauchten die aktiven Fasnächtler und die Bevölkerung diesen Anlass, so Jans. «Er verbindet und schweisst zusammen.» Zudem sei die Basler Fasnacht immer auch ein Ventil, um mit der grossen Politik abzurechnen, findet Jans. «Ich bin sicher, der Kriegsbeginn geht nicht spurlos an der Fasnacht vorbei.»

Aussenbeziehungen zu Moskau längst gekappt

Die Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing im Präsidialdepartement führte unter dem Label «Basel meets Moscow» über Jahre eine aufwendige Werbekampagne für die Stadt in Russland. Diese Präsenz gebe es seit 2014 nicht mehr. «Und auch sonst unter-

halten wir keine Beziehungen mehr zu Moskau», hält Regierungspräsident Jans fest.

Nicht im Detail äussert sich der Basler Regierungspräsident schliesslich zu möglicher humanitärer Hilfe an Betroffene des Konflikts. Das sei vorerst eine Frage der Aussenpolitik und liege in der Kompetenz des Bundes. Der Kanton Basel-Stadt würde aber gegebenenfalls in diesem Rahmen ein Engagement prüfen, fügt Jans an.

Im Nachbarkanton Baselland haben Landratspräsidentin Regula Steinemann (GLP) und Regierungspräsident Thomas Weber (SVP) im Rahmen der Parlamentssitzung vom Donnerstag ihre Besorgnis über den Krieg im Osten Europas ausgedrückt (siehe bz von gestern). Weitere Aktivitäten seien zurzeit nicht geplant, informiert Regierungssprecher Nic Kaufmann.

Die Flüchtlinge sind willkommen

Betten, Spenden, Hilfsgüter: Die Solidarität der Bevölkerung mit den ukrainischen Flüchtlingen ist riesig. Angesichts der Fülle der Angebote braucht es nun dringend neue Hilfsstrukturen.

Ann-Kathrin Amstutz

Hilfsangebote für geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer werden landesweit aus dem Boden gestampft. Die Hilfe ist dringend nötig: Bereits über 870 000 Zivilisten sind gemäss Zahlen der Vereinten Nationen aus der Ukraine geflüchtet. Es ist die grösste Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg.

Die ersten Geflüchteten sind nun in der Schweiz angekommen – wie viele es genau sind, bleibt unklar, weil sie ohne Visum einreisen und daher nicht registriert werden. In den Bundesasylzentren hätten sich seit Ausbruch des Krieges rund 150 Personen aus der Ukraine gemeldet, teilt das Staatssekretariat für Migration auf Anfrage mit. Die grosse Zahl der Geflüchteten erwartet man erst in ein bis zwei Wochen. Täglich kämen mehr Menschen aus der Ukraine an, berichtet die Schweizerische Flüchtlingshilfe. Demgegenüber stehen Tausende Hilfsangebote aus der Bevölkerung, mit denen die gemeinnützige Organisation eingedeckt wird.

Private bieten 16 000 Betten – und es werden immer mehr

«Wir sind überwältigt von der Welle der Solidarität», teilt die Flüchtlingshilfe mit. Damit private Unterbringungen möglich seien, brauche es aber schweizweit professionelle Strukturen: «Diese bestehen noch nicht. Es gilt nun, sie so rasch als möglich aufzubauen.» Die Flüchtlingshilfe koordiniere die Vernetzung der Vermittlungsstellen vor Ort, was einige Tage dauern werde.

Auch die Kampagnenorganisation Campax hat eine gross angelegte Aktion ins Leben gerufen, um Flüchtenden ein Dach über dem Kopf anzubieten. Wer ein freies Zimmer oder eine freie Wohnung hat, kann sich auf der Campax-Website registrieren und die Anzahl Betten angeben. Bis am Mittwochmittag sind dem Aufruf 6500 Menschen gefolgt, die 16 000 Betten anbieten. Und es werden immer mehr. «Wir können eine gewaltige zusätzliche Ressource sein», erklärt Campax-Geschäftsführer Andi Freimüller. Man könne und wolle die staatliche Hilfe nicht ersetzen, aber ergänzen. «Unsere Stärke ist, dass wir in kurzer Zeit sehr viele Leute mobilisieren sowie digitale Infrastrukturen aufbauen können.»

Stösst das Asylsystem schon bald an seine Grenzen?

Gemäss Schätzungen der EU sind rund 7 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine zu erwarten; paritätisch über die europäischen Staaten aufgeteilt, kämen rund 140 000 in die Schweiz. «Das sind mehr Menschen, als heute im ganzen Asylsystem sind», erklärt Freimüller. Deshalb befürchtet er, dass das System an seine Grenzen stossen wird. Die Campax-Aktion solle eine gewisse Entlastung bieten: «Wenn wir vielleicht 50 000 Betten erreichen, kann das den Spielraum verdoppeln.»

Wie die Vermittlung konkret ablaufen wird, kann Freimüller nicht sagen. Die allerersten Geflüchteten, mit denen Campax in Kontakt stand, sind in

einem Bundesasylzentrum untergekommen. «Im Idealfall melden wir den Kantonen und Gemeinden, wo es freie Betten gibt, und sie übernehmen die Verteilung», so Freimüller. Man sei mit den Behörden wie auch mit der Flüchtlingshilfe in Kontakt, wie man sich am besten organisiere.

Mit Lieferwagen voller Hilfsgüter an die slowakische Grenze

Ein riesiges Echo erfährt auch der Ukrainische Verein in der Schweiz. «Ich bin unglaublich gerührt von der Solidarität der Schweizer Bevölkerung», sagt Pawlo Dlaboha vom Ukrainischen Verein hörbar bewegt. Hunderte Meldungen seien eingegangen von Menschen, die Geflüchtete aufnehmen möchten und ihre Hilfe anbieten. Es sind so viele Anfragen, dass der Verein überfordert ist: «Wir können das nicht alleine stemmen», so Dlaboha. Vorläufig sei das Engagement rein privat – vonseiten des Vereins ebenso wie von den Helfern. Sein ältester Sohn, so erzählt Dlaboha, sei gerade unterwegs an die slowakische Grenze, mit einem Lieferwagen voller Hilfsgüter.

So sehr Dlaboha die Sympathien und die Hilfsangebote, die bei ihm ankommen, schätzt: Vieles sei bei ihm an der falschen Adresse. «Ich kann die Leute ja auch nicht an der Grenze abholen.» Deshalb würde sich Dlaboha wünschen, dass die Hilfsangebote besser gebündelt werden.

Genau daran arbeitet derzeit das Staatssekretariat für Migration (SEM), wie es auf Anfrage von CH Media mitteilt: «Jedes Angebot aus der Bevölkerung hilft. Es geht jetzt darum, diese Angebote zu sammeln und die Unterstützung der Ukrainerinnen und Ukrainer zu kanalisieren.»

Keine Helme und Westen: Nicht alles darf man spenden

Der Bund schickt 25 Tonnen Hilfsgüter – darunter Zelte, Medikamente und Schlafsäcke – für die ukrainische Bevölkerung nach Polen. Auch zahlreiche private Initiativen sammeln Hilfsgüter, wollen sich aber nicht nur auf Decken oder Nahrungsmittel beschränken. «Wir brauchen Helme und schussssichere Westen für die neuen paramilitärischen Einheiten, die die Städte schützen», sagt Tetyana Polt vom ukrainischen Verein Schweiz, Ortsgruppe Basel, gegenüber SRF. Exporte solcher Schutzgüter sind aus der Schweiz derzeit allerdings nicht möglich, bestätigt das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) auf Anfrage. Denn Schutzwesten, Helme oder auch Nachtsichtgeräte sind sogenannte «Dual-Use»-Güter, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke verwendet werden können. Diese unterliegen den am Montag beschlossenen Sanktionen. «Nach den jetzigen Bestimmungen können solche Güter weder in die Ukraine noch nach Russland geliefert werden», so das Seco. (agl)



Das war einmal ihr Land, jetzt wollen sie nur noch raus

870 000 Ukrainer haben ihre Heimat bereits verlassen. Eine Grenz-Reportage.

Cedric Rehman, Lemberg/Krakowez

Das Grossmütterchen hätte es beinahe geschafft in den noch friedlichen Teil Europas. Doch wenige hundert Meter vor dem Grenzübergang Krakowez versagte ihr Herz. Die Tage der Flucht über die verstopften Autobahnen ihres angegriffenen Heimatlandes waren zu viel für die Ukrainerin. Bleich wie eine Wachsfigur liegt sie auf dem Parkplatz einer Raststätte an der Grenze.

Ihr Sohn mit der orangefarbenen Mütze bearbeitet mit beiden Händen den Brustkorb der Seniorin. Ihr Körper zuckt im Takt der Herzmassage. Das Gesicht ist weiss wie der Raureif auf dem Rasen an der Grenze. Ihre Augen sind geschlossen wie zum stummen Gebet. Sirenen, endlich ein Sanitäter, der den Puls der Frau checkt. Es ist nichts mehr zu machen.

Gleich nebenan gehen Dutzende Ukrainer mit ihren Rollkoffern vorbei. Die ukrainischen Grenzwächter wirken überfordert. Wie durch Schlafentzug Gefolterte hasten sie durch die Menschenmenge, die sich durch die stehende Autoschlange hindurchzwängt in Richtung Polen. Kinder klammern sich in der Morgenkälte an ihre Mütter, die Mütter wischen sich Tränen aus dem Gesicht. Männer sind

kaum zu sehen. Ihr Mann habe sie und ihre Tochter an die Grenze gefahren, erzählt eine Frau. «Jetzt fährt er zurück in den Krieg.» Wehrfähige Männer zwischen 18 und 60 dürfen die Ukraine seit der Generalmobilmachung am zweiten Kriegstag nicht mehr verlassen.

Für alle anderen Menschen, die das geschundene Land in Richtung Westen verlassen wollen, stehen die Grenzen offen. Seit 2017 dürfen

Ukrainer visafrei in die EU einreisen und 90 Tage bleiben. Zahlreiche europäische Länder haben angekündigt, ukrainische Flüchtlinge auf unbestimmte Zeit aufzunehmen.

Mütter mit Kinderwagen gehen die 30 Kilometer zu Fuss

Alleine am Montag sollen über 100 000 Menschen die Grenze zu Polen überschritten haben. Es haben 870 000 Menschen das Land seit



en



Hunderttausende flüchten aus der Ukraine, die Schweiz schickt Hilfsgüter (rechts).
Bilder: Getty, AP, EPA



Kriegsbeginn vor einer knappen Woche verlassen. Dazu kommen die schätzungsweise 130 000 Bewohner der selbst ernannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk, die nach Russland zwangsevakuert worden sind.

Bislang keine Chance auf eine Ausreise haben mehrere tausend Personen aus Afrika und Asien, die in der Ukraine festsitzen. Erst gestern hat etwa Somalia Polen eindringlich gebeten, die rund 300 in der Ukraine festsitzenden Somalier ins Land zu lassen.

Hinter der Grenze entlang der Strasse in Richtung der westukrainischen Stadt Lemberg schieben junge Menschen links und rechts neben der Strasse die Alten in Rollstühlen voran. Mütter stossen Kinderwagen vor sich her. Viele gehen die 30 Kilometer bis zur Grenze zu Fuss. Auf der Strasse

selbst herrscht Chaos. Autos sind ineinander verkeilt.

Die Fahrer klettern durch die Fenster auf die Autodächer und schreien die anderen Autofahrer an. Hilfloze Polizisten quetschen sich zwischen den Fahrzeugen hindurch. Sie geben Anweisungen, auf die niemand hört. Einige Autofahrer am Rand des Staus biegen auf den Grünstreifen ab und brausen über die Äcker davon in Richtung Polen.

Lemberg, die sichere Stadt: Wie lange das wohl noch so bleibt?

Die ukrainische Stadt Lemberg rund 70 Kilometer von der polnischen Grenze entfernt wirkt wie aus der Zeit gefallen. Modeboutiquen reihen sich im Schatten der Kirchen an Cafés und Kneipen. Patisseries werben mit der berühmten Lwiwer Schokolade. Nur

hat fast alles geschlossen. Die Menschen hasten stumm wie Geister durch die prächtigen Strassen. Über die Flure des Mister-Hotels, wo zu normalen Zeiten Touristen mit kleinem Budget logieren, schlurten die Geflüchteten aus Kiew. Hinter den geschlossenen Zimmertüren ist Schluchzen zu hören.

Dmytri Kolesnyk, Pastor und Stadtrat von Lemberg, schaut zwei Stunden vor der ab 22 Uhr geltenden Ausgangssperre im Mister-Hostel vorbei. Er will die Welt über die Zustände rund um Lemberg und das Drama in seiner Heimat informieren: «Um von Kiew hierher zu fahren, brauchen die Menschen inzwischen 17 Stunden. Manche sind tagelang unterwegs, und unterwegs gibt es keine Versorgung mit Wasser oder Essen», sagt Kolesnyk. Er selbst kenne Menschen, die vor Erschöpfung wieder umgekehrt sind.

Immerhin ist er zuversichtlich, dass kein Geflüchteter, der es nach Lemberg schafft, unter freiem Himmel übernachten muss. Die Stadtbewohner und die hiesigen Hotels nähmen all diejenigen auf, die sich keine Wohnung oder kein Zimmer leisten können. Auch einzelne Kirchen hätten bereits Geflüchtete untergebracht. «Ich habe selbst gerade neun Menschen bei mir untergebracht», sagt Kolesnyk.

Die Stadt sei bereit, noch viel mehr Menschen aufzunehmen. Vorausetzt, ihr bleibt das Schicksal von Kiew, Charkiw, Khereso und Mariupol erspart. Bis heute ist der Krieg nicht in Lemberg angekommen. Wie lange das so bleibt, das weiss auch Pastor Kolesnyk nicht.

«Mein Mann hat mich mit meiner Tochter an die Grenze gebracht. Jetzt fährt er zurück in den Krieg.»

Geflüchtete Ukrainerin
Grenzübergang Krakowez

«Manche sind tagelang auf der Flucht, ohne jegliche Versorgungsmöglichkeiten, ohne Wasser und Essen.»

Dmytri Kolesnyk
Stadtrat von Lemberg

Welche Rechte sollen Flüchtlinge erhalten?

Die EU öffnet die Tore für Menschen aus der Ukraine, die Schweiz diskutiert noch über den Schutzstatus.

Jetzt geht alles ganz schnell: Angesichts der hohen Flüchtlingszahlen öffnet die EU ihre Tore und ist bereit, eine unbegrenzte Zahl an Kriegsflüchtlings aus der Ukraine aufzunehmen. Allen Vertriebenen soll gestützt auf eine EU-Notfallregel ein vorläufiger Schutzstatus zugestanden werden. Es ist das erste Mal, dass die EU dieses Instrument zur Anwendung bringt. Die EU-Kommission hat den Schritt am Mittwoch vorgeschlagen, die Zustimmung der EU-Innenminister dürfte am Donnerstag folgen.

Ukrainerinnen und Ukrainer können ohne Visum in den Schengenraum einreisen – und so auch in die Schweiz. Der Aufenthalt ist aber auf 90 Tage begrenzt. «Die zentrale Frage ist, was danach geschieht», sagte Bundesrätin Karin Keller-Sutter Anfang Woche. Sie machte klar, dass die Schweiz sich solidarisch zeigen und an einer europäischen Lösung teilnehmen werde.

Eine Option wäre, so die Bundesrätin, zum ersten Mal den sogenannten Status S anzuwenden. Dieser war im Zusammenhang mit den Balkankriegen eingeführt worden und ist das Pendant zur EU-Notfallregel. Die Schweiz könnte den Geflüchteten vorübergehend Schutz bieten, ohne die Asylgründe jeder Person einzeln zu prüfen. Die Flüchtlinge bekämen so «rasch und unbürokratisch die notwendigen Rechte, die sie in der Schweiz brauchen», heisst es beim Staatssekretariat für Migration.

Einheitliche Lösung: SP warnt vor Reputationsschaden

Die SP warnt indes davor, auf den Status S zu setzen. «Wir dürfen nicht wieder in die gleiche Falle tappen wie bei den Sanktionen und einen Sonderweg gehen», sagt SP-Nationalrätin Samira Marti. Sie betont, sie sei Keller-Sutter dankbar «für die klaren Worte, dass die Schweiz unbürokratisch und grosszügig helfen wird». Diesen Worten müssten nun Taten folgen. Für die SP heisst das konkret: Die Schweiz soll die Vorgaben der EU-Richtlinie eins zu eins übernehmen. «Es darf keine Ungleichbehandlung geben zwischen ukrainischen Flüchtlingen, die in der EU Schutz finden, und jenen, die in der Schweiz Schutz finden», sagt Marti.

Der vorläufige Schutzstatus der EU sieht vor, dass die Flüchtlinge Zugang zu Arbeitsmarkt, Bildung und Gesundheitsversorgung erhalten. Und sie dürf-

ten sich innerhalb der EU frei bewegen. Der Schweizer Status S falle in mehreren Punkten hinter die EU-Regel zurück, kritisiert die SP. Erstens dürfe es nicht sein, dass alle Flüchtlinge einfach einem Kanton zugeteilt werden. «Wenn Flüchtlinge bei Verwandten oder sonst privat aufgenommen werden, sollen sie dort bleiben können – und nicht in einen anderen Kanton geschickt werden», sagt Marti. Zweitens sollten sie wie in der EU bereits rasch arbeiten können, wenn sie wollen. Der Schutzstatus S sieht grundsätzlich vor, dass Flüchtlinge erst nach drei Monaten und nur mit einer Bewilligung arbeiten können. Der Bundesrat kann laut Gesetz diese Regeln aber lockern. «Es dient der Integration, wenn Flüchtlinge bald arbeiten können», sagt Marti. «Denn machen wir uns nichts vor: Diese Menschen werden kaum nach einem halben Jahr zurückkehren können.»

Ein dritter Punkt, der die SP am Schutzstatus S stört, sind Sozialleistungen. Flüchtlinge aus der Ukraine sollten den gleichen Zugang zu den Sozialleistungen haben wie anerkannte Flüchtlinge – und nicht reduzierte Tarife.

Bundesrat soll Spielraum nutzen und nun nicht knausrig sein

Die Eidgenössische Migrationskommission berät den Bundesrat in Migrationsfragen. Anders als die SP spricht sie sich für den Status S aus – verlangt allerdings Anpassungen. Geschäftsführerin Bettina Looser sagt: «Es geht jetzt um den schnellen kollektiven Schutz.» Der Status S sei dafür der beste Weg. «Die Schweiz sollte aber den Spielraum nutzen, damit die Regeln nicht zu weit abweichen von jenen der EU.» Ihre Forderungen gehen in eine ähnliche Richtung wie jene der SP – etwa die schnelle Integration in den Arbeitsmarkt oder einen erweiterten Familiennachzug.

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe wiederum weist darauf hin, dass die beiden Regelungen sich nicht ausschliessen, sondern kombiniert werden müssten. Ein Vergleich sei schwierig, da keine der beiden Regeln je zur Anwendung kam und es auf die konkrete Umsetzung ankäme.

Für welchen Weg sich die Schweiz nun entscheidet? Der Bundesrat dürfte das Thema am Freitag in seiner Sitzung abschliessend behandeln.

Maja Briner und Remo Hess

Bund und Kantone koordinieren sich

Migration Polen, Rumänien, Ungarn, Slowakei: In diese Länder flüchtet seit Kriegsbeginn in ihrem Heimatland ein Grossteil der Ukrainerinnen und Ukrainer. Viele von ihnen reisen von dort aus weiter, auch die Schweiz erwartet in den kommenden Wochen Schutzsuchende aus der Ukraine. Wie Justizministerin Karin Keller-Sutter Anfang Woche bekräftigte, sollen diese schnell und unkompliziert aufgenommen werden: «Die Schweiz lässt die Menschen in der Ukraine nicht im Stich. Und wir lassen auch unsere osteuropäischen Partner nicht im Stich.»

Für die Koordination der Unterbringung der Flüchtenden steht der Bund aktuell in Kontakt mit den Kantonen, Gemeinden und NGOs. Noch sind vie-

le Fragen offen: Daher hat der national tätige Asyl-Koordinationsstab für heute Vormittag eine Sitzung einberufen. Mit dabei sind nebst dem Staatssekretariat für Migration (SEM) auch Vertreterinnen und Vertreter des Grenzwachtkorps, der Sozialdirektorenkonferenz, des Verteidigungsdepartements und der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren. Das SEM rechnet damit, dass viele der Flüchtlinge «im Rahmen des bewilligungsfreien Aufenthalts von drei Monaten in die Schweiz kommen». Da die meisten Ukrainer langfristige Schutz suchen würden an einem Ort, an dem Bekannte leben, gebe es in der Schweiz aufgrund der kleinen ukrainischen Diaspora bis jetzt erst sehr wenige Asylgesuche. (chi)

Enormer Ansturm auf Sammelaktionen

Beim Swiss Mega Park in Frenkendorf werden bereits keine Kleider mehr angenommen. Die bz zeigt, wo sonst noch gesammelt wird.

Michael Nittnaus

Stau gibt es in Frenkendorf immer wieder, doch dieser Tage stocken die Blechkolonnen nicht nur während der abendlichen Rush Hour. Es scheint, als wolle das halbe Baselbiet zum Swiss Mega Park an der Schützenstrasse 2. Bis zum Aldi-Kreisel stauten sich gestern zeitweise die Autos, sodass kurzerhand die Gemeindepolizei einschritt und begann, den Verkehr zu regeln. Auslöser war aber keine Rabattaktion beim Bubble Soccer, sondern eine der wohl grössten Solidaritätssammelaktionen für die Ukraine in der Region.

«Ich bin überwältigt, wie viele Menschen hierherkommen und Material spenden», sagt Alexandra Somlo. Die Geschäfts-

Über **1000** Menschen brachten bis Mittwochmittag schon Material nach Frenkendorf.

führerin des Swiss Mega Parks hat die Aktion zusammen mit ihren Mitarbeiterinnen auf die Beine gestellt. Beteiligt ist aber auch ihr Mann, Tibor Somlo, der bereits durch das Angebot an den Kanton Baselland von sich reden machte, 400 ungenutzte Quadratmeter seiner Ergolz-Klinik als Flüchtlings-Unterkunft zur Verfügung zu stellen (bz von gestern). Seit Dienstagmorgen und noch bis heute Donnerstagabend 22 Uhr werden Materialspenden aller Art entgegenge-

nommen. Alexandra Somlo schätzt, dass bis Mittwochmittag bereits über 1000 Personen vorbeigekommen sind. Dutzende Tonnen Material werden von 50 bis 60 Helfern sortiert und für den Weitertransport an die polnisch-ukrainische Grenze bereitgemacht. Mehrere Lastwagen werden am Freitag von Frenkendorf losfahren.

Medikamente, Schlafsäcke und Babynahrung gesucht

Somlo arbeitet mit der ukrainischen und der polnischen Botenschaft zusammen. Diese organisieren selber Konvois, die im Gegensatz zu Somlos LKWs auch über die Grenze fahren können. Im Landesinneren seien vor allem Medikamente und Verbandsmaterial, aber auch Socken

und Unterhosen für die Soldaten sowie Windeln für Erwachsene, die in Schutzkellern festsitzen, gesucht. Dazu auch Funkgeräte und Batterien. Anders an der Grenze: «Dort frieren die Flüchtlinge und brauchen vor allem wärmende Sachen», sagt Alexandra Somlo. Gegen Abend präzisiert sie allerdings: Kleidung, Schuhe und Spielzeug hätten sie mittlerweile mehr als genug. «Bitte bringen Sie nur noch Schlafsäcke, Windeln, Hygieneartikel, Medikamente, Batterien, Taschenlampen, Baby- und Trockennahrung.» Zudem seien Helfer gesucht.

Die Somlos sind mit ihren Aktionen in der Region Basel keinesfalls alleine. Gerade Materialsammlungen gibt es mittlerweile einige. Die bz versucht

an dieser Stelle, eine Übersicht zu bieten, die aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit hat:

— Der Verein «Ukrainer in Basel» organisiert für Sachspenden einmal wöchentlich freiwillige Fahrdienste an die ukrainische Grenze. Die Waren werden an der Gundeldingerstrasse 63 entgegengenommen, dies nach Anmeldung unter 076 406 22 55. Zwar sucht der Verein unter www.withukraine.ch auch Schutzwesten und Helme, doch hat das Staatssekretariat für Wirtschaft Seco mittlerweile klargestellt, dass solche «besondere militärische Güter» nicht exportiert werden dürfen.

— Der Verein «Nikodemus Rumänien-Hilfe» aus Sissach (www.nikodemus.ch) organisiert eine Sammlung für Flüchtlinge an der ukrainisch-rumänischen Grenze in Radauti. Am 4. und 5. März werden von 10 bis 16 Uhr Waren an der Hauptstrasse 1 in Sissach entgegengenommen. Gesucht sind Matratzen, Fixleintücher, Decken und Schlafsäcke, aber auch Hygieneartikel und «feine Schweizer Schoggi».

— Das Atelier «The Beach House» in Allschwil sammelt an der Binningerstrasse 110 Waren (Donnerstag 10-12, Freitag 16-19 und Samstag 11-16 Uhr).

— Die Basel School of Business nimmt für einen Transport Ende Woche auf ihrem Campus am Centralbahnplatz 12 Sachspenden entgegen.

Information über Krisenvorsorge

Grosser Rat «Dass nach der Eroberung der Nuklearzentrale von Tschernobyl durch russische Truppen zusätzlich zum Angriffskrieg russische Atomwaffen in Bereitschaft gestellt worden sind, erhöht die Besorgnis auch in unserem Kanton», so LDP-Grossrätin Lydia Isler-Christ. Sie hat deshalb eine Interpellation eingereicht betreffend Information der Bevölkerung über die Krisenvorsorge im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine. Isler-Christ bezieht sich unter anderem auf die Anwendung und Verteilung von Jodtabletten. Sie stellt klar: «Es wäre falsch, eine Panikstimmung zu verbreiten, sachliche Aufklärung ist aber dringend angezeigt». Deswegen solle der Regierungsrat unaufgeregt und zeitnah die Bevölkerung über Vorsorgemassnahmen informieren. Unter anderem auch über die Zuweisung von Schutzraumplätzen. (no)

GGG erfasst nur Basler Wohnungen

Unterkünfte Basel-Stadt begrüsst in einer Mitteilung vom Dienstag explizit, wenn sich auch Private engagieren und Wohnungen oder Zimmer für Ukraine-Flüchtlinge zur Verfügung stellen. Man solle sich an «Gastfamilien für Flüchtlinge GGG – Stichwort Ukraine» wenden. Wie sich nun herausstellt, melden sich auch viele Baselbieter bei der GGG. Diese kann aber nur Angebote für Basel-Stadt entgegennehmen. Auf Nachfrage bestätigt der Baselbieter Asylkoordinator Rolf Rossi, dass Baselland keine vergleichbar zentralisierte Anlaufstelle habe. Dennoch sei das Vorgehen klar: Private, die Unterkünfte zur Verfügung stellen wollen, sollen sich bei der Sozialhilfebehörde ihrer Wohngemeinde melden. Der gesetzliche Auftrag für Einzelbetreuungen von Flüchtlingen liege bei den Gemeinden. (mn)

«Ich bin am Boden zerstört»

Eine junge Ukrainerin aus Basel möchte mit Plakataktionen Verbindungen schaffen.



Die 32-jährige Solomiia Tsvietkova organisiert Solidaritätskundgebungen in Basel mit.

Bild: Kenneth Nars

Nora Bader

«Ich bin traurig.» «Ich habe Angst.» «Ich bin am Boden zerstört.» Rund 25 Personen halten am Mittwoch auf dem Basler Barfüsserplatz Plakate in die Höhe und schweigen. Einige Passanten halten inne. Die Kundgebung mitorganisiert hat die 32-jährige Solomiia Tsvietkova. Die Ukrainerin lebt seit 2015 in der Schweiz, seit 2019 in der Region, wo sie als Tierärztin arbeitet.

Weil auf dem Marktplatz der Wochenmarkt stattfand, musste sich die Gruppe auf den Barfüsserplatz begeben. Der Ort der Veranstaltung spiele

keine Rolle, wichtiger sei deren Inhalt, sagt die Mitinitiantin: «Mein Ziel ist es, Menschen eine Möglichkeit zu geben, ihre Gefühle auszudrücken, sich zu solidarisieren.»

Die Aktion soll an vielen Orten stattfinden

Willkommen seien alle, egal welche Meinung sie vertreten würden. «Egal ob ukrainischer, russischer, schweizerischer oder anderer Herkunft.» Sie hoffe, dass viele Menschen kämen und friedlich beisammen seien. «Wir versuchen, Verbindungen aufzubauen und im kleinen Rahmen Frieden zu schaffen.» Bei der Plakataktion, die Solo-

mia Tsvietkova wiederholen möchte, gehe es nicht um Politik, sondern um die Menschen, welche unter der Politik leiden und sie ertragen müssten. «Es geht uns auch darum, Solidarität auszudrücken. Dabei kann man sich in die Augen schauen oder in den Himmel.»

Die junge Frau ist selbst auch Mitglied des Ukrainischen Vereins Basel und vernetzt mit Ukrainerinnen und Ukrainern in ganz Europa. «Mein Wunsch wäre, dass diese Aktion wie heute in Basel auch in anderen Ländern stattfindet», sagt sie.

Sie könne sich vorstellen, dass die tägliche Mahnwache um 18 Uhr auf dem Marktplatz

«Es geht darum, Solidarität auszudrücken, egal, woher jemand kommt.»

Solomiia Tsvietkova

Teil davon werde. Dort wurde am Basler Rathaus vergangene Woche eine blau-gelbe Flagge angebracht. Täglich treffen sich Menschen vor dem Rathaus, um zu demonstrieren (bz berichtete). Die Solidarität und Betroffenheit ist gross. Am Dienstagabend hat ausserdem in der Offenen Kirche Elisabethen in Basel ein Gedenkgottesdienst stattgefunden, an dem rund 600 Personen teilgenommen haben. Gemeinsam wurde für Frieden in der Ukraine gebetet.

Für heute Donnerstag ist von Klima Basel 2030 um 17.45 Uhr auf dem Barfüsserplatz eine Solidaritätskundgebung für die Ukraine angekündigt.

Hoffnung, Trauer, Schuldgefühle: Geflüchtete erzählt ihre Geschichte

Ukraine-Krieg: Von Kiew nach Basel Olha Martynyuk hätte bereits am Rheinknie sein sollen, als sie in Kiew von Explosionen geweckt wird. Geschafft hat sie es trotzdem. Doch Herz und Gedanken verbleiben in der Heimat.

Sebastian Briellmann

Es ist erst kurz vor sechs Uhr morgens in Kiew. Olha Martynyuk schreckt plötzlich aus dem Schlaf auf, wird geweckt von einer Explosion. Das Haus, so erinnert sie sich, «hat gebebt». Es dauert nur wenige Minuten, bis sie sich angezogen hat und das Wichtigste, das noch nicht bereits gepackt war, zusammenkramt. Das Gas in der Küche stellt sie noch ab, für mehr bleibt keine Zeit. Nichts ist mehr, wie es sein sollte. In der Ukraine herrscht seit diesem Donnerstagmorgen Krieg. Russland greift das Land an.

Eigentlich hätte alles anders kommen sollen, nur wenige Stunden vorher, als zwar Bedrohung, aber noch kein Krieg ist. Martynyuk will am Mittwoch von Kiew nach Basel fliegen. Hier lebt ihr Partner, hier ist sie durchaus verwurzelt, seit sie an der Universität ihren Postdoc gemacht hat. Drei Wochen will sie in Basel bleiben, Ferien machen und auch arbeiten, Zeit mit ihrem Freund verbringen.

Doch sie verpasst den Flug. Der fast zynisch banale Grund: Stau. Sie wird umgebucht auf Freitag, aber noch einmal zum Flughafen wird sie nicht kommen.

14 Stunden im Zug

An das kann sie an diesem Donnerstagmorgen natürlich nicht mehr denken. Es ist ein blosses Reagieren auf die neue, schreckliche Realität. Schon steht sie auf der dunklen Strasse und überlegt: Raus in die Vorstadt von Kiew, wo Verwandte wohnen, und an einen Ort, der sicher scheint? Auf dem Weg zur Haltestelle kommt sie auch an einem grösseren Bahnhof vorbei und denkt sich: Vielleicht ist es besser, nach Lviv zu fahren (wo ihre Mutter wohnt). Sie löst, zwei Minuten vor Abfahrt des Zuges, ihr Billett. Und denkt geistesgegenwärtig, wohl auch intuitiv, nur wenige Minuten später: Warum in Lviv aussteigen, wenn der Zug bis zur polnischen Grenze, nach Peremyshl, fährt? Also kauft sie ein zweites Ticket.

Aus Sicherheitsgründen fährt der Zug nur 60 Kilometer pro Stunde, es dauert vierzehn ewige Stunden bis zur Ankunft, ohne Essen, nur Wasser gibt es. Stunden der Ungewissheit. Martynyuk erzählt, dass sie auch Glück gehabt hat: «Die freien Plätze im Zug wurden rasend schnell weg.»

Es ist gar nicht so einfach, einer solchen Geschichte in einem Basler Café, wo der Krieg so weit weg ist, zu folgen. Die 36-Jährige spricht überlegt, redegewandt, manchmal auf Deutsch, manchmal auf Englisch; über ihre Flucht, ihre Herkunft, ihr Leben. Menschen mit einem Lebenslauf wie dem ihren gibt es viele. Erfolgsgeschichten, made in Basel (zumindest teilweise).

Studium der Geschichte – zuerst in Kiew, danach in Budapest an der Central European University. Sie doktoriert – ausgezeichnet – über den russischen Nationalismus in der Ukraine



Beeindruckende Persönlichkeit: Olha Martynyuk ist seit Samstag in Basel – aber ihre Gedanken drehen sich um die Ukraine. Foto: Nicole Pont

(Anfang des 20. Jahrhunderts). Postdoc in Basel. In den USA absolviert sie das Fulbright-Programm, eines der prestigeträchtigsten Stipendienprogramme der Welt. Daneben ist sie Dozentin, Autorin, Filmemacherin.

Man könnte sich also gut vorstellen, dass Martynyuk in normalen Zeiten hier mit einer Freundin, die sie länger nicht gesehen hat, in aufgeräumter Stimmung bei einem Kaffee plaudert. Aber was ist schon normal momentan?

Handy ist auf laut gestellt

Es ist daher umso erstaunlicher, dass Martynyuk ihre Contenance wahrt, immer wieder lächeln kann, nicht aufgebracht wirkt, eher unerschütterlich, manchmal unterlegt mit etwas Galgenhumor. Dabei gäbe es wahrlich genug Gründe für einen anderen Sound, für eine wütende Anklage in Richtung Russland. Dass die Situation nicht alltäglich ist, erkennt man nur daran, dass sie ihr Handy auf laut stellt und immer wieder ein Klingelton ertönt, nachdem neue Nachrichten eingetroffen sind. Und jederzeit könnten Mama oder Papa anrufen. Wer weiss schon, welche Nachrichten aus der Ukraine eintreffen? Sind sie gut, sind sie schlecht? Man versucht, Martynyuks Situation zu verstehen (und man muss zugeben, dass man das gar nicht kann).

Selbst Martynyuk hat natürlich noch keine Musse für eine historische Auslegeordnung; sie hat am eigenen Leib erfahren, wie sich das Leben innerhalb weniger Stunden verändert hat. Nichts ist wie zuvor. Und die

bange Frage steht im Raum: Wird es jemals wieder so sein?

Auf ihrem Weg nach Basel muss sie an vieles denken, natürlich an ihre Heimat. Immerhin hat sie das örtliche Ziel vor Augen. Über Zwischenstationen in Krakau und Frankfurt kommt sie am Samstag in Basel an. Der Fokus ist derselbe – so viel tun, wie nur geht: Sie sammelt Geld etwa für jene, die in der Ukraine geblieben sind oder haben bleiben müssen.

Aber sie hat auch Schuldgefühle: Warum habe ich akademische Artikel verfasst, anstatt Kurse im Zivilschutz zu besuchen? Könnte ich dann kämpfen, ja müsste ich es nicht auch? Das, und Martynyuk macht nicht den Anschein, das verschweigen zu wollen, belastet ungemein.

«Auch ich hätte die Bedrohung eher erkennen und im Unterricht behandeln sollen.»

Olha Martynyuk

Sie sagt: «Ich schlafe wenig, nicht mehr als drei oder vier Stunden. Im Alltag hilft mir mein Freund. Für Kochen und Haushalt fehlt mir der Fokus. Darum fahre ich auch kein Velo, weil ich mich nicht gut genug konzentrieren könnte.»

Immerhin: Essen geht ganz gut, «besser als bei anderen».

Dann lächelt sie: «In der Ukraine lieben wir Buchweizen. Mein Freund, nun ja, eher weniger. Dennoch kocht er ihn für mich.»

Der Bunker und die Tränen

Diese schönen kleinen Freuden, die auch nicht zu unterschätzen sind, mögen nicht darüber hinwegtäuschen, dass da immer grosse Sorge, manchmal grosse Angst ist. Um die Mutter in Lviv, die zwar in einem derzeit als sicher eingestuften Gebiet lebt, aber schon achtmal in den Bunker musste («obschon ich weiss, dass die Gefahr für sie nicht so gross ist, nimmt mich das jedes Mal mit, muss ich weinen»).

Martynyuk erzählt auch von ihrem Vater, der in ebendieser Vorstadt in Kiew wohnt, in die sie zuerst auch flüchten wollte und die nun umkämpft ist, sich eine Frontlinie befindet. In einem Haus, ziemlich weit weg von der Hauptstrasse zwar, aber was heisst das schon während eines Krieges? Und ohne Bunker. Martynyuk erzählt, dass sie gleich vor dem Gespräch mit ihrem Papa telefoniert hat, er auch einkaufen gehen konnte. Sie sagt aber auch: «Es ist durchaus wahrscheinlich, dass bald Lebensmittel und sonstige wichtige Dinge ausgehen könnten. Der Ort ist isoliert.»

Dann hält sie inne, muss kurz schmunzeln; dieses Mal wirkt es wie Galgenhumor, wie Ungläubigkeit auch. Sie sagt: «Es ist schon eigenartig: Mein Vater ist derzeit enorm optimistisch. Er ist seit ein paar Jahren viel auf Facebook, ein bisschen ein Influencer sogar.» Dort macht der Vater, weil

er mit 67 Jahren nicht mehr kämpfen darf, da er über 60 ist («obwohl er Waffen haben wollte») immerhin seinen Landsleuten Mut. Man tut, was man kann.

Martynyuk ist über die Einstellung ihres Papas auch darum erstaunt, «weil er lange negativ war. In den letzten Jahren hat er immer wieder geschrieben, dass der Kreml in der Ukraine spionierte und ja, auch dass er die Ukraine beherrschen könnte. Ich gebe zu: Ich habe mich darüber geärgert, hielt es für ein bisschen paranoid.» Nun schüttelt sie den Kopf: «Er hat mit vielem recht gehabt.»

Rückkehr jederzeit möglich

Martynyuk selbst, Expertin auf diesem Gebiet, hat lange einen anderen Weg gewählt. Die Der-Kreml-ist-an-allem-schuld-Devisen war ihr immer zu wenig differenziert. Sie hat das auch stets ihre Studenten gelehrt. Heute sagt sie: «Die Bedrohung war immer da. Auch ich hätte sie eher erkennen und im Unterricht behandeln sollen.» Seit Beginn dieses Jahrhunderts mache Putin Anti-Ukraine-Propaganda: «Er erzählt schlicht und einfach eine falsche Geschichte. Für ihn ist die Ukraine als existierendes Land ein Fehler. Das ist ein Sprech wie im 19. Jahrhundert. Man mag es kaum glauben: Aber selbst russische Wikipedia-Einträge widersprechen ihm.»

Aber warum jetzt? Darauf hat eine Expertin wie Martynyuk keine Antwort – wie auch, wenn auch sonst niemand auch nur annähernd eine hat? Sie ist sich aber sicher, dass die aktuelle

Hilfe – vornehmlich: die Sanktionen – nicht ausreichen werden, um die Ukraine zu retten.

Es ist beeindruckend, wie sie über beklemmende Wahrheiten und schlimmste Befürchtungen spricht, nie wissend, was als Nächstes passiert, wann der nächste Anruf aus der Heimat kommt. Was macht das mit einem, wenn das eigene Land, die liebsten Menschen in grosser Gefahr sind? «Es ist jederzeit möglich, dass ich zurückkehre – aber auch, dass ich länger hierbleiben werde als geplant», sagt sie ruhig.

Für ihre geplante Reise nach Basel hat sie Tischtennisschläger eingepackt und Badesachen, um im Rialto schwimmen zu gehen. Es sind materielle Dinge, nicht unwichtig im normalen Alltag, die aber jetzt, in ihrer Geschichte, deplatziert wirken. Was auch damit anfangen?

Als sie dieses Detail erzählt, huscht ihr erneut ein Lächeln über die Lippen. Der Glaube an eine Zukunft, mit sorgenfreien Gedanken an ein Pingpongspiel oder einen Schwumm im Rialto: Er existiert. Und man spürt: Auch der Glaube an das eigene Land ist unverrückbar, dank des Mutes der Ukrainer, dank des eigenen Urvertrauens. Das ist sicher nicht selbstverständlich, vor allem nicht in der Schweiz, einem Hort von Sicherheit und Wohlstand. Man muss mit Menschen wie Olha Martynyuk sprechen, damit einem bewusst – oder zumindest bewusster – wird, warum in den letzten Tagen so viel über die heldenhafte Mentalität der Ukrainer geschrieben worden ist.

Die einen beten, die anderen malen gegen den Krieg

Basel leidet mit Am Münster läutet am Donnerstagmittag die Papstglocke – sie ist sonst nie allein zu hören. Am Abend demonstrieren zudem rund 400 Menschen auf dem Barfüsserplatz.

Yannik Schmöller

In Basel sind am frühen Donnerstagabend gegen 400 Menschen dem Aufruf der Klimastreik-Bewegung zu einer Solidaritätskundgebung gegen den Krieg in der Ukraine gefolgt. Kinder und Erwachsene kritzelten mit blauer und gelber Kreide ukrainische Flaggen und Anti-Kriegs-Parolen auf den Boden.

In den Reden wurde die Verbindung des Krieges mit den fossilen Energieträgern Öl und Gas aus Russland angeprangert. Am offenen Mikrofon äusserten sich unter anderem Teilnehmer mit ukrainischen und russischen Wurzeln zum Krieg. Ein junger Ukrainer wies darauf hin, dass Freunde, mit denen er vor ein paar Jahren noch auf der Strasse gespielt habe, jetzt mit der Waffe kämpfen müssten.

Es läutete von Norwegen bis Malta

Die Kundgebung am Barfüsserplatz war nicht die einzige Solidaritätsbekundung, die am Donnerstag in Basel stattfand. Am Mittag liess das Basler Münster die Papstglocke als Zeichen der Trauer schlagen. Die spezielle Solidaritätsaktion wurde durch die europäischen Dombaumeister initiiert. Von Norwegen bis Malta und von Spanien bis in die Ukraine läuteten die Glocken der grossen Kathedral- und Domkirchen um 12 Uhr und riefen zum Gebet gegen den Krieg und das Leid in der Ukraine auf.

Letztmals hatte es 2014 eine ähnliche Aktion gegeben, als ein Brand in der berühmten Kathedrale Notre-Dame in Paris ausgebrochen war.

Die evangelisch-reformierte Kirche Basel-Stadt entschied sich, nur die grösste Münsterorgel, die Papstglocke, schlagen zu lassen. Das gibt es sonst nie. Kir-



Kinder und Erwachsene kritzelten mit blauer und gelber Kreide ukrainische Flaggen und Anti-Kriegs-Parolen auf das Kopfsteinpflaster am Barfüsserplatz. Foto: Pino Covino

chensprecher Matthias Zehnder sagte, dass der dunkle, tiefe und eindringliche Klang der Glocke an den Krieg in der Ukraine erinnere.

Ausserordentlich sollte es sein und sich vom Herkömmlichen abheben, fügte Zehnder an, denn die sechseinhalb Tonnen schwere Papstglocke erklinge ansons-

ten nur allein, wenn das alte Jahr ausgeläutet werde, sowie an hohen, christlichen Feiertagen.

Auf dem Münsterplatz warteten die Menschen auf den einzig-

artigen Moment. Die Glocken läuteten die Mittagsstunde ein. Danach schlug der tiefe, traurige und laute Ton an. Die Vibration der Papstglocke war bis auf den Münsterplatz zu spüren. Der Klang ging durch Mark und Bein. Bald kehrte Ruhe ein, und einige Passanten hielten inne. Eine Frau stand mit gesenktem Kopf, geschlossenen Augen und Tränen auf den Wangen da. Eine Kollegin nahm sie in den Arm und tröstete sie.

Sieben Minuten, lange Minuten, schlug die überwältigende Papstglocke. Jede Minute stand für einen Tag Krieg. Nach dem letzten Glockenschlag folgte Stille. Eine einnehmende Stille, nur unterbrochen durch dumpfe Glockenschläge aus der Ferne.

Mittagsgebet, Kollekte und Friedenslicht-Fackel

Die Menschen verharrten noch einen Moment. «Der Klang der Glocke hat mich völlig überwältigt», sagte die mitgenommene Frau nach dem letzten Glockenschlag. Sie habe über eine Freundin erfahren, dass die Papstglocke für die Ukraine schlagen werde. Es sei klar gewesen, dass sie kommen müsse, obwohl sie keinen persönlichen Bezug zum Land habe.

Während die Glocke läutete, wurde in der Kirche ein spezielles halbstündiges Mittagsgebet für die Menschen abgehalten, die sich in diesem schrecklichen Krieg befinden und über die so grosses Leid hereingebrochen ist. Kollekten standen bereit, um Geld für die Ukrainerinnen und Ukrainer zu sammeln. Vor dem Hauptportal des Basler Münsters brannte die Flamme einer Friedenslicht-Fackel. Sie wird üblicherweise nur im Dezember entzündet. Ein weiteres aussergewöhnliches Zeichen der Solidarität mit der Ukraine.

Dieser Car bringt 95 ukrainische Flüchtlinge nach Basel

1550 Kilometer Fahrt Mit Hilfsgütern hin – mit Flüchtlingen zurück: Ein Basler Reiscar ist auf dem Weg an die ukrainische Grenze, um den Menschen im Krisengebiet zu helfen.

Isabelle Thommen

1550 Kilometer lang ist die Strecke von Basel bis an die ukrainische Grenze: Seit Freitagmorgen ist ein Bus der Robert Saner Carreisen AG aus Basel unterwegs Richtung Krisengebiet. Mit im Gepäck: vor allem Wolldecken und Windeln für die Menschen in der Ukraine. Auf dem Rückweg bringen die Organisatoren 90 bis 95 Flüchtlinge nach Basel.

Initiiert wurde die Aktion vom Baselbieter Verein Terranea, finanziert wird die Fahrt von Martin Jenzer und durch Spenden aus der Region. Der Basler SP-Politiker ist Betriebsleiter der Autobus AG in Liestal und ausgebildeter Chauffeur. «Der Verein hat mich angefragt, ob es eine Möglichkeit

«112 Betten wurden bereits zur Verfügung gestellt, es gibt also genug Platz.»

Martin Jenzer
Betriebsleiter Autobus AG Liestal



Vollgepackt mit Hilfsgütern fährt der Car an einen Checkpoint an der ukrainischen Grenze. Foto: Martin Jenzer

gibt, die Fahrt zu stemmen», sagt Jenzer zur «Basler Zeitung». Zuerst habe er gedacht, die Aktion sei unmöglich zu bewältigen. «Aber es liess mich nicht los. Ich musste etwas tun.»

Über Nürnberg, Dresden, Warschau und Krakau wollen Martin Jenzer und Mitchauffeur Urs Saner bis Samstagmittag die polnische Stadt Jaroslaw erreichen. Von dort geht es an einen Checkpoint

an der ukrainischen Grenze, wo die Hilfsgüter abgeladen werden.

Diesel und Essensvorräte sind knapp

Dabei könnten aber einige Schwierigkeiten auf sie warten. «Wir haben gehört, dass in den polnischen und ungarischen Grenzgebieten der Diesel und die Essensvorräte knapp werden. Wir müssen also gut planen», so

Jenzer. Zudem gebe es an den Grenzen ein grosses Militäraufkommen, das den Verkehr behindere. Vom Verein Terranea reisen fünf Personen mit, darunter auch solche, die Ukrainisch sprechen. Mit ihnen will sich die Gruppe in Polen verständigen.

Am Zielort werden die Organisatoren dann informiert, wo sie die Flüchtlinge für die Fahrt Richtung Schweiz abholen kön-

nen. Dank eines zweiten Cars aus Deutschland, der die Gruppe begleitet, können sie bis zu 95 Menschen in die Region Basel fahren.

Nicht unfreiwillig zum Schlepper werden

Hier werden die Flüchtlinge dann privat untergebracht. «112 Betten wurden bereits zur Verfügung gestellt, es gibt also genug Platz», so Jenzer.

Er habe zusätzlich beim Basler Regierungsrat Kaspar Sutter (SP) abgeklärt, wie Flüchtlinge untergebracht werden könnten, sollte es doch Probleme geben. «Die rechtliche Lage haben wir ebenfalls mit Kaspar Sutter geprüft. Wir wollten schliesslich nicht unfreiwillig zu privaten Schleppern werden. Doch seit gestern haben Ukrainer hier offiziell Flüchtlingsstatus. Von daher sollte alles klappen.»

Krieg in der Ukraine

Bundesrat will unbürokratisch helfen

Ukraine-Flüchtlinge Justizministerin Karin Keller-Sutter will zum ersten Mal den Schutzstatus S aktivieren. Bezüglich der Umsetzung sind allerdings noch Fragen offen, etwa zum Familiennachzug.

Charlotte Walser

Bereits mehr als eine Million Menschen haben wegen des Kriegs die Ukraine verlassen. In der Schweiz liessen sich bisher 320 Flüchtlinge registrieren. Der Bundesrat rechnet damit, dass die Zahlen in den kommenden Wochen steigen werden. Er will dafür sorgen, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer rasch und unbürokratisch Schutz erhalten, ohne dass die regulären Strukturen überlastet werden.

Genau dafür sei der Schutzstatus S gedacht, sagte Justizministerin Karin Keller-Sutter vor den Medien. Der Bundesrat will diesen Status nun zum ersten Mal aktivieren. Definitiv entscheiden wird er in einer Woche, nach Konsultation der Kantone und der Hilfswerke. Im Bundesrat war der Entscheid dem Vernehmen nach nicht umstritten. Bei der Umsetzung müssen allerdings noch diverse Fragen geklärt werden.

Nahe an der EU-Regelung

Der Schutzstatus S wurde nach Erfahrungen aus den Jugoslawienkriegen in den 1990er-Jahren geschaffen. Der Vorteil: Die Schutzsuchenden müssen kein individuelles Asylverfahren durchlaufen. Die EU kennt eine vergleichbare Regelung. Der Bundesrat will den Schutzstatus S nun so ausgestalten, dass er der EU-Regelung weitgehend entspricht.

Trotz Status S: Wer nicht nur vor dem Krieg geflohen ist, sondern sich individuell verfolgt wähnt – etwa wegen politischer Tätigkeiten –, kann jederzeit ein Asylgesuch stellen, um den Flüchtlingsstatus zu erlangen. Die Unterbringung erfolgt direkt in den Kantonen. Diese sollen vom Bund mit einer Globalpauschale entschädigt werden. Die Kantone suchen derzeit zusätzliche Unterkünfte, doch ist auch die private Unterbringung möglich. Bereits nach einem Monat sollen die ukrainischen Flüchtlinge einer Erwerbstätigkeit nachgehen können.

Reisen im Schengen-Raum – etwa für Besuche von Verwandten in Nachbarländern – will der Bund grosszügig bewilligen. Damit wären die Ukrainerinnen und Ukrainer mit Schutzstatus S besser gestellt als beispielsweise Syrerinnen und Syrer mit einer vorläufigen Aufnahme. Erst kürzlich hatte das Parlament das Reiseverbot für vorläufig aufgenommenen gesetzlich verankert. Es droht also



Auch die private Unterbringung Geflüchteter ist möglich: Zwei Demonstrantinnen an einer Anti-Kriegskundgebung in Lausanne. Foto: EPA

eine Rechtsungleichheit. Keller-Sutter sagte dazu, Personen aus der Ukraine könnten im Schengen-Raum ohnehin frei reisen.

Hat der Bundesrat den vorübergehenden Schutz nach fünf Jahren noch nicht aufgehoben, so erhalten Schutzbedürftige eine Aufenthaltsbewilligung B. Der Status ist jedoch für vorübergehenden Schutz gedacht: Er sei «rückkehrorientiert», sagte Keller-Sutter. Deshalb seien derzeit

«Es braucht Bemühungen zur Integration und die nötigen Mittel dafür.»

Peter Meier
Sprecher der Schweizerischen Flüchtlingshilfe (SFH)

auch keine Integrationsmassnahmen angedacht. Dieser Punkt wird in ersten Reaktionen kritisch gesehen.

Umstritten ist ausserdem die Frage, wie die Gruppe definiert werden soll, die unter den Schutzstatus S fällt. Hier geht es um Personen anderer Nationalität, die in der Ukraine lebten. Bereits auf EU-Ebene sorgte der Umgang mit ihnen für Diskussionen. Personen, die als Asylsuchende, Flüchtlinge und Langzeitaufenthalter in der Ukraine leben und nicht in ihr eigenes Land zurückkehren können, sollen nun ebenfalls kollektiven Schutz erhalten. Kurzaufenthalter müssen dagegen ein Asylgesuch stellen. Für Studierende aus Drittstaaten ist eine Repatriierung vorgesehen.

Positive Reaktionen

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) begrüsst die Pläne des Bundesrats, wünscht sich in einzelnen Punkten aber noch Anpassungen.

«Es ist erfreulich, dass der Bundesrat den Schutzstatus S flexibel ausgestalten will», sagt SFH-Sprecher Peter Meier. Mögliche Probleme sieht die SFH beim Familiennachzug für Personen anderer Nationalität, die in der Ukraine gelebt haben. Ausserdem brauche es Integrationsbemühungen und die nötigen Mittel dafür.

Die Leiterin des UNHCR-Büros für die Schweiz und Liechtenstein, Anja Klug, begrüsst die Pläne ebenfalls. Wichtig sei dabei, dass die Gruppe der Flüchtlinge, die unter den Schutzstatus S fallen, weit gefasst werde, sagt Klug. Nicht nur Ukrainerinnen und Ukrainer, sondern auch Menschen anderer Nationalität, die in der Ukraine gelebt hätten und nicht in ihre Herkunftsländer zurückkönnen, sollten den Schutzstatus S erhalten. Anja Klug würde es ausserdem begrüssen, wenn die Schweizer Regelung auch bei den Integrationsbemühungen

möglichst nahe an der EU-Richtlinie wäre. Schliesslich ruft Klug dazu auf, angesichts des Kriegs in der Ukraine die anderen Krisenherde und Flüchtlingssituationen nicht zu vergessen.

Nähe zur Schweiz wichtig

Auf Afghanistan angesprochen, stellte Keller-Sutter gestern fest, dort herrsche kein Krieg. Eine Rolle spiele aber auch die Nähe der Ukraine zur Schweiz, die zu einer grossen Solidarität in der Bevölkerung führe. Gleichzeitig betonte die Justizministerin, durch die Aktivierung des Schutzstatus S könne das Asylsystem entlastet werden, sodass für die regulären Asylverfahren von Flüchtlingen aus anderen Ländern weiterhin genügend Kapazitäten bereitstünden. Kritisch äusserte sich gestern die SVP. Sie fordert, dass ukrainische Flüchtlinge möglichst in den Nachbarstaaten der Ukraine versorgt werden.

Kommentar

Diesmal handelt der Bundesrat rasch

Anders als bei den Sanktionen war für den Bundesrat bei der Aufnahme von Flüchtlingen von Anfang an klar: Menschen, die aus der Ukraine in die Schweiz kommen, sollen unbürokratisch Schutz finden. Ein Asylverfahren braucht es nicht, denn die Schutzbedürftigkeit der Kriegsvertriebenen ist offensichtlich.

Die Schweiz schliesst sich mit der Anwendung des Schutzstatus S weitgehend der Regelung der EU an. Dies ist sinnvoll: Statt nationaler Alleingänge braucht es ein koordiniertes Vorgehen und solidarisches Handeln, wenn Millionen von Menschen fliehen müssen.

Richtig ist es auch, dass die Menschen aus der Ukraine rasch eine Erwerbsarbeit aufnehmen dürfen. Statt zum Nichtstun gezwungen zu sein, wird zumindest ein Teil von ihnen den Unterhalt in der Schweiz selbst bestreiten können. Sie müssen nicht ein Leben am Existenzminimum fristen, sofern sie eine Arbeit finden.

Man darf sich keine Illusionen machen: Es fliehen vor allem Frauen und Kinder sowie alte Menschen. Die Erwerbsarbeit wird nicht allen möglich sein, etwa weil sie Kinder betreuen müssen oder vom Krieg traumatisiert sind, aber auch weil sie keine genügenden Sprach- oder Berufskenntnisse haben.

Die Flüchtlinge stossen hier wie in anderen europäischen Ländern auf Hilfsbereitschaft. Tausende von Privaten haben eine Unterkunft angeboten. Der Angriff auf die Ukraine löst Solidaritätsaktionen aus wie der Einmarsch in Ungarn oder der Tschechoslowakei.

In die Schweiz werden aber nicht nur Flüchtlinge kommen, die hier Verwandte und Bekannte haben, wie dies in den Nachbarländern der Ukraine der Fall ist. Deshalb müssen auch Private Unterstützung und Beratung erhalten, wenn sie Flüchtlinge aufnehmen.

Markus Brotschi

Die Schweiz ist bei den Sanktionen auf dem gleichen Stand wie die EU

Massnahmen gegen Russland Mittlerweile stehen 677 Personen sowie 53 Unternehmen auf der Schweizer Sanktionsliste.

Die Schweiz übernimmt die Finanzsanktionen der Europäischen Union gegen Russland sowie die zusätzlichen Exportverbote. Damit seien alle vier Sanktionspakete der EU rechtsgültig umgesetzt, sagte Wirtschaftsminister Guy Parmelin gestern.

Güter, die sowohl für militärische als auch für zivile Zwecke eingesetzt werden können, dürfen nicht mehr nach Russland ausgeführt werden. Ist eine militärische Endverwendung

geplant, sind auch Ausfuhren in die Ukraine untersagt.

Ausschluss von Swift

Verboten werden auch Exporte von Gütern, die zur militärischen und technologischen Stärkung Russlands beitragen könnten. Auch technische Hilfe oder das Vermitteln oder Bereitstellen von Geldern werden untersagt. Exportverbote gelten zudem für Güter zur Ölraffination sowie für die Luft- und Raumfahrtindustrie.

Noch erlaubte Ausfuhren für den Ölsektor sind neu bewilligungspflichtig. Wie die EU ersetzt die Schweiz die bisherige Meldepflicht durch eine Bewilligungspflicht.

Als strengste Massnahmen im Finanzbereich bezeichnete Parmelin das Verbot von Transaktionen mit der russischen Zentralbank sowie den Ausschluss russischer Banken vom Kommunikationssystem Swift.

Weitere Massnahmen im Finanzbereich betreffen Wertpa-

piere, Darlehen sowie die Entgegennahme von Einlagen. Erfasst werden von den Sanktionen auch Vermögenswerte in Kryptowährungen.

Schliesslich sperrt die Schweiz die Vermögen weiterer 122 Personen und eines zusätzlichen Unternehmens. Damit stehen nun insgesamt 677 Personen auf der Schweizer Sanktionsliste. Die Zahl der Unternehmen auf der Liste beläuft sich auf 53.

Bei den Personen auf der Liste handelt es sich insbesondere um Mitglieder des russischen Parlaments, Personen aus dem Umfeld von Putin sowie Geschäftsleute, wie Erwin Bollinger, Leiter des Leistungsbereichs Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen im Staatssekretariat für Wirtschaft Seco, ausführte.

Parlamentarier betroffen

Die Landesregierung sieht Ausnahmen von den Sanktionen vor,

wenn diese die humanitäre Hilfe zu erschweren drohen. Die Schweiz sei in diesem Zusammenhang mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz IKRK im Gespräch, sagte Bollinger.

Man verfolge die weiteren Entwicklungen und werde gegebenenfalls autonom über die Übernahme weiterer Massnahmen entscheiden, betonte der Bundesrat. Die nun beschlossenen Sanktionen würden im Einklang mit der Neutralität umgesetzt. (sda)

Krieg in der Ukraine

Es werden 1000 Flüchtlinge pro Woche erwartet

Hilfe Die Vertriebenen sollen möglichst unbürokratisch empfangen werden. Der Bund will das Angebot in den Asylzentren um 5000 Plätze aufstocken. Die privat angebotenen Unterbringungsplätze werden von der Flüchtlingshilfe geprüft.

Christian Zürcher

Zinaida Humeniuk steht vor dem Bundesasylzentrum Zürich und hat Tränen in den Augen. Die 43-Jährige ist vor einer Woche mit Tochter und Sohn von Winnyzja in der Nähe von Kiew zu ihrer Schwester in die Schweiz geflüchtet. Den Mann und ihre Eltern hat sie zurückgelassen, gestern hat sie erfahren, dass ihr Vater gestorben ist, krankheitshalber.

Humeniuk ist gestern nach Zürich gereist, um sich als Flüchtende registrieren zu lassen. Das war gar nicht so einfach. «Es war schwierig, an Informationen zu kommen», sagt die Englischlehrerin. «Die Telefonnummer hat nicht funktioniert, im Internet fand ich kaum Informationen.»

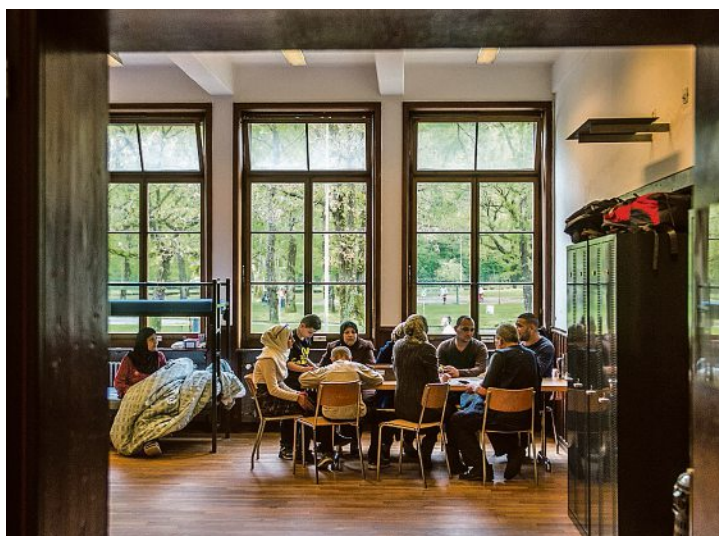
Drinne im Bundesasylzentrum schildert kurz danach Christine Schraner Burgener an einer Medienkonferenz, wie man Menschen wie Zinaida Humeniuk künftig versorgen will: möglichst unkompliziert. Die Staatssekretärin für Migration sagt: «Wir müssen vorbereitet sein. Und das

sind wir.» Ihre Mitarbeiter melden wenig später, dass nun auch die Hotline funktioniert und die Informationen auf der Website des Staatssekretariats für Migration (SEM) zu lesen sind.

80 Prozent der Plätze in Asylzentren sind besetzt

Seit Kriegsbeginn haben sich in der Schweiz 847 Flüchtende aus der Ukraine registriert. Schraner Burgener geht davon aus, dass sich aber bereits bedeutend mehr Vertriebene in der Schweiz aufhalten. Dies, weil es keine Pflicht für eine Registrierung gebe. Menschen aus der Ukraine können sich visumfrei während dreier Monate in der Schweiz aufhalten.

Zurzeit sind in den Asylzentren 4000 Betten und damit 80 Prozent der Plätze besetzt. Dieses Angebot will das SEM um 5000 Plätze aufstocken – auch mithilfe der Armee. Schraner Burgener spricht von einer «grossen Zahl» von weiteren Flüchtlingen aus der Ukraine, momentan rechne man mit 1000 Personen pro Woche, die meisten davon Frauen und Kinder. Sie lässt aber durchblicken, dass sie



Anlaufstelle: Bundesasylzentrum in Losone. Foto: Samuel Golay (Keystone)

nicht von Anstürmen ausgeht, wie man sie beispielsweise in den Nachbarländern der Ukraine beobachten konnte.

Einerseits weil erste Erhebungen zeigten, dass 98 Prozent der in die Nachbarstaaten der Ukraine Geflüchteten dortblieben und möglichst bald in ihre Heimat zurückkehren wollten. Andererseits weil die Ukraine-Diaspora

in der Schweiz weniger gross sei als zum Beispiel in Polen oder auch in Italien. In Zahlen: 250'000 Ukrainerinnen und Ukrainer leben in Italien, in der Schweiz sind es 11'000, wovon 4000 Doppelbürger sind.

Teil des Plans des SEM ist es auch, dass der Bundesrat am Freitag den S-Status ins Leben ruft. Damit sollen die Menschen

möglichst unbürokratisch empfangen werden. Heisst: kurz und einfach. Keine Beweisspflicht für eine individuelle Verfolgung, ein Nachweis einer Aufenthaltsbewilligung in der Ukraine reicht.

30'000 privat angebotene Unterbringungen

In der Praxis bedeutet dies: Flüchtlinge geben ihre Personalien an, hinterlassen Fingerabdrücke und werden kurz befragt, dann erhalten sie den S-Ausweis. Im Hintergrund wird zusätzlich eine Sicherheitsprüfung gemacht. Wer keine Verwandten oder Bekannten in der Schweiz hat oder nicht bei diesen wohnen kann, wird vom SEM mittels Verteilerschlüssel sogleich den Kantonen übergeben. Mit dieser speditiven Registrierung will man einer Überlastung der Bundesasylzentren vorbeugen.

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) vermittelt schliesslich zusammen mit den Kantonen die Unterkunftsplätze. Schraner Burgener erzählt, wie überwältigt sie von der Solidarität der Schweizerinnen und Schweizer sei. Man wisse von bis

zu 30'000 privat angebotenen Plätzen. Diese werden von der SFH vorgängig überprüft. «Solche Platzierungen muss man vorsichtig machen. Nicht dass dann beide Seiten enttäuscht sind», sagt Schraner Burgener. Ob die privaten Gastgeber entschädigt würden, sei noch unklar und Sache der Kantone.

Formelle Voraussetzungen für Gastfamilien gibt es keine. Das SFH empfiehlt ein abschliessbares Zimmer für die Gäste und Verständnis für ihre Situation. «Sie mussten alles hinter sich lassen und sind darum schwer traumatisiert», sagt Miriam Behrens, SFH-Direktorin, dem Schweizer Fernsehen.

Beim SEM gibt man sich zuversichtlich, dass die Schweiz die Situation gut bewältigen kann, trotz vieler Ungewissheiten. Das zeigte sich bereits in den vergangenen Tagen. Für die Beamten war es zum Beispiel völlig neu, dass Flüchtlinge mit dem Auto anreisen. Man musste erst Tickets für Parkplätze in der Nähe des Bundesasylzentrums organisieren. Das hat dann auch reibungslos geklappt.

Schweiz zählt wenige ukrainische Flüchtlinge

Der Bund und die Kantone bereiten sich aber darauf vor, dass die Zahl der Vertriebenen ansteigt. Grosse Hilfe aus der Bevölkerung.

Francesco Benini, Nina Fargahi

874 ukrainische Staatsbürger haben sich bisher in den Bundesasylzentren gemeldet. Rund 90 kommen jeden Tag hinzu. Es sind weniger, als zehn Tage nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs zu erwarten waren.

Bald zwei Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer sind bisher aus ihrer Heimat geflohen. Viele wollen im Nachbarland Polen bleiben. Die Zahl der ukrainischen Flüchtlinge in Polen liegt bereits bei über einer Million. In Polen arbeiten viele Ukrainer; manche Flüchtlinge kommen bei Verwandten und Bekannten unter. Und die Solidarität der Polen ist riesig: Die Behörden haben bekannt gegeben, dass die Kapazität für die Aufnahme von Flüchtlingen noch lange reiche.

Viele Ukrainer bleiben in Nachbarländern

Die Schweiz gehörte bisher nicht zum bevorzugten Ziel ukrainischer Flüchtlinge. Anders als in Deutschland, Italien und Spanien gibt es hierzulande keine grosse ukrainische Diaspora. Zudem ist die Schweiz kein Nachbarland der Ukraine. Nach Rumänien sind schon 400 000 Ukrainer eingereist – die Aufnahme läuft ohne grössere Probleme.

Trotzdem bereiten sich die Behörden auch in der Schweiz vor. Was geschieht mit einem ukrainischen Flüchtling, der in der Schweiz ankommt? Er wird in einem Bundesasylzentrum registriert. Ein Asylverfahren wird nicht durchgeführt – die ukrainischen Flüchtlinge erhalten einen vorübergehenden Schutzstatus



Ukrainische Flüchtlinge warten an der Grenze zu Polen in der Kälte auf einen Bustransport.

Bild: Sean Gallup/Getty Images

«Es sind viele Schweizerinnen und Schweizer bereit, Flüchtlinge aus der Ukraine bei sich aufzunehmen.»

Christine Schraner Burgener
Staatssekretärin für Migration

und können für die Dauer von mindestens einem Jahr im Land bleiben. Nach der Registrierung im Zentrum werden die Vertriebenen den Kantonen zugeteilt.

Diese entscheiden dann, wo die Flüchtlinge unterkommen. Christine Schraner Burgener, Staatssekretärin für Migration, erklärt, dass es drei Gruppen von Vertriebenen gebe: Ukrainer, die von Verwandten oder Freunden aufgenommen werden. Zweitens ukrainische Flüchtlinge, die Verwandte in der Schweiz haben, aber nicht

bei ihnen wohnen können. Für sie versucht man, möglichst in der Nähe einen Platz zu finden. Die dritte Gruppe sind jene Flüchtlinge, die niemanden in der Schweiz kennen.

Schraner Burgener betont: «Viele Schweizerinnen und Schweizer sind bereit, ukrainische Flüchtlinge bei sich aufzunehmen.» Es ist nicht klar, wie viele Menschen bereits einen Platz angeboten haben – die Zahlen reichen von 11 000 bis 35 000. Die Unterstützung für das schwer geprüfte ukrainische

Volk ist jedenfalls gross. In den Sammelstellen vieler Gemeinden stapeln sich Hilfsgüter, die entweder für die Ukraine bestimmt sind oder an Flüchtlinge verteilt werden, die hier ankommen.

Was ist, wenn die Russen nicht ablassen von ihrer Barbarei und den Krieg noch einige Zeit andauert? Schraner Burgener hält fest, dass die Schweiz viele Ukrainerinnen und Ukrainer aufnehmen könne. In den Kantonen gebe es Kapazitäten für die Aufnahme vieler Menschen. Und sollten diese nicht

mehr ausreichen, könne man das VBS, das Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, einschalten. Dieses habe verschiedene Optionen für die Unterbringung vieler Menschen.

Anlaufstellen, wo Plätze für Ukrainer gemeldet werden

Die Kantone nehmen nun Anlaufstellen in Betrieb; bei ihnen können sich Private melden, die einen Platz anbieten wollen. Im Kanton Zürich hat das Sozialamt eine Ukraine-Anlaufstelle eingerichtet.

Die Luzerner Dienststelle für Asyl- und Flüchtlingswesen nimmt Mitte März eine Unterkunft mit Platz für 80 Personen in Betrieb, der Kanton Neuenburg plant das Gleiche für 135 Personen.

Sobald der Schutzstatus für die ukrainischen Flüchtlinge ab Samstag in Kraft tritt, erhalten die Kantone für jede geflüchtete Person eine Globalpauschale vom Bund. Es ist der gleiche Betrag wie für Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene: rund 1500 Franken pro Monat.

Wenn Vertriebene privat untergebracht werden, geht ein Teil der Pauschale für Unterkunft und Logis an die Gastfamilie. Dies wird in den Verträgen zwischen den Gastfamilien und den Betroffenen geregelt. Denn es gibt viele verschiedene private Initiativen, die Unterkünfte vermitteln, zum Beispiel die Organisation Campax.

Ab Dienstag ist zudem die Schweizerische Flüchtlingshilfe in den Bundesasylzentren anwesend. Die Flüchtlingshilfe ist zuständig für die landesweite Koordination zwischen den Behörden, Campax und den Privatpersonen.

Nach 23 Jahren aktiviert: Die Geschichte des Schutzstatus S

Er wurde Ende der 1990er-Jahre für Flüchtende aus dem Kosovo geschaffen. Nun profitieren Ukrainerinnen und Ukrainer davon.

Maja Briner

Es gibt den Status seit über zwei Jahrzehnten, und weil er in all den Jahren nie gebraucht wurde, wurde er mehr als einmal als Papiertiger bezeichnet. Doch nun, wegen der russischen Invasion in der Ukraine, will der Bundesrat den sogenannten Schutzstatus S aktivieren.

Dieser ermöglicht es, Ukrainerinnen und Ukrainer vorübergehend aufzunehmen, ohne dass sie ein ordentliches Asylverfahren durchlaufen müssen. Das Gesetz sieht konkret vor, dass die Schweiz «Schutzbedürftigen für die Dauer einer schweren allgemeinen Gefährdung, insbesondere während eines Krieges (...) vorübergehenden Schutz» gewähren kann.

Die Armee musste bei der Betreuung helfen

Der Schutzstatus S war aufgrund der Jugoslawien-Kriege geschaffen worden. Damals flüchteten Zehntausende in die Schweiz. Besonders viele waren es während des Kosovo-Krieges. 1998 verzeichnete die Schweiz

43 000 Asylgesuche, 1999 sogar rund 47 500. Zum Vergleich: Auf dem Höhepunkt der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 waren es knapp 40 000.

1998 und 1999 stellten über 50 000 Personen aus dem Kosovo hierzulande ein Asylgesuch. «Auf dem Höhepunkt der Krise sind es täglich bis zu 1200», heisst es in der Publikation «Asylpraxis der Schweiz

von 1979 bis 2019» des Staatssekretariats für Migration. Angesichts der vielen Asylsuchenden kamen die Behörden mit der Registrierung nicht mehr nach. Im November 1998 musste die Armee aushelfen. Bundesrat Arnold Koller sagte in der «Tagesschau»: «Bis zu 2000 Asylsuchende, die durch die Bundesbehörden in den Empfangsstellen noch nicht registriert

sind, sollen durch Angehörige der Armee betreut werden, bis das Bundesamt in der Lage ist, Registrierung und Kantonszuteilung vorzunehmen.»

Fieberhaft suchten die Behörden nach Unterkünften. Die Geflüchteten wurden teils in Zivil- und Militärschutzanlagen untergebracht. Der Chef des Sozialamtes des Kantons Zürich sagte im Juni 1999: «Was wir eröffnen, können wir gleich wieder belegen.»

Wie voll die Unterkünfte zeitweise waren, zeigt eine Meldung der Nachrichtenagentur SDA vom Juni 1999: «Weil die kantonalen Flüchtlingsunterkünfte zu 99,8 Prozent voll sind, hat das Bundesamt für Flüchtlinge einen Flug Mazedonien-Zürich mit weiteren Kosovo-Flüchtlingsen am Montag abgesagt.» Und weiter: Der Montag sei «jeweils geprägt von einem starken Flüchtlingsandrang an den Landesgrenzen».

Der Bundesrat hatte im April 1999 beschlossen, auf Ersuchen des UNO-Flüchtlingshilfswerks UNHCR rund 2500 nach Mazedonien vertriebene kosovari-

sche Flüchtlinge aufzunehmen. Zudem entschied er, Personen, die ihren letzten Wohnsitz im Kosovo hatten, kollektiv vorläufig aufzunehmen.

«Kosovo-Flüchtlinge drängen in die Schweiz», schrieb der «Blick» kurze Zeit später. Bis zu 80 000 Asylbewerber für das Jahr 1999 wurden als «denkbare Extremvariante» erachtet. Dazu kam es indes nicht. Im Juni 1999, nach wochenlangen Luftangriffen der Nato, wurde der Krieg beendet.

Nur ein kleiner Teil erhielt Asyl

Die Schweizer Behörden lancierten bald daraufhin eine Rückkehrhilfe. Laut der Publikation «Asylpraxis der Schweiz von 1979 bis 2019» kehrten zwischen 1999 und 2001 über 40 000 Personen freiwillig in den Kosovo zurück. Asyl erhielt schliesslich nur ein kleiner Teil. Der Anteil der über den Asylweg Eingereisten werde «oft stark überschätzt», heisst es in der Diasporastudie «Die kosovarische Bevölkerung in der Schweiz». Bei der überwiegenden

der Mehrheit der hier lebenden kosovarischen Bevölkerung handle es sich um ehemalige Saisoniers, deren später nachgezogene Angehörige und in der Schweiz aufgewachsene Kinder.

Nach dem Ende der Balkankriege sank die Zahl der Asylgesuche rasch. Der neu geschaffene Schutzstatus S wurde nie benutzt. Im Zuge der Flüchtlingskrise brachten zwar verschiedene Seiten die Idee ein, den Status für Syrer und Eritreerinnen anzuwenden. Der Bundesrat stellte sich indes dagegen: Die Voraussetzungen seien nicht erfüllt. Zudem befürchtete er, die Schweiz könnte zu attraktiv für Flüchtlinge werden, wenn diese – anders als in anderen Ländern – kein Asylverfahren durchlaufen müssten.

Nun, da die EU ihre Richtlinie zum temporären Schutz aktiviert, ist die Ausgangslage anders, da auch sie auf ordentliche Asylverfahren verzichtet. Auch diese EU-Richtlinie entstand übrigens aus der Erfahrung der Balkankriege in den 1990er-Jahren – und wird jetzt zum ersten Mal angewendet.



Flüchtlinge aus dem Kosovo im Jahr 1999. Bild: Ruth Tischler (Neue LZ)

Was für die ukrainischen Flüchtlinge jetzt in der Schweiz gilt

Schutzstatus S Unser Land bereitet sich auf die Ankunft einer grossen Zahl von Flüchtlingen aus der Ukraine vor. Trotz der grossen Solidarität rechnen die Behörden auch mit Schwierigkeiten.

Charlotte Walser

Es sind gigantische Zahlen. 2,5 Millionen Menschen sind bereits aus der Ukraine geflohen. Die UNO schätzt, dass bis zu 15 Millionen vertrieben werden. In der Schweiz haben sich bis gestern 2111 Personen aus der Ukraine registrieren lassen – mehrheitlich Frauen und Kinder. Wie viele noch kommen, weiss niemand. Doch Justizministerin Karin Keller-Sutter machte vor den Medien klar, dass es nicht einfach wird. Die derzeitige Solidaritätswelle sei erfreulich, sagte sie. Aber: «Wir müssen die Solidarität dann auch über längere Zeit behalten.»

Keller-Sutter rief auch dazu auf, in dieser Ausnahmesituation von alten Denkmustern abzurücken. «Es wird nicht alles auf Anhieb perfekt sein», sagte die Justizministerin. «Wir müssen flexibel und pragmatisch sein.» Marianne Lienhard, die Vizepräsidentin der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren, sagte es so: «Jetzt ist nicht der Moment, das Haar in der Suppe zu suchen.» Und Fredy Fässler, der Präsident der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren, mahnte, den Fokus aufs Wesentliche zu richten. Nämlich darauf, dass Flüchtlinge aus der Ukraine Schutz erhalten.

Der Bundesrat beschloss gestern, für die Geflüchteten den Schutzstatus S zu aktivieren. In der Konsultation wurde dieses Vorgehen laut Keller-Sutter einstimmig gutgeheissen. In einigen noch offenen Punkten entschied sich der Bundesrat für die jeweils grosszügigere Variante.

Was der Bundesratsentscheid für Flüchtlinge aus der Ukraine bedeutet.



Im Kinderdorf Pestalozzi in Trogen AR sind derzeit 58 Flüchtlinge aus der Ukraine untergebracht. Foto: Gian Ehrenzeller (Keystone)

Was ist der Schutzstatus S und wie müssen ukrainische Flüchtlinge vorgehen, um diesen zu erhalten?

Mit dem Schutzstatus S erhalten die Geflüchteten ab heute rasch ein Aufenthaltsrecht, ohne dass sie ein ordentliches Asylverfahren durchlaufen müssen. Sie sollten sich in einem Bundesasylzentrum melden, wo Ausweise und Angaben geprüft werden. Ab der Registrierung sind die Geflüchteten krankenversichert. Registrierung und Sicherheitsprüfung dauern bis zu drei Tage. Danach werden die Schutz suchenden Personen einem Kanton zugewiesen. Mit dem Status S erhalten sie einen Ausweis S, nach frühestens fünf Jahren eine Aufenthaltserlaubnis B.

Welcher Personenkreis erhält den Schutzstatus S? Vorübergehenden Schutz erhalten neben ukrainischen Staatsangehörigen auch Personen aus Drittstaaten, die das Land wegen des Krieges verlassen haben. Voraussetzung ist, dass sie sich legal in der Ukraine aufhielten und dass sie nicht in ihr Heimatland zurückkehren können. Das gilt auch für Personen, die sich nicht dauerhaft in der Ukraine aufhielten. Damit erfüllt der Bundesrat eine Forderung von

Flüchtlingsorganisationen. Nicht unter den Schutzstatus S fallen Personen, denen bereits in einem EU-Staat der Schutzstatus zugesprochen worden ist.

Können individuell Verfolgte den Flüchtlingsstatus erhalten? Bei Personen, denen offensichtlich individuelle Verfolgung droht, wird das ordentliche Asylverfahren durchgeführt. Sie können also den Flüchtlingsstatus erhalten. Bei allen anderen ist das Asylverfahren sistiert, bis der Schutzstatus S aufgehoben wird.

Gibt es genügend Unterbringungsplätze? Bund und Kantone verfügen im Rahmen der Notfallplanung über bis zu 9000 Plätze. Weitere Möglichkeiten werden geprüft. Die Flüchtlinge können aber auch privat unterkommen. Laut der Organisation Campax haben sich bisher mehr als 17'000 Haushalte mit 40'000 Betten registriert. Hinzu kommen Hotelbetten. Die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) mit ihren Mitgliedsorganisationen vermittelt Flüchtlinge an Private und stellt die weitere Begleitung sicher. Gastfamilien

sollten sich auf mindestens drei Monate einstellen.

Ist eine private Unterbringung für Geflüchtete sicher? Die SFH-Hilfswerke oder die kantonalen Stellen besuchen die Gastfamilien, um das Angebot zu überprüfen. Die Vermittlung erfolgt im Bundesasylzentrum. Die SFH rät Geflüchteten davon ab, private Angebote direkt an einem Ankunftsbahnhof anzunehmen. Auch Gastfamilien sollten nicht zum Bahnhof fahren, um Geflüchtete aufzunehmen. So soll vermieden werden, dass ukrainische Frauen an Kriminelle geraten und ausgebeutet werden. Geplant sind zudem Informationsflyer.

Werden Private für die Unterbringung entschädigt? Die Kantone erhalten vom Bund pro Aufgenommenen eine Globalpauschale von 18'000 Franken im Jahr für Unterbringung und Betreuung. Ob sie davon etwas für die Beherbergung an Private weitergeben, liegt in ihrer Kompetenz.

Können die Geflüchteten arbeiten und zur Schule gehen?

Sämtliche Personen mit Schutzstatus S bekommen Sozialhilfe vom Kanton. Allfällige Vermögenswerte werden nicht eingezogen. Die Geflüchteten können ohne Wartefrist einer Arbeit nachgehen, auch als Selbstständigerwerbende. Die Kinder werden zur Schule gehen. Denkbar ist, dass manche Kinder zunächst in ukrainischer Sprache unterrichtet werden, wenn möglich von Lehrpersonen unter den Flüchtlingen oder Eltern. Dass es Sprachkurse brauchen wird, ist unbestritten. Ob und in welchem Umfang der Bund diese mitfinanziert, wird noch diskutiert. Andere Integrationsmassnahmen sind vorerst nicht geplant. Traumatisierte Personen sollen psychologische Unterstützung erhalten.

Bis gestern haben sich in der Schweiz 2111 Personen aus der Ukraine registrieren lassen.

Dürfen Ukrainerinnen und Ukrainer mit Status S reisen? Personen mit dem S-Status dürfen im Schengen-Raum ohne Reisebewilligung reisen. Damit sind sie bessergestellt als beispielsweise Syrerinnen und Syrer mit einer vorläufigen Aufnahme, denen Auslandsreisen grundsätzlich untersagt sind.

Könnten Kriminelle die Situation ausnutzen und sich als Ukraine-Flüchtlinge ausgeben? Eine Sicherheitsüberprüfung der einzelnen Personen ist vorgesehen – allerdings eine verkürzte, da das Ziel eine rasche und unbürokratische Aufnahme ist. Laut Keller-Sutter finden aber auch an der Schengen-Aussen-grenze Sicherheitsüberprüfungen statt.

Dürfen die Geflüchteten weitere Familienmitglieder in die Schweiz holen? Die Familienzusammenführung ist gleich geregelt wie bei anerkannten Flüchtlingen. Ukrainerinnen und Ukrainer können aber ohnehin selbstständig und frei in die Schweiz einreisen.

Humanitäre Hilfe für die Ukraine

80 Millionen Um die notleidende Bevölkerung in der Ukraine zu unterstützen, hat der Bundesrat gestern die humanitäre Hilfe in der Region auf 80 Millionen Franken aufgestockt. Das Geld soll Flüchtenden und auch der zurückgebliebenen Bevölkerung in der Ukraine zugutekommen. Aufgrund der Militärintervention Russlands in der Ukraine sind laut der UNO rund 12 Millionen Menschen auf Nothilfe angewiesen. Viele unter ihnen haben keinen Zugang zu Strom, Wasser, Lebensmitteln und anderen Gütern der Grundversorgung. Millionen von Menschen sind innerhalb der Ukraine auf der Flucht. Gemäss dem Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge sind bereits über zwei Millionen Menschen in Nachbarländer geflüchtet, über die Hälfte davon nach Polen. Die Schweiz hat bereits mehr als 500 Tonnen Hilfsgüter in die Ukraine sowie nach Polen und Moldau geschickt. (sda)

Sie kommen zu Hunderten und brauchen Hilfe

Geflüchtet vor dem Krieg Allein am Samstag liessen sich über 600 Ukrainerinnen und Ukrainer als Flüchtlinge in der Schweiz registrieren. Hilfsorganisationen lancieren ein Gastfamilienprojekt.

Philipp Loser

Der Krieg findet in 2000 Kilometer Entfernung statt, nah und doch weit weg. Er findet auf unseren Smartphones statt, in grausigen Bildern und Videos, auf schwer verständlichen Grafiken, die mit roten Pfeilen übersät sind. Frontverläufe, humanitäre Korridore, Fluchtbewegungen, gezeichnete Explosionen.

Dass all das real ist, dieser Krieg mitten in Europa, dass diese Invasion physisch stattfindet und nicht nur virtuell auf unseren Bildschirmen, sieht man an diesem sonnigen Sonntagnachmittag an einer der grossen Zürcher Ausfallstrassen, vor und im Bundesasylzentrum im Kreis 5. Schon während Stunden warten hier Menschen vor dem Zentrum, ruhig stehen sie an, sie haben Koffer dabei, Rucksäcke und Plastiktaschen. Kinder turnen auf dem benachbarten Spielplatz herum, viele Sicherheitsleute verteilen Wasser und Kaffee.

Die Menschen aus der Ukraine, die meisten sind Frauen und

Kinder, warten vor einem weissen Festzelt. Einmal im Zelt drinnen, müssen sie ihre Personalien angeben, ein Formular ausfüllen, später geben sie ihre Fingerabdrücke ab, bekommen rechtliche Hilfe, ein Angebot für eine private Unterkunft (falls sie eine brauchen) – und dann sind sie offiziell registriert.

Über 3000 Flüchtlinge

Mit rund 1000 Flüchtlingen pro Woche hat das Staatssekretariat für Migration gerechnet, nun waren es allein an diesem Samstag über 600. Insgesamt waren bis gestern Mittag 3126 geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer in der Schweiz als Flüchtlinge registriert, von ihnen kommt rund ein Drittel bei Freunden, Verwandten oder sonst privat unter.

Es ist eine neue Situation für die Behörden. Am Freitag, als der Bundesrat den neuen Schutzstatus S aktivierte, sagte Justizministerin Karin Keller-Sutter, man müsse pragmatisch und flexibel sein. «Es wird nicht alles auf Anhieb perfekt sein.»

«Es braucht jetzt Geduld. Wir wollen keine Fehler machen.»

Miriam Behrens
Direktorin der Flüchtlingshilfe

Schutzstatus S

Für die Flüchtlinge aus der Ukraine bedeutet der Schutzstatus S, dass sie ohne Asylverfahren vorerst ein Jahr in der Schweiz bleiben, arbeiten und zur Schule gehen können. Die Aktivierung des Status hatte der Bundesrat am Freitag beschlossen und auf Samstag in Kraft gesetzt. Ab der Registrierung sind die Geflüchteten krankenversichert. Registrierung und Sicherheitsprüfung dauern bis zu drei Tage. Danach werden die schutzsuchenden Personen einem Kanton zugewiesen. (red)

Was das konkret bedeutet, sieht man im Zürcher Bundesasylzentrum. «Es tut uns leid, wenn die Geflüchteten zu lange vor der Registrierung warten müssen», sagte Christine Schraner Burgener, die Staatssekretärin für Migration, gestern Nachmittag an einem Medienanlass. Gleichzeitig versprach sie, die Abläufe, so gut es irgendwie geht, zu verbessern. Fliehende aus der Ukraine sehen auf der Website des Staatssekretariats für Migration (SEM), welche Asylzentren im Moment wie stark belastet sind. Auf sozialen Medien ruft das SEM auf, dass jene Flüchtlinge, die schon ein Dach über dem Kopf haben, noch mit der Registrierung zuwarten sollen. Ausserdem ist ein Onlinesystem in Planung.

Für die Registrierung mit dem Schutzstatus S haben geflohene Ukrainerinnen und Ukrainer 90 Tage Zeit – so lange dürfen sie auch ohne Visum in der Schweiz sein. Es sei logisch, dass sich viele Flüchtlinge möglichst schnell registrieren wollten, sagte die Staatssekretärin, weil sie

damit auch Zugang zu Sozialleistungen erhielten. «Aber wir werden hier jeweils pragmatische Lösungen finden.» Man schaue Tag für Tag.

45'000 private Schlafplätze

Mit der Aktivierung des Schutzstatus S hat am Samstag auch das grosse Gastfamilienprogramm der Schweizer Flüchtlingshilfe (unterstützt von zahlreichen anderen Hilfsorganisationen) begonnen. Insgesamt konnten bisher schon 175 Geflüchtete an private Familien vermittelt werden. Das sei nur der Anfang, sagte Miriam Behrens, die Direktorin der Flüchtlingshilfe.

Die Flüchtlingshilfe und die Freiwilligenorganisation Campax haben die Datenbanken zusammengelegt und kommen jetzt auf rund 45'000 private Schlafplätze, die aktuell zur Verfügung stehen, dazu weitere 5000 in Hotels, ungenutzten Herbergen oder Pfadiheimen. Das ist sehr viel – gleichzeitig soll jeder einzelne Fall abgeklärt werden. «Es braucht jetzt etwas Ge-

duld», sagte Behrens, «wir wollen keine Fehler machen.»

Die Geflüchteten sollen an einen guten Ort kommen – und gleichzeitig sollen sie für die Gastfamilien auch tragbar sein. «Wir wissen, wo die Flüchtlinge hinkommen», sagte Behrens und wies darauf hin, dass die Vermittlung von privaten Schlafplätzen in der Schweiz ausschliesslich in den Bundesasylzentren stattfindet – und damit dubiose Angebote, wo Geflüchtete unter Umständen ausgenutzt werden könnten, ausgeschlossen werden.

Behrens drückte ihre Freude über die Solidarität vieler Schweizerinnen und Schweizer aus. Wer privat Flüchtlinge aufnimmt, der verpflichtet sich für länger. Die Mindestdauer bei einer Anmeldung für das Gastfamilienprogramm beträgt drei Monate. Miriam Behrens: «Unsere Erfahrung zeigt, dass der Kontakt meist länger besteht, wenn sich die Familie und die Flüchtlinge erst einmal kennen gelernt haben.»

Basel Stadt Land Region

Schweiz bittet Flüchtlinge um mehr Geduld

Bundesasylzentren am Anschlag Der Bund kommt mit der Registrierung von Menschen aus der Ukraine kaum nach. Laut Daniel Bach, Sprecher beim Staatssekretariat für Migration, verschlimmern Fake News die Lage, wie er im Interview sagt.

Simon Bordier

Wartezeiten von sechs, sieben und noch mehr Stunden, Personal, das bis spätnachts Überstunden leistet: Können Bundesasylzentren in Basel und andernorts den Ansturm ukrainischer Flüchtlinge bewältigen? Daniel Bach: Wir haben es tatsächlich mit einem sehr grossen Andrang zu tun. Bis vor ein paar Tagen wollten sich die ukrainischen Flüchtlinge vor allem im Bundesasylzentrum in Zürich registrieren lassen. Inzwischen sind wir aber überall ausgelastet. Dies führt zu teilweise langen Wartezeiten im Registrierungsprozess. Wir kämpfen dabei mit einem hartnäckigen Gerücht.

Nämlich?

Viele Menschen aus der Ukraine haben gehört, dass die Schweiz lediglich ein Kontingent von 10'000 Personen im Schutzstatus S aufnehmen. Das ist völlig falsch.

Den Status S hat die Schweiz erstmals überhaupt aktiviert, um Menschen aus dem Kriegsgebiet ein vereinfachtes Aufenthaltsrecht ohne Asylverfahren zu ermöglichen.

Richtig. Aber wegen dieses falschen Gerüchts haben derzeit viele das Gefühl, sie müssten sich möglichst schnell registrieren lassen. Richtig ist: Wir registrieren alle Personen, die aus der Ukraine geflüchtet sind und die vom Bundesrat definierten Kriterien erfüllen; es gibt keine Obergrenze. Es spielt auch keine Rolle, wann man sich registrieren lässt. Menschen aus der Ukraine haben ein 90-tägiges Aufenthaltsrecht. In diesen knapp drei Monaten haben sie Zeit, ihren Antrag auf Schutzstatus S zu stellen. Woher das Gerücht mit dem Kontingent stammt, ist uns schleierhaft.



Am Montag gegen 22 Uhr im Bundesasylzentrum Basel. Die Personen im Bild sollen schon seit dem frühen Morgen gewartet haben.

«Wir haben genügend freie Betten. Es braucht niemand auf der Strasse zu schlafen.»

Kurz nach Kriegsausbruch wurde die Forderung laut, die Schweiz möge 10'000 Flüchtlinge aufnehmen. Der Bundesrat entschied sich für das Verfahren mit dem Schutzstatus S. Wer sollte denn diesen Status nun möglichst schnell beantragen? Und wer kann sich mehr Zeit lassen?

Wir bitten all jene, die bereits ein Dach über dem Kopf haben und beispielsweise bei Verwandten oder Freunden untergebracht sind, mit den Anmeldeformali-

täten noch ein, zwei Wochen zu warten. Zumindest so lange, bis der erste grosse Andrang vorbei ist. Wir möchten möglichst rasch all jene registrieren, die neu in die Schweiz kommen und noch keine Unterkunft haben. Ihnen vermitteln wir am Tag ihrer Ankunft einen Platz zum Übernachten. Wir haben genügend freie Betten. Es braucht niemand auf der Strasse zu schlafen.

Laut Campax wird sich die Zahl der Flüchtenden noch «massiv

erhöhen» – und sie fordert einen Ausbau der Ressourcen. Wie bereitet sich Ihre Behörde vor? Sämtliche Mitarbeitenden des Staatssekretariats für Migration, die nicht dringend an anderen Stellen gebraucht werden, setzen wir in den Bundesasylzentren für die Registrierungen ein. Und wir stocken, so gut es geht, personell weiter auf. Doch die Infrastruktur muss Schritt halten können: Es braucht genügend Büroräumlichkeiten, Fingerprintmaschinen et cetera. Vom Grenzwacht-

korps erhalten wir gerade zusätzliche Geräte, mit denen wir Fingerabdrücke einlesen können. Das alles braucht seine Zeit.

Wie viele Leute können Sie täglich registrieren?

Am vergangenen Wochenende rechneten wir damit, dass wir schweizweit täglich 400 Registrierungen schaffen. Tatsächlich schafften wir dann 650. Mit den jüngsten Aufstockungen sollten wir auf 800 tägliche Registrierungen kommen. Diese Zahl möchten wir in wenigen Tagen auf etwa 1000 erhöhen – und das sieben Tage pro Woche.

Verspricht die Online-Registrierung Abhilfe? Ab wann ist diese möglich?

Wir prüfen ein Online-Tool, mit dem wir Termine vergeben und die Bundesasylzentren entlasten können. Auch mit diesem Werkzeug möchten wir zu verstehen geben: Es gibt keinen Grund, sich wegen des Verfahrens zu stressen. Gerade jene, die bereits eine Unterkunft haben, können die Registrierung in Ruhe angehen.

Der Schutzstatus S soll ein vereinfachtes Aufnahmeverfahren darstellen. Kommt es zu Komplikationen? Ist die Sprachbarriere ein Problem?

Die Sprache ist kein Hindernis. Wir haben überall Dolmetschende im Einsatz. Den Registrierungsprozess haben wir auf ein Minimum reduziert. Aber gewisse Dinge müssen seriös erledigt werden: Es gilt, die Ausweispapiere zu kontrollieren; man muss die Personalien aufnehmen; wir nehmen zwei Fingerabdrücke zwecks Sicherheitscheck. Zudem sind bei uns in den Bundesasylzentren die Flüchtlingshilfe und andere Hilfswerke eingebunden. Sie versuchen, geeignete Unterkunftsmöglichkeiten für die geflüchteten Kinder, Frauen und Männer zu finden. Auch dies nimmt Zeit in Anspruch.

«Kommen Sie am Montag wieder»

Ukrainische Geflüchtete wollen sich im Bundesasylzentrum Basel registrieren. Viele werden aber weggeschickt.



Das Staatssekretariat für Migration ist am Anschlag. Wer bereits eine Unterkunft hat, soll darum nächste Woche wieder kommen.

Bild: Kenneth Nars (15. März 2022)

Silvana Schreier und Nora Bader

Der Saharastaub taucht die Szenerie in gelbes Licht. Zwischendurch fallen ein paar Regentropfen auf die Wartenden. Auf den Klappstühlen hat sich eine vierköpfige Familie hingesetzt. Mutter und Vater tigern unruhig umher. Die ältere Tochter schaut in ihr Smartphone, das Stofftier der jüngeren sitzt auf der Bank. Sie warten hier, vor dem Bundesasylzentrum Basel direkt an der deutschen Grenze und neben dem Gefängnis Bässlergut, auf ihre Registrierung und damit ihren Schutzstatus.

Daneben sitzt eine junge Mutter mit ihrem Sohn. Seit fünf Tagen seien sie in der Schweiz. Sie leben bei einer Gastfamilie in Basel. Wie es ihnen gehe? Die Mutter zuckt mit den Schultern und sagt auf Englisch: «Wir sind sicher.» Kurz darauf werden sie hineingerufen, sie dürfen sich registrieren lassen.

Laut «SRF Regionaljournal» war die Lage vor dem Basler Bundesasylzentrum am vergangenen Wochenende unübersichtlich, ja gar chaotisch. Der Basler Anwalt und GLP-Politiker Daniel Ordás berichtet von Familien, die zwölf Stunden lang gewartet hätten.

Unterdessen erscheint die Situation auf den ersten Blick besser geregelt zu

sein. Am Dienstagnachmittag warten nur vereinzelt Personen vor dem Asylzentrum. Das könnte aber auch daran liegen, dass die anwesenden Sicherheitsleute Neuankömmlinge rasch wieder wegschicken. «Wir sind aktuell stark überlastet. Wenn Sie schon eine Unterkunft haben, dann kommen Sie bitte am Montag wieder», heisst es. Momentan würden nur diejenigen Geflüchteten ins System aufgenommen, die noch kein Dach über dem Kopf hätten.

Betten hat es eigentlich genug

Für diese Personen gibt es dann ein Bett im Bundesasylzentrum. Laut Daniel Bach, Sprecher des Staatssekretariats für Migration (SEM), sind in Basel rund 200 Plätze frei. Von den 1000 Betten in der Asylregion Nordwestschweiz – dazu gehören Zentren in Basel, Allschwil, Reinach und Flumenthal – seien rund 700 belegt. Noch ist die Kapazitätsgrenze nicht erreicht. Das liegt auch an der Solidarität der Bevölkerung, wodurch viele Geflüchtete einen Platz in einer privaten Unterkunft erhalten.

Am Anschlag sei jedoch der Registrierungsprozess in allen Bundesasylzentren der Schweiz, sagt Bach. Momentan würden rund 800 Registrie-

rungen pro Tag gemacht, die Kapazitäten sollen weiter ausgebaut werden. Dafür brauche es zusätzliche Mitarbeitende und Infrastruktur: Laut Medienberichten mangelt es dem Bund etwa an Laptops sowie Maschinen zur Fingerabdruckabnahme.

Hartnäckiges Gerücht aus der Welt schaffen

Bach erklärt, man lerne jeden Tag dazu. Zudem würden aktuell alle Mitarbeitenden des SEM, die entbehrt werden könnten, in den Zentren eingesetzt. «Ein grosses Problem ist aber das Gerücht, dass die Schweiz nur den ersten 10 000 Geflüchteten den Schutzstatus geben würde. Das ist falsch.» Darum appelliert das SEM an alle, die eine Unterkunft haben, sie sollen sich erst in ein bis zwei Wochen registrieren lassen. Denn Ukrainerinnen und Ukrainer hätten sowieso 90 Tage Zeit für die Anmeldung.

Für Daniel Ordás ist klar: «Das SEM soll die Kompetenz zur Registrierung unverzüglich an die kantonalen Migrationsämter oder sogar an die kommunalen Einwohnerdienste delegieren.» Befragung und Abnahme der Fingerabdrücke sollen auf später verschoben werden, da die Schritte das Verfahren

verzögerten. «Es eilt vor allem die Frage der Krankenversicherung», so Ordás. Diese ist mit dem Schutzstatus verknüpft.

Auf orangen Plastikstühlen sitzen zwei Jungs, sie spielen ein Spiel auf einem Smartphone. Die Eltern und eine Freundin sprechen mit den Sicherheitsleuten. Ein Teil der Familie ist in Basel untergekommen, «ganz nette Leute» hätten ihnen ein Zimmer gegeben, sagt der Mann. Der andere Teil wohnt vorübergehend in Sarnen im Kanton Obwalden. Die Securitas-Angestellten haben nun die Aufgabe, den Geflüchteten die Schweizer Bürokratie zu erklären. Obwalden liegt in einer anderen Asylregion, die Familie muss sich im Zentrum in Chiasso im Kanton Tessin anmelden.

Nach einem Blick in die Karte auf dem Smartphone bleiben die Geflüchteten ungläubig vor dem Asylzentrum stehen. Zwar hätten sie ein Auto, aber warum sie nun ans andere Ende der Schweiz fahren müssten, ist für sie unverständlich. Die Kinder bekommen davon kaum etwas mit. In einer Hand halten sie eine mit Schokolade überzogene Waffel, mit der anderen tippen sie auf den Bildschirm. Der Saharastaub taucht die Szene in surreales Licht.

Unterstützungspaket für die Ukraine

Basel-Stadt Am Dienstag hat der Basler Regierungsrat ein Unterstützungspaket aus Geld- und Sachmitteln im Wert von 2,5 Millionen Franken geschnürt. 250 000 Franken aus dem Swisslos-Fonds werden je hälftig für das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) und für die Caritas gesprochen. Das IKRK verteile in der Ukraine Nahrung, Wasser und mobile Toiletten an Schutzräume, wie es in der Mitteilung der Regierung vom Dienstag heisst. Auch der Erhalt und die Reparatur der Wasserversorgung und medizinischer Einrichtungen stehen im Fokus. Die Caritas wiederum versorge Verlebene und Vertriebene Ukrainerinnen und Ukrainer mit Schlafplätzen, Essen, Trinkwasser, Hygieneartikeln und Medikamenten. Mitarbeitende sind auch an den westlichen Grenzen im Einsatz, um Flüchtende zu unterstützen. Auch polnische Notunterkünfte sollen unterstützt werden.

Ein Teil des Unterstützungspakets, 1,46 Millionen Franken, wird für Sachmittel verwendet. Vor Ort benötigt wird etwa Operationskleidung. Während der Coronapandemie habe der Kanton Basel-Stadt solche Materialien beschafft. Die Bestände würden derzeit in Basel aber nicht vollumfänglich benötigt, weshalb sie zur Verfügung gestellt werden. (mei)

Schulen bereiten sich auf geflüchtete Kinder vor

Die Gemeinde Allschwil sucht per Inserat eine Lehrperson für eine ganze fremdsprachige Primarklasse.

Auch in der Region Basel sind in den vergangenen Tagen geflüchtete Familien mit Kindern aus der Ukraine angekommen. Wie viele es sind, wie viele noch kommen werden und was das für die Schulen bedeutet, ist schwierig abzuschätzen. Eine exakte Statistik der Kantone fehlt derzeit noch, auch weil viele Geflüchtete bisher privat untergebracht wurden.

Beim Basler Erziehungsdepartement (ED) sind bereits Anträge von geflüchteten Familien zur Einschulung von Kindern eingegangen: «Bisher sind es Einzelfälle», sagt Sprecher Simon Thiriet. Bei diesen wird die Einschulung auf dem gewöhnlichen Weg organisiert, wie sie bei der Einreise von Kindern aus

anderen Nationen gilt. Diese Kinder werden zum Teil in die Regelklassen integriert, zum Teil in Einführungs-klassen direkt unterrichtet. Doch für das ED ist klar: «In den nächsten Wochen werden wir nicht mehr von Einzelfällen sprechen. Dann ist ein koordiniertes Vorgehen wichtig», sagt Thiriet.

Auf dem Stellenportal des Kantons Baselland sorgte gestern eine Stellenanzeige der Gemeinde Allschwil für Aufsehen: Darin wird an der Primarschule eine Klassenlehrperson für eine fremdsprachige Mehrjahrgangsklasse mit Flüchtlingskindern gesucht. In der bevölkerungsreichsten Basler Gemeinde scheint bereits klar, dass die heutigen Strukturen nicht genügen

werden. Weitere Infos waren vorerst nicht erhältlich: Der Allschwiler Gemeinderat entscheidet formell erst am Mittwoch über das weitere Vorgehen.

Kanton Baselland prüft psychologische Angebote

Auch in Reinach, der zweitgrössten Baslerbieter Gemeinde, sei die Schulleitung an den Vorbereitungsarbeiten zur Aufnahme von geflüchteten Kindern, sagt Vizegemeindepräsidentin Béatrix von Sury d'Aspremont. Weitere Informationen stellt sie für die kommenden Tage in Aussicht. Die kantonale Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion ist für einmal eher in einer Nebenrolle: «Die Anmeldung und der Einschulungs-

prozess der geflüchteten Kinder laufen primär via Gemeinden», sagt BKSD-Sprecherin Fabienne Romanens. Als Träger der Sekundar- und der Mittelschulen ist der Kanton aber für mögliche zusätzliche Angebote zuständig.

Laut Romanens laufen derzeit Gespräche mit einem ukrainischen Verein für einen Auftrag zum Unterricht der heimatlichen Sprache und Kultur (HSK). Auch prüfe der Kanton zusätzliche psychologische Angebote an den Schulen für allfällig traumatisierte Kinder und Jugendliche aus dem Kriegsgebiet. Generell gilt für Flüchtlingskinder die Schulpflicht, sobald absehbar ist, dass sie länger als zwei Monate im Land bleiben. (haj/elk)

Gefährlicher Weg in die Sicherheit

Über drei Millionen Menschen sind seit Kriegsbeginn aus der Ukraine geflohen. Die meisten von ihnen sind Frauen und Kinder. Auf der Flucht durch Europa drohen ihnen sexualisierte Gewalt oder Menschenhandel, sagt eine Expertin.

Annika Bangerter

Weg von den Bomben, weg vom Krieg, weg vom Gräuel: Hunderttausende Ukrainerinnen verlassen mit ihren Kindern ihr Land. Doch mit dem Grenzübertritt sind sie nicht in Sicherheit, sagt Lelia Hunziker, Geschäftsleiterin der Fachstelle für Frauenhandel und Frauenmigration FIZ.

Wie gefährdet sind die flüchtenden Frauen und Kinder, ausgebeutet zu werden?

Lelia Hunziker: Wer sich auf der Flucht befindet, ist auf Hilfe angewiesen. Sei dies beim Grenzübergang oder unterwegs auf der Fluchtroute. Ukrainische Geflüchtete haben ein Schengen-Visum. Im Gegensatz zu aussereuropäischen Schutzsuchenden können sie immerhin legal die Grenze überqueren. Aber aufgrund unserer Erfahrung wis-

sen wir: Frauen und Kinder auf der Flucht sind immer höchst bedroht, Opfer von sexualisierter Gewalt oder Menschenhandel zu werden.

Sie stehen mit Partnerorganisationen vor Ort in Kontakt. Sind bereits Fälle bekannt?

Ja, wir arbeiten mit unseren Partnerinnen aber noch an einer Übersicht. Wir erwarten, dass mit zunehmender Kriegsdauer auch die Opfer zunehmen werden. In den ersten Kriegstagen sind vor allem Menschen mit ihren Autos geflüchtet und solche, die bei Angehörigen oder Bekannten im Ausland unterkamen. Nun folgen sozial schlechter gestellte Menschen, die zum Teil keine Fremdsprache sprechen und vom Krieg schon stärker traumatisiert sind. Das macht uns grosse Sorgen. Je vulnerabler die Geflüchteten sind, umso gefährdeter sind sie.

Wo sind Flüchtende besonders gefährdet?

Übergangsorte wie Grenzen oder Bahnhöfe sind heikel. Besonders entscheidend ist aber, welchen Schutz die aufnehmenden Staaten bieten können. Diesbezüglich beunruhigt uns die Situation in Moldau sehr. In das ärmste Land Europas sind Tausende Ukrainerinnen geflüchtet. Sie sind grösstenteils auf die Unterstützung des Staates und die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung angewiesen. In einer armen Region ist die Hilfe eine riesige Herausforderung. Das macht Geflüchtete schutzlos und ausbeutbar. Ähnliches haben wir schon in Griechenland beobachtet.

Inwiefern?

Erhalten Geflüchtete in Griechenland einen Schutzstatus, müssen sie die Aufnahmezentren verlassen und verlieren dadurch ihre Unterkunft. Sie erhalten auch keine finanzielle Unterstützung. Verdienstmöglichkeiten sind rar. Die meisten landen daher auf der Strasse. Wir betreuen zahlreiche Frauen, denen in Griechenland ein Dach über dem Kopf gegen Putzarbeiten angeboten wurde. Dadurch gerieten sie in eine Abhängigkeit. Sie durften plötzlich die Wohnung nicht mehr verlassen, wurden sexuell ausgebeutet oder zur Prostitution gezwungen.

Was wird aktuell getan, um Ukrainerinnen davor zu warnen?

Wir sind Teil eines Netzwerkes, das vor Ort, entlang der Fluchtrouten und in den Ankunftsändern auf die Gefahren hinweist. Dafür verteilen wir und unsere Partnerorganisationen Flyer an flüchtende Frauen und bieten Beratungsgespräche per Telefon oder vor Ort an. Ein enger Austausch ist zentral. Unser Ziel ist es, ein Monitoring entlang der gesamten Fluchtroute aufzubauen.

Haben sich Betroffene bei der Fachstelle für Frauenhandel und Frauenmigration FIZ gemeldet?

Nein, das dauert in der Regel länger. Aktuell befinden sich die Frauen auf der Flucht. Kommt es zu einer Ausbeutungssituation, müssen sie sich daraus erst befreien. Aber offenbar gibt es auf einschlägigen Seiten schon Annoncen für ukrainische Frauen.

Viele Private bieten eine Unterkunft an. Die Flüchtlingshilfe verlangt einen Strafregistrauszug. Reicht das?

Das ist das Minimum. Die private Aufnahme ist sehr wertvoll, aber ich sehe auch den Staat in der Pflicht. Freiwillige müssen bei ihrem Engagement eng begleitet werden. Es ist anspruchsvoll, sich um traumatisierte Menschen zu kümmern. Dazu kommt, dass bei geteiltem Wohnraum immer unterschiedliche Bedürfnisse ausgehandelt werden müssen. Deshalb braucht es seitens des Staates Unterstützung – sei dies, um längerfristige Unterbringungen in mittelgrossen Zentren oder kleineren

Gastfamilien müssen Strafregistrauszug zeigen

Sicherheit Die Schweiz zeigt sich solidarisch mit den Opfern des russischen Krieges gegen die Ukraine. Zehntausende sind bereit, ukrainischen Geflüchteten ein Zimmer, eine Wohnung oder sogar ein Haus zur Verfügung zu stellen. Die Schweizerische Flüchtlingshilfe koordiniert die Vermittlung von privaten Unterbringungen im Auftrag des Bundes und in Zusammenarbeit mit den Kantonen. Rund 80 Prozent der erwachsenen geflüchteten Menschen in der Schweiz sind Frauen; ukrainische Männer im Alter von 18 bis 60 Jahren dürfen ihr Heimatland nicht verlassen.

Doch hegen alle Hilfsbereiten nur gute Absichten? Aus Deutschland erreichen uns besorgniserregende Nachrichten von Versuchen, Geflüchtete sexuell auszubeuten. Demnach tummeln sich etwa am Berliner Hauptbahnhof einige Männer, welche gezielt allein reisende Frauen oder minderjährige Flüchtlinge ansprechen, um ihnen Geld und dubiose Übernachtungsangebote zu unterbreiten. «Es gibt leider Menschen, die die Verzweiflung und Not der ankommenden Flüchtlinge ausnutzen möchten», sagte ein Sprecher der Bundespolizei Berlin gegenüber der «Deutschen Welle». Per Twitter warnte die Bundespolizei Frauen und alleinreisende Jugendliche vor «auffälligen Übernachtungsangeboten».

Auf Prävention setzt auch die Schweizerische Flüchtlingshilfe. «Wir wollen das Risiko von Missbrauch und Menschenhandel minimieren», sagt Direktorin Miriam Behrens. Die Flüchtlingshilfe ruft die Geflüchteten daher auf, sich nicht bei fremden Menschen

über soziale Medien einzuquartieren, sondern sich zuerst registrieren zu lassen. Damit werden die Daten der Geflüchteten und ihrer Gastgeber registriert. Beide erhalten die wichtigsten Meldestellen und Notfallnummern im Wohnkanton.

Verkehrsdelikt ist kein Hinderungsgrund

Die Flüchtlingshilfe verlangt zusätzlich einen Strafregistrauszug von allen Privatpersonen, die Geflüchtete aus der Ukraine bei sich aufnehmen. Sie will sich vergewissern, dass die Kriegsflüchtlinge nicht plötzlich in einem Haushalt landen, in dem eine Person lebt, die Delikte gegen Leib und Leben auf dem Kerbholz hat. Ein Eintrag zum Beispiel wegen eines Verkehrsdeliktes sei aber kein Hinderungsgrund, sagt Behrens. Die Flüchtlingshilfe kontrollierte schon bei früheren Gastfamilienprojekten den Strafregistrauszug. Diese Massnahme sei bei den Gastfamilien auf grosses Verständnis gestossen, sagt Behrens. Die Flüchtlingshilfe betreibt zudem eine Hotline und wird die Gastfamilien und ihre Gäste rasch besuchen, um sich selber ein Bild vor Ort zu verschaffen.

Auch der Bundesrat ist für das Thema Ausbeutung sensibilisiert. «Wir haben das extrem auf dem Radar», sagte Justizministerin Karin Keller-Sutter am Montag im Nationalrat. Die Bundespolizei beobachte die Lage. Und sie werde versuchen, mit der Fachstelle Frauenhandel und Migration FIZ zusammenzuarbeiten.

Kari Kälin



Ukrainerinnen auf der Flucht: Sie müssen vor sexualisierter Gewalt und Menschenhandel geschützt werden. Bild: Markus Schreiber/AP

Wohnungen zu organisieren oder um Private zu begleiten.

Hat die FIZ bereits vor dem Krieg Opfer aus der Ukraine oder aus den angrenzenden Ländern beraten?

Ja, unsere Klientinnen kommen aus fast allen Ländern. Bis vor einigen Jahren stammten relativ viele Opfer aus der Ukraine. Ihre Zahl hat inzwischen abgenommen, was zeigt, dass es dem Staat besser ging. Armut ist ein zentraler Faktor für Migration und prekäre Situationen. Aktuell beraten wir am meisten Frauen aus Nigeria, Rumänien und Ungarn.

Nach Rumänien und Ungarn sind Tausende Ukrainerinnen geflohen. Fürchten Sie, dass nun bereits bestehende kriminelle Banden aktiv werden?

Oft sind es Einzelpersonen, welche die Not der Frauen ausnützen, indem sie ihnen vermeintliche Hilfe anbieten. Daneben gibt es aber auch kleinere, flexibel agierende Netzwerke. Wie beim Beispiel Moldau angesprochen, ergeben sich solchen Tätern viel mehr Möglichkeiten, wenn der Staat den Frauen keinen oder nur einen geringen Schutz bietet. Das befürchten wir längerfristig auch für Rumänien oder Ungarn.

Was benötigen Opfer von Menschenhandel, wenn sie in der

Schweiz ankommen?

Sie brauchen eine spezialisierte Unterbringung; die Bundesasylzentren sind keine sicheren Orte für Frauen und Kinder. Unser Projekt Menschenhandel und Asyl hat gezeigt: Auf allen Fluchtrouten ist die sexualisierte Gewalt ein grosses Problem. Praktisch jede Frau, die über Libyen geflohen ist, hat schwerste sexuelle Gewalt erlebt. In der Schweiz meldet sich aber kaum je eine Betroffene bei einer Beratungsstelle.

Was sind die Gründe?

Sie sind oft zu stark traumatisiert, um sich Unterstützung zu suchen. Deshalb sind die Betreuungspersonen, Rechtsvertretungen sowie auch das Staatssekretariat für Migration gefordert, sie als Opfer von Menschenhandel zu identifizieren.

Wie kann ihnen darüber hinaus geholfen werden?

Es braucht spezialisierte Organisationen. Allerdings stehen diese immer wieder vor demselben Problem: Liegt der Tatort im Ausland, was bei den meisten Betroffenen der Fall ist, wird die Opferhilfe nicht finanziert. Gemäss der Europarats-Konventionen gegen Menschenhandel wäre die Schweiz dazu zwar verpflichtet, aber wir arbeiten immer noch daran, dass es endlich umgesetzt wird.



Lieber Ukrainer als Afghanen

In der Schweiz werden Ukrainer mit offenen Armen empfangen. Von dieser Hilfsbereitschaft können andere Flüchtlinge nur träumen. Sozialpsychologen wagen einen Erklärungsversuch.

Kari Kälin

Die Hilfsbereitschaft ist beeindruckend: Zehntausende Menschen in der Schweiz wollen geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer in den eigenen vier Wänden aufnehmen. Bis am Montag standen rund 55 000 Betten zur Verfügung, zum Teil in Hotels. Die Schweizerische Flüchtlingshilfe trägt die privaten Angebote zusammen, die auf vielen Kanälen einfließen. Innerhalb weniger Tage konnten aus dem Bundesasylzentrum Zürich bis am Sonntag bereits hundert ukrainische Kriegsflüchtlinge in Gastfamilien platziert werden.

Auch Dorothea Diallo von der Institution Familynetwork im Kanton Aargau erhält in diesen Tagen vermehrt Anrufe von Menschen, die ganze Häuser zur Verfügung stellten für Menschen aus der Ukraine. Die Institution vermittelt seit 2015 für unbegleitete minderjährige Asylsuchende Plätze bei Pflegefamilien in den Kantonen Aargau, Bern, Solothurn und Zürich. Seit 2019 hilft Familynetwork zudem, anerkannte erwachsene Flüchtlinge bei Gastfamilien unterzubringen. Der Verein führt dabei ein Projekt der Flüchtlingshilfe weiter.

Seit der Migrationswelle 2015 fand Familynetwork für 36 unbegleitete Minderjährige eine Pflegefamilie. Das ist zwar eine erfreuliche Bilanz, aber: Es möchten viel mehr minderjährige Asylsuchende, zum Beispiel aus Afghanistan, in einer Familie wohnen, als Plätze zur Verfügung stehen. Auch für erwachsene anerkannte Flüchtlinge mangelt es an Gastfamilien. Kurzum: Während ukrainische Kriegsflüchtlinge mit offenen Armen empfangen werden, bekunden Geflüchtete aus anderen Ländern Mühe, bei einer Gastfamilie unterzukommen.

Rassismusvorwurf in sozialen Medien

Auf ein vergleichsweise bescheidenes Echo stiess auch ein Gastfamilienprojekt, das die Flüchtlingshilfe vor sieben Jahren startete. Zwischen 2015 und März 2018 durften 672 Geflüchtete bei 408 Gastfamilien wohnen. Zur Erinnerung: 2015 setzten rund 850 000 Menschen von der türkischen Küste auf die griechischen Inseln über. Ein grosser Teil wanderte nach West- und Nordeuropa weiter. Die Schweiz zählte 2015 rund 40 000 Asylgesuche, die meisten aus Eritrea, Afghanistan und Syrien. Auch damals gab es viele Menschen, die ein neues Dach über ihrem Kopf benötigten. Zum Vergleich: Bis am Montag hat das Staatssekretariat für Migration rund 4000 Schutzsuchende aus der Ukraine registriert.

In den sozialen Medien kursiert denn auch der Rassismusvorwurf. Er lautet sinngemäss so: Die Menschen in der Schweiz empfangen die christlich-orthodoxen Ukrainer euphorisch, während sie Muslimen mit Ablehnung begegnen.

Sind die Menschen in der Schweiz rassistisch oder selektiv solidarisch? Weshalb sind viel mehr Leute bereit, ukrainische Geflüchtete aufzunehmen als zum Beispiel

Menschen aus Syrien, Afghanistan oder Eritrea?

Nähe und Ähnlichkeit fördern Empathie

Margit Oswald, emeritierte Professorin für Sozialpsychologie der Universität Bern, wagt einen Erklärungsversuch aus psychologischer Sicht: «Die Ukraine gehört zu Europa, eine Annäherung an die EU steht zur Debatte. Man fühlt sich kulturell und auch religiös den Ukrainerinnen und Ukrainern näher als vielen Menschen aus fernen Ländern», sagt sie. Auch Präsident Wolodimir Selenski betone sehr stark die Zugehörigkeit seines Landes zum Westen. Die Ukraine sei also Teil der westlichen Wertegemeinschaft. Weiterhin nehme man spätestens seit dem russischen Überfall auf die Krim die Ukrainerinnen und Ukrainer unmissverständlich als Opfer eines klar identifizierbaren Aggressors wahr. Das erinnere vielleicht an den Aufstand in Ungarn 1956 und an den Prager Frühling in der Tschechoslowakei 1968.

Damals nahm die Schweiz, auch beseelt von der antikommunistischen Grosswetterlage, bereitwillig Tausende Flüchtlinge auf. Das alles, sagt Oswald, löse jetzt eine stärkere Hilfsbereitschaft aus als beispielsweise bei Menschen, die vor dem Bürgerkrieg in Syrien, aus Afghanistan oder Eritrea flohen. Dort habe es möglicherweise auch die Sorge gegeben, es könnten auf dem Weg der Flucht Menschen mit extremistischem Gedankengut in die Schweiz gelangen.

Johannes Ullrich, Professor für Sozialpsychologie an der Universität Zürich, argumentiert ähnlich wie Oswald: «Faktoren, die dazu beitragen, dass Menschen Mitleid und Empathie empfinden und sich für andere engagieren, sind unter anderem Nähe und Ähnlichkeit. Die Menschen aus der Ukraine sind den Menschen in der Schweiz räumlich näher und kulturell ähnlicher», sagt er.

Auch sei die Gruppe der Flüchtenden homogener als etwa 2015, als die Menschen aus unterschiedlichsten Regionen und aus den unterschiedlichsten Gründen nach Europa geflüchtet seien.

Integration gelingt besser in Pflegefamilien

Dorothea Diallo vom Familynetwork hofft derweil, dass die aktuelle helvetische Hilfsbereitschaft vermehrt auch Menschen aus anderen Krisenregionen erfasst. Dass sich mehr Private bereit erklären, Flüchtlinge aus allen Ländern bei sich aufzunehmen, gerade auch unbegleitete Minderjährige. Eine Untersuchung des Vereins Pflege- und Adoptivkinder Schweiz zeigt nämlich: Die jungen Geflüchteten lernen die Sprache schneller und integrieren sich einfacher in die Gesellschaft, wenn sie bei einer Pflegefamilie wohnen anstatt in einer Kollektivunterkunft.

Interessiert an der Aufnahme von unbegleiteten Minderjährigen? Melden kann man sich bei info@familynetwork.ch

So viele Menschen sind aus der Ukraine geflohen



Quelle: UNHCR, Stand: 14.3.2022/Karte: stb/mlu

Schweiz

Zehntausende brauchen eine Bleibe

Flucht aus der Ukraine Die Zahl der Flüchtlinge stellt die Behörden vor grosse Herausforderungen. Bislang konnten alle untergebracht werden. Doch es wird weitere Plätze brauchen.

Charlotte Walser
und Jacqueline Büchi

Wohin mit dem Pferd? Auch solche Fragen stellen sich derzeit den Behörden in Bundesasylzentren: Eine Flüchtlingsfamilie aus der Ukraine reiste mit Pferdeanhänger an. Pro Tag melden sich derzeit mehr als 1000 ukrainische Flüchtlinge in der Schweiz. Bis gestern wurden insgesamt 6482 Personen registriert.

Wie viele noch kommen werden, weiss niemand. Justizministerin Karin Keller-Sutter sagte im Nationalrat, der Bund gehe davon aus, dass bis im Juni zwischen 35'000 und 50'000 Ukrainerinnen und Ukrainer in die Schweiz kommen könnten. Die Aussage wurde im Ausland offenbar missverstanden. Die deutsche Innenministerin Nancy Faeser sagte später im Bundestag: «Wir werden in ein Verteilsystem gehen müssen. Es gibt auch grossartige Angebote. Die Schweiz hat angeboten, 40'000 Geflüchtete aufzunehmen.»

Diese Zahl sei falsch, hiess es beim Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement auf Anfrage. Die Schweiz habe in Aussicht gestellt, sich zu beteiligen, wenn auf europäischer Ebene eine Verteilung beschlossen würde. Zahlen stünden aber noch nicht zur Diskussion.

Termin für die Registrierung

Zurzeit geht es um jene Flüchtlinge, die eigenständig in die Schweiz kommen. Der Ansturm fordert die Behörden stark heraus. Obwohl gegen 150 Personen zusätzlich für die Registrierung eingesetzt werden, kommt es zu Wartezeiten. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) hat nun das System angepasst. Neu können die Geflüchteten ein Onlineformular ausfüllen und erhalten dann einen Termin für die Registrierung. Krankenversichert sind sie bereits ab Eingang des Onlineformulars.

Manche mussten in den vergangenen Tagen aus Kapazitätsgründen bei der Registrierung auf später vertröstet werden. Ein Dach über dem Kopf und ein Bett hätten aber alle erhalten, sagt



Grosser Andrang: Flüchtlinge aus der Ukraine warten vor dem Bundesasylzentrum in Zürich. Foto: Ela Çelik

SEM-Sprecher Daniel Bach. Der Bund hat insgesamt 9000 Unterbringungsplätze. Momentan sind laut Bach noch etwa 2000 Plätze frei. Als Notunterkunft dienen auch Kasernen: Die Armee hat die Kaserne Bülach ZH und Bure JU zur Verfügung gestellt.

Vorgesehen ist, dass Geflüchtete mit Schutzstatus S nur kurz in den Bundesasylzentren untergebracht werden. Danach sind die Kantone zuständig. Laut Gaby Szöllösy von der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren haben die grösseren Kantone bereits mehrere Hundert zusätzliche Plätze geschaffen. In manchen Kantonen werden auch Zivilschutzanlagen in Betracht gezogen.

Neben der kurzfristigen Unterbringung gilt es, längerfristi-

ge Wohnmöglichkeiten zu organisieren. So sucht beispielsweise die Zürcher Fachorganisation AOZ dringend nach geeignetem Wohnraum. Sprecher Martin Roth sagt, man schaffe zwar laufend neue Strukturen. «Aber natürlich handelt es sich um eine absolute Ausnahmesituation – unser Ziel muss sein, auch mittelfristig mit der hohen Nachfrage Schritt halten zu können.»

Die AOZ ruft Immobilienfirmen und Genossenschaften dazu auf, sich zu melden, wenn sie über Objekte verfügen, die beispielsweise für ein, zwei Jahre zwischengenutzt werden können. Sprecher Roth gibt zu bedenken: «Es ist nicht einfach, genügend Platz zu finden in einer Stadt wie Zürich, in welcher der Wohnraum knapp und teuer ist.»

Riesig ist derzeit die Bereitschaft in der Bevölkerung, Geflüchtete aus der Ukraine aufzunehmen. So stellten auf der Plattform Campax bislang rund 23'000 Privathaushalte knapp 57'000 Betten zur Verfügung. Dazu kommen über 21'000 Betten in Hotels.

Prüfung privater Angebote

Ob die privaten Angebote tatsächlich geeignet sind, überprüft die Schweizerische Flüchtlingshilfe. Sprecherin Eliane Engeler betont, die Abklärungen würden auch in der aktuellen Situation sehr vorsichtig und genau vorgenommen. Ein Aufenthalt muss während mindestens drei Monaten möglich sein.

Bislang lasse sich die Administration gut bewältigen – auch dank der personellen Unterstüt-

zung von anderen Hilfsorganisationen wie dem Roten Kreuz oder der Caritas. Wenn eine geflüchtete Person oder eine Familie sich eine Gastfamilie wünsche, stehe in der Regel innert Stunden ein passendes Angebot bereit. 481 Personen erhielten seit Samstag auf diese Weise eine Bleibe.

Die Behörden machen sich auch Gedanken über die Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt. Bundesrätin Keller-Sutter hat sich gestern mit den Sozialpartnern ausgetauscht. Für die praktischen Fragen rund um die Arbeit wurde eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Doch: «Priorität hat erst mal, dass alle ein Dach über dem Kopf haben», sagte Gewerbeverbandspräsident Fabio Regazzi.

Basel Stadt Land Region

Wo Gastfamilien ans Limit kommen

Hilfe für Ukrainerinnen Erste Baselbieterinnen und Basler haben Geflüchtete aus der Ukraine bei sich aufgenommen. Was läuft aus ihrer Sicht gut? Was raten die Behörden? Die wichtigsten Punkte.

Simon Bordier und Rachel Hueber

Wie lange bleiben die Gäste?

Der Kanton Baselland schreibt in einem Übersichtsblatt: «Sie sollten in der Lage sein, Schutzbedürftigen für etwa drei Monate eine Unterbringung zu bieten.» Auch andere Behörden sprechen von drei bis sechs Monaten. Für Renata Gäumann, Asylkoordinatorin des Kantons Basel-Stadt, sind aber auch kürzere Perioden denkbar. Konkret für eine kurzfristige Erstunterkunft von Flüchtlingen, bis ein Platz in kantonalen Strukturen gefunden ist.

Wie viele ukrainische Flüchtlinge sind derzeit bei Privaten untergebracht?

Laut der Basler Asylkoordinatorin haben im Stadtkanton 60 Haushalte Menschen aus der Ukraine aufgenommen. Verschiedene Organisationen sammeln Angebote von Privaten: Auf den Plattformen der Schweizerischen Flüchtlingshilfe und von Campax soll es an die 4000 Platzangebote für Basel-Stadt geben, so Gäumann. Bei der Stelle GGG Benevol hätten sich zudem über 400 Haushalte gemeldet. Es brauche derzeit aber «dringlich noch mehr Unterkünfte bei Privaten für grössere Familienverbände oder Gruppen von sechs bis acht Personen». Nicht ganz so detaillierte Zahlen liegen aus dem Baselbiet vor. «Dem Kanton Basellandschaft wurden in den letzten drei Tagen 150 Personen aus der Ukraine zugewiesen», schreiben die Kantonsbehörden in einer Mitteilung vom Montag. Die Menschen seien über die Gemeinden untergebracht worden oder wohnten bei Privatpersonen.

Was sind die grössten Herausforderungen?

«Die Sprachbarriere ist für uns ein Hindernis», sagt die in Baselbiet wohnhafte BaZ-Autorin Nina Jecker, die fünf Flüchtlingen bei sich zu Hause Zuflucht bietet. «Wir kommunizieren über den Google-Liveübersetzer», was für den Alltag eigentlich ganz okay funktioniere. «Er ist gut genug, aber nicht hervorragend», sagt sie. Gerade in der Eingewöhnungsphase sei ein Dolmetscher hilfreich: «Am ersten Tag kommen sie erst einmal an. Um alle weiteren Fragen zu klären, ist ein Übersetzer sehr praktisch», sagt Jecker. Alles in allem habe sich der neue Alltag aber «gut eingespielt».

Auch Christian Messikommer, Sprecher der Vermittlungsplattform Campax, meint auf die Frage nach der grössten Herausforderung für Gastfamilien: «Die Sprachbarriere. Wenn keine Brücke da ist, ist es sehr schwierig.» Die Leute seien indes «sehr selbstständig». Sie würden sich nicht im Zimmer einschliessen, sondern seien «sozial, hilfsbereit». «Wir hören viel Gutes.»

Wie mühsam ist der Papierkram?

Wenn Menschen aus der Ukraine in der Schweiz bleiben wollen, ist der Schutzstatus S für sie entscheidend. Dieser stellt ein vereinfachtes Aufenthaltsrecht



Die Sprachbarriere ist für viele ein Hindernis: Ein Kind aus der Ukraine spielt in einer Unterkunft für Flüchtlinge. Foto: Anthony Anex (Keystone)

dar und schafft die Basis für wichtige Dinge wie eine Krankenversicherung oder die Einschulung von Kindern. Mit dem Schutzstatus können Flüchtlinge zudem einer Arbeit nachgehen oder Sozialhilfe beantragen. Um das Dokument zu erhalten, müssen sich Flüchtlinge zunächst in einem Bundesasylzentrum registrieren lassen. Für die finanzielle Unterstützung der Schutzbedürftigen ist im Stadtkanton die Sozialhilfe Basel zuständig. Im Baselbiet sind die Gemeinden verantwortlich.

«Man muss sich um alles selbst kümmern», sagt Jecker. Termine bei den Sozialen Diensten, der Schule oder der Asylbetreuungsdienstleisterin ORS müssten Flüchtlinge selbst beziehungsweise mithilfe ihrer Gastfamilien organisieren. «Niemand meldet sich von sich aus», sagt Jecker. Es sei hilfreich, sich vorgängig über alle Termine zu informieren, die man wahrnehmen müsse. Von den Behörden könne man sich nämlich in dieser Hinsicht durchaus ein bisschen «allein gelassen fühlen».

Carole Küng-Weber, Mutter einer fünfköpfigen Familie, beherbergt seit zwei Wochen vier Personen aus der Ukraine: zwei Kinder, deren Mutter sowie eine Grossmutter. Auch die Baslerin weiss von organisatorischen Schwierigkeiten zu berichten. «Im Bundesasylzentrum mussten unsere Gäste 14 Stunden auf die Registrierung warten.» Viele Prozesse zur Aufnahme der Flüchtlinge seien teils noch unklar.

«Die Bildungsangebote des Kantons sind für Kinder und Jugendliche aus der Ukraine jederzeit zugänglich.»

Renata Gäumann
Asylkoordinatorin Basel-Stadt

Wie sieht der Alltag aus?

«Man muss einfach megaflexibel sein», sagt Küng-Weber. Ursprünglich habe sie in ihrem Domizil ein eigenes Stockwerk für die Neuankömmlinge vorgesehen. Doch es sei anders gekommen. «Die Kinder haben bei ihrer Ankunft im ganzen Haus Spielsachen ausgebreitet.» Das Bedürfnis zum Spielen sei nach der mehrstündigen Anreise im Zug spürbar gross gewesen. Und auch die beiden erwachsenen Gäste wollten sich nicht auf das Stockwerk beschränken. «Die Grossmutter hat in der Küche das Zepter übernommen. Jetzt wird von frühmorgens bis spätabends gekocht.» Inzwischen hätten sich die Alltagsabläufe eingespielt. Sie selber arbeite drei Tage pro Woche im Büro. Die Gäste fänden sich in dieser Zeit selber zurecht. Klar ist aber auch: Zu Hause ist ständig etwas los.

Jecker berichtet über das grosse Bedürfnis der Flüchtlingsfamilie, zu helfen: «Sie möchten etwas beitragen und bieten ihre Hilfe häufig an, weshalb wir sie immer mehr in die täglichen Arbeiten einbeziehen. Es gibt ja genug zu tun in einem Haushalt mit neun Personen.»

Wer bezahlt den Lebensunterhalt der Flüchtlinge?

Gastfamilien bieten Flüchtlingen eine Unterkunft. Sie sind aber nicht verpflichtet, deren Lebensunterhalt – Essen, Kleider, SIM-Karten etc. – zu finanzieren. Dafür ist die Sozialhilfe von Gemeinden und Kantonen zuständig. Voraussetzung für die Unterstützungsbeiträge ist die Registrierung für den Schutzstatus S im Bundesasylzentrum.

Was, wenn einer der Gäste erkrankt?

«In diesem Fall sind sie gebeten, die zuständigen Sozialarbeitenden in der Gemeinde zu kontaktieren», schreibt auf Anfrage Lea Wirz vom Baselbieter Sozialamt. Personen mit Schutzstatus S seien krankenversichert und hätten somit Zugang zur medizinischen Versorgung. Wenn die Flüchtlinge noch nicht registriert sind, haben sie den rechtlichen Status von Touristen. In einem solchen Fall würden nur die medizinischen Kosten im Rahmen eines Notfalls übernommen. «Es ist daher wichtig, dass die Registrierung der Geflüchteten beim Staatssekretariat für Migration möglichst frühzeitig erfolgt.» Laut der Basler Asylkoordinatorin

Renata Gäumann wird den Flüchtlingen ein Hausarzt zugewiesen, wenn sie sich bei der Sozialhilfe anmelden. «Sind sie noch nicht krankenversichert, können die Rechnungen an das Staatssekretariat für Migration geschickt werden, das die Kosten übernimmt.»

Werden Gastfamilien für die Unterbringung von Flüchtlingen entschädigt?

Weder Basel-Stadt noch Baselland sehen eine finanzielle Gegenleistung für die Aufnahme von schutzbedürftigen Personen vor. «Die Unterbringung der Geflüchteten bei Privaten erfolgt im Rahmen der solidarischen Unterstützung ohne finanzielle Entschädigung», schreibt Basel-Stadt in einer Medienmitteilung. Allerdings ist eine Wohnpauschale von 250 Franken pro Monat unter anderem für Nebenkosten vorgesehen. Diese wird auf Basis des GGG-Gastfamilien-Projekts gesprochen. Baselland sieht eine Nebenkostenpauschale von 100 Franken pro unterstützte Person vor.

Wann werden die Kinder eingeschult?

«Die Kinder sind grundsätzlich schulpflichtig», sagt der Kanton Baselland. Die Sozialhilfe in den Gemeinden werde die Einschulung begleiten. Der Schulbesuch sei für die Kinder wichtig, da er ihnen ermögliche, neue Kontakte zu knüpfen, und ihnen eine Struktur im Alltag biete. Die Basler Asylkoordinatorin schreibt auf Anfrage: «Die Bildungsange-

bote des Kantons sind für Kinder und Jugendliche aus der Ukraine jederzeit zugänglich.»

Was sollten künftige Gastfamilien beachten?

«Mit Kindern muss man auch Dinge unternehmen», sagt Jecker. Bei Freizeitaktivitäten in der Region lohne es sich, sich nach Spezialangeboten zu erkundigen, meint sie. Viele Veranstalter würden den Eintritt für die Geflüchteten und die Begleiter erlassen. «Man muss ausserdem eine entspannte Persönlichkeit sein», sagt sie. In manchen Situationen brauche man starke Nerven: «Wenn unsere Gäste mit Angehörigen zu Hause telefonieren, hören wir sie manchmal weinen», sagt Jecker. Wenn es um die Telekommunikation der Geflüchteten geht, empfiehlt Jecker die Swisscom-Shops, wo man gratis SIM-Karten beziehen kann, um in der Schweiz und in die Ukraine zu telefonieren und das Internet zu nutzen.

Im Swiss Mega Park kann man sich ausserdem Hilfsgüter holen: «Die gesammelten Lebensmittel und Hygieneartikel sind für alle Flüchtlinge verfügbar, die vorbeikommen», sagt Alexandra Somlo, Geschäftsführerin des Parks.

Wenn es um die Fortbewegung geht, so können Flüchtlinge mit Ausweis S oder einem Ersatzpapier den öffentlichen Verkehr in der Region gratis benützen. Dies hat der Tarifverbund Nordwestschweiz letzte Woche verkündet. Das Angebot ist bis Ende Mai befristet.

Wie lange hält die Solidarität?

Die Anzahl ukrainischer Flüchtlinge steigt in beiden Basel. Private Unterkünfte sind aber keine langfristige Lösung.

Kelly Spielmann

Von 150 am 16. März auf 434 Stand gestern: Die Anzahl Flüchtender aus der Ukraine, die dem Kanton Baselland vom Bund zugeteilt worden sind, hat sich innert fünf Tagen fast verdreifacht. Im Moment gebe es noch genügend Plätze, um die Flüchtlinge unterzubringen, wie der Baselbieter Asylkoordinator Rolf Rossi sagt. «Aber nur, weil die Solidarität der Bevölkerung derzeit so gross ist», fügt er an. Noch immer erhalte der Kanton Angebote von Privaten, die eine Wohnung oder ein Zimmer zur Verfügung stellen wollen.

Aber Rossi glaubt auch, dass sich viele Private nicht bewusst sind, worauf sie sich einlassen, wenn sie ihr Zuhause mit Flüchtlingen teilen möchten. «Da kann es noch zu Problemen kommen, mit denen man nicht gerechnet hat.»

Helfen will man – aber unter Bedingungen

Er nennt ein Beispiel: «Wir haben schon gehört, dass jemand Flüchtlinge aufnehmen will, diese an Ostern aber wieder weg sein müssen, weil dann Familienmitglieder zu Besuch kommen.» Eine Mindestdauer durchsetzen könne man jedoch nicht. «Wenn ein Platz mindestens sechs Monate zur Verfügung stehen müsste, würde uns die Hälfte der Privaten abspringen», meint er.

Die Solidarität ist also da – wenn auch an Bedingungen geknüpft. Gut möglich also, dass sie in einigen Monaten wieder sinkt. Und der Kanton neue Plätze für die Geflüchteten suchen muss. «Natürlich ist es nicht bei allen so», betont Rossi, «aber wir gehen nicht davon aus, dass wir langfristig dieselbe Anzahl Flüchtender bei Privaten unterbringen können.»

Aktuell jedoch sei man «absolut auf diese Solidarität angewiesen». Denn noch immer fehlen in den Gemeinden Plätze für



Alle Flüchtlinge müssen sich im Bundesasylzentrum registrieren.

Bild: Kenneth Nars (Basel, 15. März 2022)

Asylsuchende. Am 16. März hatte der Kanton noch 1000 Plätze gesucht. Längst nicht alle Baselbieter Gemeinden erfüllen die vorgeschriebene Quote: Jede Gemeinde müsste die Anzahl Plätze für Asylsuchende zur Verfügung stellen, die 1,4 Prozent der Bevöl-

kerung entspricht. Am 15. Februar und am 9. März hat das kantonale Sozialamt die Gemeinden in einem Schreiben aufgefordert, bis spätestens Ende März weitere verfügbare Plätze zu melden. Seit der vergangenen Woche habe es relativ viele Rückmeldungen ge-

geben – rund 140 Plätze kamen so in den letzten Tagen noch zusammen. «Wir sind aber auch nicht böse, wenn sich noch mehr Gemeinden melden», sagt der Asylkoordinator. Die fehlenden Plätze, die es braucht, um die angestrebte Tausendermarke zu er-

reichen, «müssen die Gemeinden nun noch irgendwie aus dem Hut zaubern».

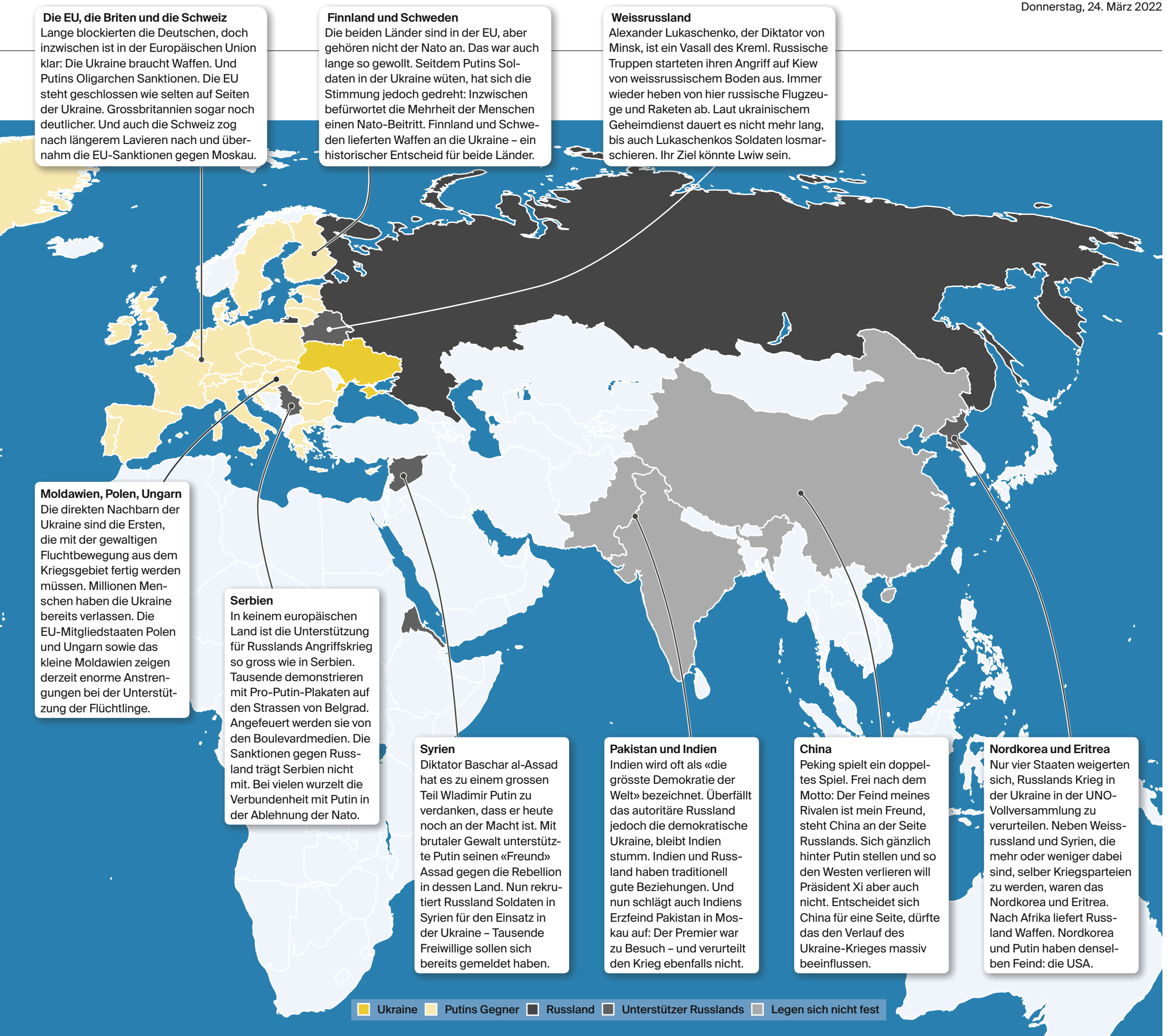
Basel-Stadt zahlt höheren Pauschalbeitrag

Mit ähnlichen Problemen hat der Kanton Basel-Stadt zu kämpfen. Für die rund 250 Flüchtlinge, die dem Stadtkanton bereits zugewiesen wurden, reichen die Kapazitäten derzeit noch aus, sagt Asylkoordinatorin Renata Gäumann. Man rechne aber weiterhin mit rund 50 bis 60 zusätzlichen Asylsuchenden pro Tag – je nach Entwicklung der Lage.

Rund zwei Drittel aller Zugewiesenen seien bereits bei den über 400 Privaten untergebracht, die in Basel-Stadt Zimmer zur Verfügung stellen. Sollte diese Anzahl abnehmen, gebe es noch Reserveplätze in den kantonalen Strukturen. «Es braucht aber zusätzlichen Wohnraum», betont Gäumann. «Die zuständigen Stellen arbeiten mit Hochdruck daran. Für den Notfall stehen zwei unterirdische Anlagen bereit.»

Grundsätzlich können die Gastgeber entscheiden, wie lange sie Wohnraum zur Verfügung stellen: «Entweder sie bieten eine kurzfristige Erstunterkunft an, bis eine Unterbringung in kantonalen Strukturen möglich ist», so Gäumann. In diesem Fall müssten die Flüchtenden bei der Registrierung angeben, dass sie eine Unterkunft brauchen. «Oder die Gastgeber sind bereit, die Geflüchteten für mindestens drei Monate oder länger bei sich zu beherbergen. In diesem Fall können sie eine Vereinbarung mit GGG Benevol abschliessen.»

Diese beinhaltet unter anderem die Auszahlung einer monatlichen Pauschale für Wohnnebenkosten von 250 Franken. In Baselland erhalten Personen, die Wohnraum für Flüchtlinge zur Verfügung stellen, ebenfalls eine Pauschale – dort beträgt sie aber lediglich 100 Franken.



«99 Prozent der Flüchtlinge warten nur darauf, nach Hause zu gehen»

Artem Rybchenko, der ukrainische Botschafter in Bern, warnt vor vorschnellem Wegschauen – und hat eine klare Forderung an die Schweiz.

**Samuel Schumacher
und Othmar von Matt**

Gelbe Tulpen stehen auf dem Steinmüerchen vor der ukrainischen Botschaft, auf dem Boden Kerzen, daneben ein Brief: «Lieber Herr Putin, bitte stoppen Sie die Gewalt.» Von der Fassade des Botschaftsgebäudes im Berner Museumsquartier hängt eine Fahne mit der Aufschrift «Hands Off Ukraine» («Hände weg von der Ukraine»).

Doch der Ruf nach Frieden verhallt bislang ungehört in den russischen Weiten. Seit genau einem Monat führen Wladimir Putins Truppen einen brutalen Krieg gegen ukrainische Städte, bombardieren Zivilisten, schiessen auf fliehende Familien, nehmen Wohnblöcke ins Visier ihrer Panzer. 121 Kinder haben die russischen Soldaten laut der ukrainischen Regierung seit dem 24. Februar getötet, mehr als 1000 Zivilisten kamen ums Leben. 10 Millionen Menschen mussten aus ihren Wohnungen und Häusern fliehen.

«Das ist Terrorismus», sagt Artem Rybchenko, Botschafter der Ukraine in der Schweiz. Er hat ein paar Journalisten



Dankbar für die Hilfe der Schweiz: Artem Rybchenko.

Bild: Samuel Schumacher

in den Vorgarten der Botschaft geladen, um einen Monat nach Kriegsbeginn Bilanz zu ziehen. Rybchenko ist den Tränen nahe, als er von den Bomben auf die Schulen in seiner Heimat erzählt. «Es geht hier nicht nur um die Ukraine, es geht um Europa, es geht um die ganze Welt», sagt der 38-jährige Diplomat. «Heute zerstört Putin unsere Kindergär-

ten und Krankenhäuser. Morgen könnte er den ganzen Kontinent terrorisieren.»

Rybchenko hat den Eindruck, dass viele Menschen in Europa noch nicht ganz realisiert haben, was da inmitten des Kontinents gerade passiert: «Das ist kein Film, das ist bittere Realität. Wir müssen handeln, und zwar schnell», sagt Rybchenko. Immer wieder gebe es

Angriffe auf ukrainische Atomkraftwerke. «Die sind keine 2000 Kilometer von hier entfernt. Wenn's schiefläuft, dann müssen wir in der Schweiz plötzlich auf guten Wind hoffen, um der Katastrophe zu entkommen.»

Russische Staatsbürger wollen den ukrainischen Pass

Seine beiden kleinen Töchter sieht Rybchenko seit einem Monat kaum noch. Rund um die Uhr koordiniert er, telefoniert mit Bundesräten und diskutiert mit den Russen, die täglich vor seiner Botschaft auftauchen und sich erkundigen, was sie tun müssen, um die ukrainische Staatsbürgerschaft zu erlangen. «Am schlimmsten aber sind jene Momente, wenn mein Telefon klingelt und auf dem Display eine ukrainische Nummer erscheint. Dann getraue ich mich jeweils fast nicht, ranzugehen», sagt Rybchenko. Seine Eltern, seine Schwester, seine Freunde: Alle sind noch in der Ukraine. Jeder Anruf aus der Heimat könnte schlimme Nachrichten bedeuten.

Rund 12 000 seiner Landsleute sind seit Ausbruch des Krieges bereits in die Schweiz geflohen. «Ich möchte allen

Schweizer Familien danken, die Ukrainerinnen und Ukrainer aufgenommen haben. Auch für sie bedeutet das eine Veränderung ihres Alltags», sagt Rybchenko. «Und ich garantiere ihnen: 99 Prozent der ukrainischen Flüchtlinge, die in die Schweiz kommen, warten nur darauf, wieder nach Hause zurückkehren zu können. Sobald es Frieden gibt, wollen alle zurück. Auch wenn vieles zerstört ist: Die Ukraine bleibt ihr Heimatland.»

Eine Forderung an die Schweiz aber hat Artem Rybchenko noch – und er formuliert sie an diesem sonnigen Vormittag im Berner Vorgarten klar und deutlich: «Wir brauchen Schutzwesten und Helme, um unsere Kinder, unsere Feuerwehrmänner und Zivilistinnen zu schützen.» Die Schweiz blockiert den Export dieser sogenannten «Dual Use»-Güter in die Ukraine, weil sie sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke genutzt werden könnten. «In Friedenszeiten kann ich das verstehen», sagt Rybchenko. «Aber wir haben Krieg. Menschen sterben. Mit diesen Materialien können wir sie retten. Wir haben keine Zeit für Bürokratie.»

Quarantäne für Haustiere aus Ukraine

Die Veterinärämter beider Basel bemühen sich, dass Geflüchtete und Vierbeiner nicht voneinander getrennt werden. Das klappt nicht immer.

Silvana Schreier

Tausende Geflüchtete haben den Weg in die Region Basel schon gefunden. Mit dabei – nebst Koffern und Taschen mit einigen Habseligkeiten – die vierbeinigen besten Freunde der Menschen. Die Geflüchteten traten ihre Reise ins Ungewisse gemeinsam mit ihren Hunden, Katzen, Meerschweinchen oder Wellensittichen an.

«Das ist ein Novum bei Flucht- und Migrationsbewegungen», sagt der Basler Kantonstierarzt Michel Laszlo. Deshalb seien die Veterinärämter vor neue Herausforderungen gestellt worden. Der Bund hat geregelt, dass die Heimtiere einreisen dürfen, auch wenn nicht alle Einfuhrbedingungen, die sonst gelten, erfüllt sind. Die Geflüchteten müssen lediglich ein Meldeformular einreichen. Die Veterinärämter der zuständigen Kantone prüfen anschliessend, welche Massnahmen in den einzelnen Fällen nötig sind.

Kantone übernehmen die Kosten für die Impfung

Denn: Die Ukraine ist ein Tollwutland. Das heisst, die Krankheit ist dort – im Gegensatz zur Schweiz – nicht ausgerottet. Um also sowohl die einheimischen Tiere als auch die Menschen zu schützen, reagieren die Veterinärämter: Sie veranlassen eine Untersuchung der Tiere, bei der bestimmt wird, ob eine Impfung gegen Tollwut vorliegt oder



Viele Geflüchtete reisen mit ihren Haustieren in der Schweiz ein. Das stellt die Kantone vor neue Herausforderungen.

Symbolbild: Keystone

nicht. Dieser Schritt ist nötig, da die meisten Geflüchteten nicht die nötigen Dokumente für ihre Vierbeiner bei sich tragen.

In Baselland sind laut Angaben der Gesundheitsdirektion sechs Hunde und fünf Katzen gemeldet worden. Die Tiere seien grösstenteils mit einem Chip versehen und seien in der Ukraine im Haus gehalten worden,

sagt Sprecher Rolf Wirz. «Bei den Tierhaltern handelt es sich um Personen, die eine private Unterkunft bei Privatpersonen gefunden haben mit ihren Tieren. Die Tiere konnten daher alle bei ihren Haltern verbleiben.» Die Quarantäne darf auch in den eigenen vier Wänden abgesehen werden, solange Katzen drinnen bleiben und Hunde

keinen Kontakt zu Artgenossen haben.

Nicht alle haben dieses Glück, auch wenn sich Baselland darum bemühe, eine Trennung von Tier und Halter zu vermeiden. Denn sind die Tiere nicht geimpft, ist eine bis zu 120-tägige Quarantäne nötig. Diese erfolgt entweder in den Räumlichkeiten der Veterinär-

ämter oder im Tierheim beider Basel.

Die Kosten für die Untersuchungen, die Impfungen sowie die Quarantäne übernehmen aktuell die Kantone. Wirz sagt zudem: «Die Gesellschaft Schweizer Tierärztinnen und Tierärzte hat unseres Wissens ihre Mitglieder ebenfalls aufgefordert, angesichts der derzeiti-

gen Lage die Kosten moderat zu halten.»

In Basel-Stadt sind bisher sechs Katzen und vier Hunde aus der Ukraine gemeldet worden. Schweizweit sind knapp 400 Tiere registriert. Dabei gebe es aber eine Dunkelziffer zu berücksichtigen. «Wir sind uns bewusst, dass sich die Lage in der Schweiz und somit auch in unserem Kanton noch verschärfen und sich die Anzahl eingeführter Tiere stark verändern wird», sagt Kantonstierarzt Laszlo. Gemäss Schätzungen werden schweizweit in den nächsten Wochen und Monaten rund 5000 bis 10000 Tiere erwartet.

Patinnen und Paten für geflüchtete Tiere gesucht

Noch konnten in Basel alle Tierhalterinnen und Tierhalter gemeinsam mit ihren Tieren in private Unterkünfte einziehen. Laszlo: «Alle kantonalen Veterinärdienste sind sehr bestrebt, für die Flüchtenden und ihre eigenen Tiere geeignete Lösungen anzubieten, die der humanitären Notsituation gerecht werden.»

Bei steigenden Zahlen an Geflüchteten müssten diese aber in Auffangzentren untergebracht werden, wo Hunde und Katzen nicht erlaubt sind. Laszlo und das Basler Veterinäramt sind deshalb auf der Suche nach Patinnen und Paten, die den Tieren vorübergehend eine Bleibe geben könnten. Interessierte können sich per E-Mail unter kanzlei.vetamt@bs.ch melden.

Basel-Stadt bereitet Turn- und Messehallen für Geflüchtete vor

Beide Basel treffen Massnahmen zur Betreuung der ukrainischen Geflüchteten. Die bz hat Antworten auf die wichtigsten Fragen.

Silvana Schreier

Wo werden die Geflüchteten untergebracht? Dürfen die Kinder bereits den Schulunterricht besuchen? Und wie wird die Integration der Menschen vorangetrieben? Die Basler Regierungsmitglieder Kaspar Sutter vom Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Conradin Cramer vom Erziehungsdepartement, Stephanie Eymann vom Justiz- und Sicherheitsdepartement sowie Sozialhilfe-Leiter Ruedi Illes geben Auskunft. Die wichtigsten Fragen und Antworten:

1 Seit vergangenem Freitag ist der kantonale Krisenstab wieder in Kraft gesetzt. Was sind seine Aufgaben?

Im Krisenstab sind die Regierungsmitglieder Sutter und Eymann, Asylkoordinatorin Renata Gäumann, die Gemeinden Riehen und Bettingen, die Polizei, die Rettungskräfte sowie Kantonsarzt Simon Fuchs vertreten. In dieser Organisation würden – wie schon während der Coronakrise – die Ressourcen gebündelt. Der Krisenstab trifft sich wöchentlich, um die aktuelle Lage zu besprechen. Thema sei dabei etwa ein mög-

licher Einsatz Zivilschutzleistender. Diese erhalten laut Eymann in den kommenden Tagen ein Schreiben, wonach sie sich für freiwillige Einsätze melden könnten. Ein obligatorisches Aufgebot ist noch nicht geplant. Die grösste Herausforderung sieht Eymann jedoch bei der Unterbringung aller Geflüchteten. Seit gestern ist ausserdem die neue Website des Kantons online: Unter www.support-ukraine.bs.ch können verschiedenste Informationen zu Bildung, Unterbringung oder Sprachkursen auch auf Ukrainisch abgerufen werden.

2 Wo sind die Geflüchteten aus der Ukraine in Basel-Stadt untergebracht?

Regierungsrat Kaspar Sutter (SP) sieht die Unterbringung der Menschen als «dringlichste Aufgabe» des Kantons: «Wohnraum ist in unserer Stadt ein knappes Gut. Aber alle Geflüchteten sollen hier ein Zuhause bekommen. Für die Zeit, in der sie nicht zurück in ihre Heimat können.» Rund 400 private Unterkunftsangebote sind bisher eingegangen. Zudem kann der Kanton 300 Plätze anbieten. «Das wird aber nicht reichen. Darum stehen wir in Verhand-

lungen mit Privatpersonen und Firmen, um in weiteren Gebäuden Mietverträge abzuschliessen», so Sutter. Justizdirektorin Stephanie Eymann (LDP) ergänzt: «Die drei Zivilschutzanlagen des Kantons stehen bereit. Das sind 250 Plätze.» Bisher sei eine unterirdische Unterbringung aber nicht nötig und soll möglichst vermieden werden. Laut Eymann arbeitet der Krisenstab daran, Turn- oder Messehallen vorzubereiten.

3 Wie viele Geflüchtete leben bereits in Basel?

Rund 400 Personen haben sich bisher in Basel-Stadt angemeldet. Ruedi Illes, Leiter der Sozialhilfe, betont: «Dieses Ausmass einer Flüchtlingskrise haben wir bisher noch nie gehabt.» Die Basler Behörden würden für gewöhnlich 15 Asylsuchende im Monat unterbringen müssen, aktuell würden Basel-Stadt täglich vom Bund rund 50 Personen zugewiesen. Rund Dreiviertel davon könnten direkt in Gastfamilien untergebracht werden. Seit dieser Woche arbeiten die zuständigen Stellen denn auch sieben Tage in der Woche, um die Zuweisungen umzusetzen. Illes: «Wir setzen alles daran, die Menschen in

normalen Wohnungen unterzubringen.»

4 Wie viele Kinder und Jugendliche besuchen bereits den Schulunterricht?

In der Volksschule, also auf Kindergarten-, Primar- und Sekundarstufe, sind bisher knapp 100 Kinder und Jugendliche eingeschult worden. Zudem gebe es fünf Jugendliche, die sich für eine weiterführende Schule angemeldet haben, so Erziehungsdirektor Conradin Cramer (LDP). Noch könnten die Schulanmeldungen im normalen Prozess durchgeführt werden. «Der wesentlichste Schritt ist dabei das Eintrittsgespräch», sagt Cramer. «In diesem finden wir heraus, welche Lösung für das Kind die beste ist.» Jüngere Schulkinder würden in den meisten Fällen direkt in die Regelschulklasse integriert. Bei den Älteren werde der Fokus oft zuerst auf Deutschkurse gelegt. Ab August sollten auch diese dann normal eingeschult werden können.

5 Dürfen auch Erwachsene Deutschkurse besuchen?

Sutter betont, erwachsene Geflüchtete hätten ebenso Anspruch auf einen Sprachkurs.

Ausserdem dürfen sich Erwachsene beim Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) melden und werden dort bei der Arbeitssuche unterstützt.

6 Setzt Basel-Stadt auch auf die Hilfe ukrainischer Lehrpersonen, die hierher geflüchtet sind?

Cramer sagt, der Kanton sei «enorm daran interessiert», mit Lehrpersonen aus der Ukraine zusammenzuarbeiten. Es sei denkbar, diese in das Kollegium in den Schulhäusern zu integrieren. Oder sie könnten als Betreuungspersonen in Einrichtungen der Tagesstruktur eingesetzt werden. Cramer: «Wir sind auch offen für unkonventionelle Lösungen.»

7 Welche finanzielle Unterstützung erhalten die Geflüchteten?

Sobald die Menschen sich für den Schutzstatus S beim Bund registriert haben, erhalten sie von der Basler Sozialhilfe finanzielle Mittel. Ebenso ist die Gesundheitsversorgung geregelt: Mit dem Schutzstatus S sind die Geflüchteten Teil der Kollektivversicherung und die Kosten werden von der Krankenkasse getragen. Sutter: «Weiter kön-

nen die Menschen neu kostenlos bei der Basler Kantonalbank ein Konto eröffnen.» Dies ist insbesondere für die Auszahlung der Sozialhilfe wichtig. Bisher wird diese laut Illes in Bargeld überreicht.

8 Wie sieht die Situation der Geflüchteten in Baselland aus?

Der Kanton teilt mit, dass sich bisher 509 Geflüchtete aus der Ukraine im Baselbiet aufhalten würden. Vergleichbar mit Basel-Stadt erlebt auch der Landkanton eine Ausnahmesituation. «Die Zahl der Zuweisungen von ukrainischen Geflüchteten übersteigt bereits jetzt die Zahl der letztjährigen Zuweisungen für den ganzen Asyl- und Flüchtlingsbereich», heisst es in der Mitteilung. Täglich erhalte man vom Bund 40 Personen zugewiesen. Diese könnten in 90 Prozent der Fälle in privaten Unterkünften untergebracht werden. Da Gastgebende immer wieder an ihre Grenzen stossen würden, will Baselland nun mit einer Hilfsorganisation eine Anlaufstelle aufbauen. So könne ein niederschwelliger Zugang zu Beratung und Vermittlung in Krisensituationen geschaffen werden.

Krieg in der Ukraine

Noch warten alle auf das Geld vom Staat

Finanzielle Probleme nach Aufnahme Tausende Menschen aus der Ukraine hat die Schweiz aufgenommen, viele von ihnen leben bei privaten Gastgebern. Finanziell ist das weder für Geflüchtete noch Gastfamilien leicht zu meistern.

Hans Brandt

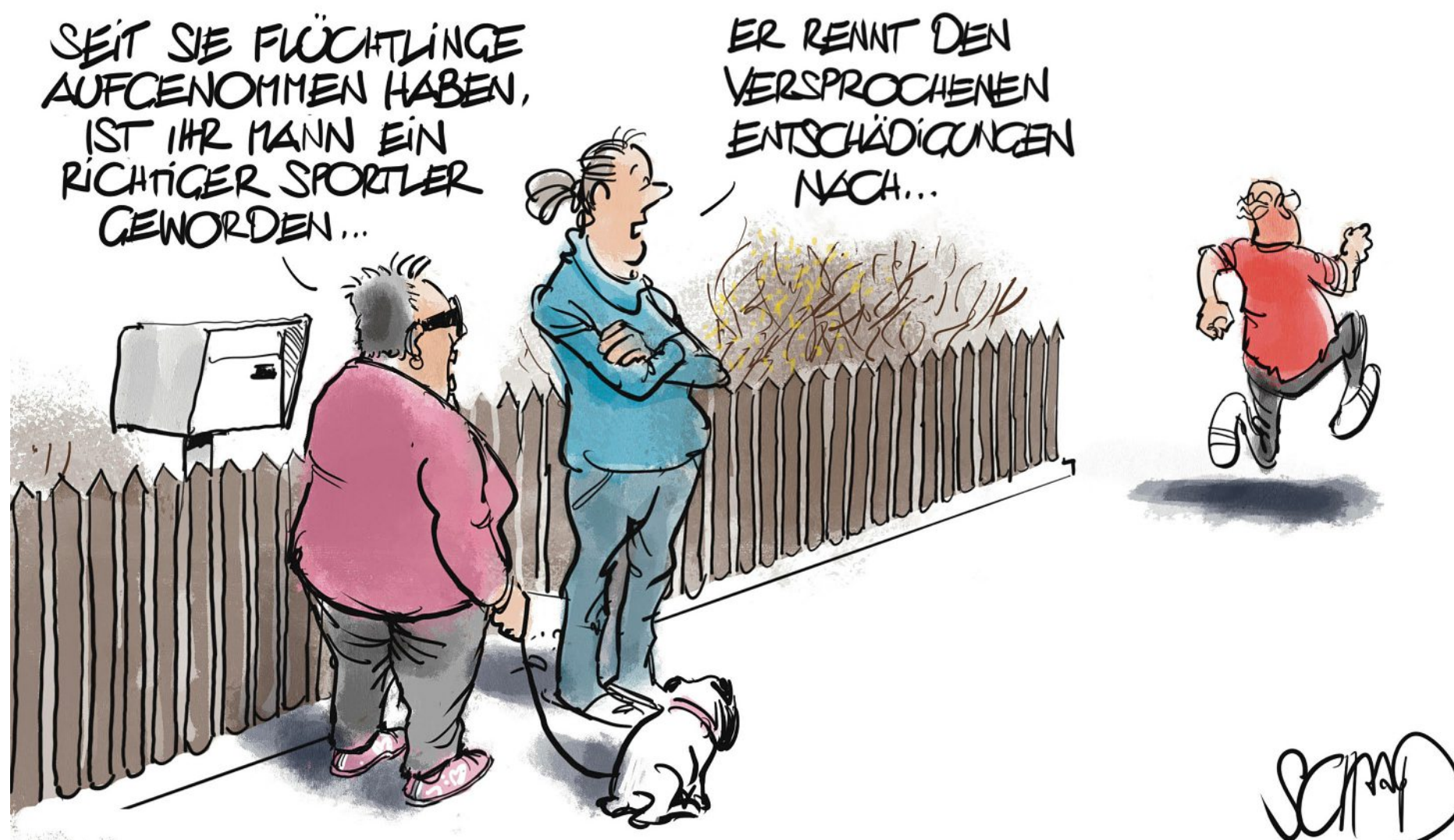
Grosszügigkeit ist zwar selbstverständlich. Aber die Frage nach dem Geld steht dennoch im Raum. «Mir wurde vom Zürcher Bundesasylzentrum gesagt, dass ich nichts ausgeben müsste, wenn ich Geflüchtete aus der Ukraine aufnehme», erzählt ein Gastgeber aus dem Kanton Zürich. Er habe daraufhin drei Frauen bei sich aufgenommen. Aber finanzielle Hilfe habe er noch nicht erhalten. Auch seine Gäste würden ohne ihn finanziell kaum über die Runden kommen. Die Zahlungen, die für sie in Aussicht gestellt wurden, seien bisher noch nicht geflossen.

Ähnliches berichten andere Schweizer Familien, die ihre Häuser und Wohnungen für nicht selten traumatisierte Menschen aus der Ukraine geöffnet haben. Auch Peter Meier, Leiter Politik und Medien der Schweizer Flüchtlingshilfe, sagt, dass ihm bisher weder Gastfamilien noch Geflüchtete bekannt seien, die Zuwendungen vom Staat erhalten hätten.

Grosse Unterschiede

Vier Wochen nach Beginn des Krieges, zwei Wochen seit der Aktivierung des S-Status für Schutzbedürftige, läuft die Registrierung der Ankommenden inzwischen ganz gut. Die Vergabe des S-Status dauert meist nur wenige Tage – auch wenn der S-Ausweis selbst mehrere Wochen auf sich warten lässt. Aber nach diesen ersten Schritten, für die das Bundesamt für Migration SEM zuständig ist, werden die Geflüchteten an die Kantone und Gemeinden weitergeleitet. Und dort harzt es. «Es ist logisch, dass die Behörden überfordert sind, dafür habe ich Verständnis», sagt der Gastgeber aus dem Kanton Zürich. «Aber ich kann das nicht ewig bezahlen.»

Grundsätzliche Regeln für die Finanzierung der Geflüchteten aus der Ukraine hat der Bund schon erlassen: Sie werden behandelt wie vorläufig aufgenommene Personen im regulären



Asylsystem. «Der Bund zahlt den Kantonen monatlich eine Globalpauschale von 1500 Franken pro Kopf», sagt Gaby Szöllösy, Generalsekretärin der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK). «Die Kantone entscheiden selbst gemäss ihrer Gesetzgebung, wie sie die Pauschalen einsetzen», betont Szöllösy.

Die Höhe der Hilfe, die Geflüchtete direkt erhalten, hängt von zahlreichen Faktoren ab, die sich von Kanton zu Kanton, teilweise auch von Gemeinde zu Gemeinde, unterscheiden. Die Vermögensverhältnisse der Ukrainerinnen und Ukrainer spielen eine Rolle, oder die Art ihrer Unterbringung: In Sammelunter-

künften mit Verpflegung erhalten die Menschen kaum mehr als ein Taschengeld. Und für Menschen, die bei Gastfamilien wohnen, kann es einen Unterschied machen, ob sie einen Untermietvertrag mit den Gastgebern abgeschlossen haben.

Für die Gastfamilien selbst ist vonseiten des Bundes eigentlich keine Hilfe vorgesehen – aber sie wird trotzdem von vielen Kantonen gewährt. Der Kanton Wallis zahlt Gastgebern 150 Franken pro Monat und untergebrachter Person. In Basel-Stadt werden 250 Franken pro Haushalt gewährt, nicht pro Person. In Baselland sind 100 Franken pro Gast vorgesehen, aber nur, wenn diese Person Sozialhilfe erhält.

«Wir überlassen den Entscheid in dieser Frage den 162 Zürcher Gemeinden, die damit verantwortungsvoll umgehen werden, davon bin ich überzeugt», sagt der Zürcher Sicherheitsdirektor Mario Fehr, der auch für das Sozialamt zuständig ist. Der Kanton leite im Übrigen die gesamte Pauschale des Bundes für Flüchtlinge, nach Abzug der Gelder für die Krankenkasse, an die Gemeinden weiter.

Noch ein Behördengang

Der Kanton Bern teilt mit, dass er eine solche Unterstützung «im Grundsatz» befürwortet: «Konkrete Ansätze für die Entschädigung der Gastfamilien sind in Arbeit.»

Soll die Hilfe fliessen, ist meistens eine Anmeldung beim Sozialamt der Gemeinde notwendig. Im Kanton Bern sind sogenannte regionale Partner dafür zuständig, also beispielsweise das Schweizerische Rote Kreuz im Berner Mittelland. Noch ein Behördengang, auf dem Schweizer Gastgeberinnen die Geflüchteten begleiten müssen.

«Da können durchaus Tränen fliessen», erzählt ein Gastgeber. Immer wieder müssten die Menschen ihre Unterlagen vorzeigen, immer wieder kämen die persönlichen Fragen, immer wieder die Probleme mit der Sprache. Bis die Sozialhilfe dann bewilligt ist, dauert es auch noch einige Zeit.

Geld auf die Hand gibt es allerdings kaum. Denn es muss ein Schweizer Konto vorhanden sein, auf das die Hilfe überwiesen werden kann.

Mit dem S-Status ist es zwar grundsätzlich möglich, ein Konto zu eröffnen. Aber gratis ist das auch nicht. «Die Raiffeisenbank war sehr freundlich», erzählt ein Gastgeber aus Baselland. Die Daten der Geflüchteten wurden aufgenommen. Aber für jedes Konto müssen 100 Franken bezahlt werden: 60 für die Kontoführung, 40 für die Bankkarte. Der Gastgeber muss nun mehrere Hundert Franken vorschiesen, damit seine Gäste überhaupt Zuwendungen vom Staat erhalten können.

Schweiz

So kompliziert hilft die Schweiz

Sozialhilfe Erste Flüchtlinge aus der Ukraine erhalten in Kantonen und Gemeinden Geld. Aber die Abläufe sind fast nicht zu durchschauen.

Hans Brandt

Zweimal privat untergebrachte Flüchtlinge mit S-Status, einmal Kanton Bern, einmal Kanton Zürich. 270 Franken bar auf die Hand für zwei Erwachsene und ein Kind – und für eine Woche. «Kommen Sie nächste Woche wieder», heisst es in Bern. Und in Zürich: ein Scheck über 500 Franken für eine Einzelperson und einen Monat, nur am selben Tag in einer ganz bestimmten Filiale der Kantonalbank in Bargeld umtauschbar. «Ihr nächster Termin ist Ende April.»

Die ersten Ukraine-Flüchtlinge, die auf die Kantone weiterverteilt wurden, erhalten Geld. Aber wie genau, wie viel genau, zu welchen Bedingungen – das wissen weder die Betroffenen noch deren Schweizer Gastgeberinnen. Es hängt zentral davon ab, in welchem Kanton und welcher Gemeinde sie sich befinden.

Die Grundsätze sind immerhin klar: Flüchtlinge können in einer Notlage praktisch sofort Nothilfe erhalten – einen vergleichsweise tiefen Betrag, um dringende Bedürfnisse zu befriedigen. Langfristig haben Geflüchtete mit Schutzstatus S Anrecht auf Sozialhilfe – aber zu einem geringeren Ansatz als die Sozialhilfe für Schweizer und Schweizerinnen.

«Asylsozialhilfe» regelt jeder Kanton selbst

Der Bund zahlt den Kantonen pro Monat und pro anerkannte Person mit Schutzstatus S die sogenannte Globalpauschale 1 von etwa 1500 Franken – der Betrag fällt je nach Kanton etwas anders aus. Damit soll ein grosser Teil der Kosten der Kantone abgedeckt werden: Etwa 400 Franken sind für die Krankenkasse vorgesehen, etwa 600 für Sozialhilfe, etwa 200 für Miete und knapp 300 für Verwal-

tung. Das Geld wird nicht direkt an eine Person gezahlt und ist auch nicht an eine bestimmte Person gebunden: Es handelt sich um eine Subvention des Bundes für die Kantone.

Wie genau die «Asylsozialhilfe» verteilt wird zwischen Kanton, Gemeinden und Betroffenen, regeln Kantone und Gemeinden selbst. Es gibt dafür Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos), an die sich aber nicht alle halten. Wie viel Geld Geflüchtete erhalten, muss in jedem einzelnen Fall festgestellt werden.

«Wenn Schweizer Behörden Steuergelder im ordentlichen Verfahren auszahlen, steht dahinter ein administrativer Prozess», erklärt Gaby Szöllösy, Generalsekretärin der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren. «Das ist richtig so. Das ist ja auch bei Schweizerinnen und Schweizern so, wenn sie Sozialhilfe er-

«Unaufschiebbare wirtschaftliche Hilfe muss in dringenden Fällen sofort geleistet werden.»

Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (Skos)

halten.» Aber das braucht Zeit – und viele Flüchtlinge aus der Ukraine haben kaum noch eigene Mittel, um die Wartezeit zu überbrücken.

Immerhin: «Unaufschiebbare wirtschaftliche Hilfe muss in dringenden Fällen sofort geleistet werden», schreibt die Skos. Und das ist wohl bei den eingangs erwähnten Fällen geschehen: Ihre Berechtigung für Sozialhilfe wurde noch nicht geprüft. Aber sie haben vergleichsweise unbürokratisch Geld erhalten – allerdings nur mit erheblicher Unterstützung ihrer Gastgeber.

Eine Rückerstattung ist denkbar

Irgendwann wird das Anrecht auf Sozialhilfe der Personen mit S-Status genau geprüft. Es geht um persönliche Verhältnisse, um Einkommen und Vermögen. Die Skos empfiehlt eine grosszügige Vorgehensweise: Für min-

destens die ersten sechs Monate soll es keine Rolle spielen, ob aus der Ukraine Geflüchtete noch Besitztümer in ihrem Heimatland haben.

Auch Wertsachen, die sie mitgebracht haben, etwa Schmuck oder Autos, sollen ein halbes Jahr lang nicht ins Gewicht fallen. Wenn die Menschen aber länger als sechs Monate bleiben, müssen sie ihre Wertgegenstände wohl zu Geld machen und womöglich auch versuchen, sich vom Vermögen in der Ukraine selbst zu finanzieren.

Eine Rückerstattung der vom Staat gezahlten Hilfe ist denkbar. Wer etwa eine Arbeit findet, könnte verpflichtet werden, einen Teil der zuvor erhaltenen Sozialhilfe zurückzuzahlen. «Es wird empfohlen, auf die Prüfung einer Rückerstattungspflicht in den ersten zwölf Monaten zu verzichten», schreibt die Skos. Aber auch hier entscheidet jeder Kanton für sich.

Kultur & Gesellschaft

Borschtsch kochen, Deutsch lernen

Tagebuch einer Gastfamilie Unser Autor hat sieben Menschen aufgenommen, die aus der Ukraine fliehen mussten. Seine Erfahrungen mit ihnen und den Asyl- und Sozialbehörden hat er in einem Tagebuch festgehalten.

Christoph Heim

— 18. März: Ankunft in Basel
Anruf um 10 Uhr morgens. Das Staatssekretariat für Migration meldet sich telefonisch. Um 14 Uhr sei die ukrainische Familie abholbereit. Unmittelbar an der Grenze zu Deutschland. Beim Bässlergut, einem Gefängnis.
Endlich kommt Iryna, eine 40-jährige Frau in sportlicher Kleidung. Wir begrüßen sie. Später kommen die drei Kinder dazu. Sie tragen alle einen Rucksack, in dem die nötigsten Dinge verstaут sind.

Iryna erzählt in gebrochenem Englisch von ihrer Odyssee durch halb Europa. Sie kommt aus Charkiw, der zweitgrössten ukrainischen Stadt unweit der russischen Grenze. Die halbe Stadt sei dem Erdboden gleichgemacht worden. Sie erzählt, dass sie über Moldau, Rumänien, Ungarn, die Slowakei – wir nehmen Google Maps zu Hilfe, um die Reiseroute nachzuvollziehen – nach Polen gefahren sei und dann quer durch Deutschland nach Basel. 2300 Kilometer in ihrem dunkelgrauen, staubbedeckten Skoda. Unterwegs hätten sie im Zelt geschlafen. Oder in Schlafsäcken in einem winzigen Zimmer. Ja, sie habe die Reise mit ihrer Freundin Alona gemacht.

Mein Frau und ich sagen Iryna, dass Alona auch bei uns Unterschlupf finden könne. Wenn sie schon zusammen gereist sind, warum sollen sie nun nicht auch zusammen bei uns wohnen? Alona kommt hinzu und ruft ihre Familie zusammen. Sie stellt uns ihre Tochter Maiia und ihre Mutter Raia vor. Aus vier Personen sind sieben geworden. Wie wird das wohl gehen?, frage ich etwas bange meine Frau.

— 20. März: Der Borschtsch
Es wird jetzt halt alles etwas enger als ursprünglich gedacht. Nach ihrer Ankunft zeigen wir unseren neuen ukrainischen Freundinnen die Zimmer. Wir gehen in den ersten Stock, dann auf den ausgebauten Estrich. Wir gehen hoch und runter, und die Ukrainerinnen besprechen sich. Eine Stunde später ist klar: Raia, die Grossmutter, hat ein Einzelzimmer. Die beiden Mütter teilen sich einen Raum, die beiden Brüder einen andern und die zwei Mädchen gehen hinauf unters Dach.
Am Sonntag dann nimmt Raia die Küche den ganzen Tag in Beschlag. Ihr Kochprojekt in der fremden Küche: Borschtsch. Eine Suppe mit Gemüse und Fleisch, die auf Besuch gekommen sind, den Borschtsch sowie Spareribs und Würstchen vom Grill. Die Suppe schmeckt wirklich gut, aber wir müssen sie im Gegensatz zu unseren Gästen nicht jeden Tag haben.

— 23. März: Die Schule
Ich habe am Montag in der Schule angerufen. Es ging unheimlich schnell, kurze Zeit später erhielt ich per Mail die Anmeldeformulare. Wir füllten sie mit unseren



Deutsch lernen im Wohnzimmer der Gastfamilie in Oberwil BL: Iryna, Mikolaj, Raisa, Autor Christoph Heim und Alona (von links). Foto: Lucia Hunziker

Gästen aus. Schon am nächsten Tag teilte uns die Schulleiterin die Klassenzuteilung mit. Maiia ist jetzt bei Frau Schmid, Dascha bei Frau Sieber, die eine in der sechsten Klasse, die andere in der vierten. Das Wichtigste: Der Empfang von Lehrerinnen und Schülern ist überaus herzlich. Sofort kommen neugierige Kinder hinzu und unterhalten sich auf Englisch mit den ukrainischen Mädchen.

— 28. März: Sind wir Helden?
Wenn man ukrainische Flüchtlinge aufnimmt, dann ist einem ein gewisser Applaus gewiss. Man kann das als «social return on investment» bezeichnen. Denn natürlich ist das Beherbergen von Flüchtlingen nicht gratis. Man muss das Haus einigermassen in Schuss bringen, man darf sich stundenlang auf die Gäste einlassen, und man muss, solange die Sozialhilfe nicht greift, die Flüchtlinge finanziell unterstützen.

Unserem Nachbar gefiel übrigens unser Engagement so gut, das er sich kurzerhand an den Computer setzte, eine Lobeshymne auf uns als Gastfamilie verfasste und seine Freunde und Bekannten zum Spenden aufrief. Sein Crowdfunding ist ein riesiger Erfolg.
Jeden zweiten Tag beschenkt er uns mit einem Geldbetrag, der uns jedes Mal von neuem sprachlos macht. Und gestern lag auch ein Couvert von einer uns bekannten Familie im Briefkasten, in dem sich eine blaue Note und anerkennende Worte befanden. Wir bedanken uns hier aus-

Unsere sieben
Flüchtlinge
bekommen
vom Sozialamt
pro Monat exakt
316.20 Franken
pro Person.

drücklich bei unseren Gönnern. Ihre Unterstützung ist sehr willkommen.

— 29. März: Wohngemeinschaft
Die Aufnahme von Flüchtlingen geht mit dem Verlust von Privatheit zusammen. Es braucht auch Regeln für das Zusammenleben, die man am besten gemeinsam mit den Gästen entwickelt. Im Gegenzug lernt man aber auch neue und interessante Leute kennen, die man bei der Integration in die Schweizer Gesellschaft unterstützen kann. Nach zwei Jahren Covid-19, Homeoffice und Zoom-Sitzungen und dem weitgehenden Verzicht auf soziale Kontakte entfaltet das durchaus eine wohl-tuende Wirkung.

Inzwischen haben wir uns entschlossen, dass wir nur ausnahmsweise mit unseren Gästen

zusammen essen, ein- oder zweimal die Woche. Sonst ist die Küche offen und kann von den Gastgebern oder den Gästen benutzt werden. Pfannen, Geschirr und Grundnahrungsmittel wie Tee, Zucker und Mehl stehen beiden Parteien zur Verfügung.

Für das Management des täglichen Bedarfs an frischen Lebensmitteln haben wir kürzlich unseren kleinen Kühlschrank aus dem Keller in die Küche transportiert. Nun können die beiden ukrainischen Familien den grossen Einbaukühlschrank benutzen, während meine Frau und ich den Ersatz für uns haben.

— 1. April: Neue Schule
Gestern meldeten sich die Schulen mit mehreren Mails. Alles wird anders, jedenfalls für die Mädchen, die schon eine Woche die Primarschule besucht haben. Man versuchte, sie zuerst in Regelklassen zu integrieren. Aber inzwischen sind derart viele Flüchtlinge in unserem Dorf, dass es sich anbietet, Spezialklassen für ukrainische Kinder zu bilden, wo sie ein intensives Deutschtraining erhalten. Nun werden Dascha und Maiia also ab Montag eine neue Klasse in einem anderen Schulhaus besuchen. Sie haben zwei Lehrerinnen, eine aus der Schweiz und eine aus der Ukraine.

Auch die beiden Buben, der eine ist 13 und der andere 15 Jahre alt, können ab Montag zur Schule. Das Rektorat der Sekundarschule schickte gestern den Stundenplan und teilte mit, wer

die neue Klasse für ukrainische Sekschüler betreut. Es ist eine ukrainische Lehrerin, die Deutsch und Ukrainisch spricht. Vorgesehen sind zehn Stunden Deutsch pro Woche, ergänzt um eine Stunde Geografie und eine Stunde Geschichte. Dazu kommen sechs Stunden Mathematik, zwei Stunden technisches Gestalten und zwei Stunden Sport.

— 2. April: Verzweigte Familie
Alona und Iryna sind tagtäglich mehrere Stunden mit Menschen in der Ukraine in Kontakt. Mischa, Irynas Ehemann, war vor einer Woche in der Schweiz, um hier Asyl zu beantragen. Dann machte er sich auf nach Litauen, wo er seine Stelle in einer Mechanikerwerkstatt kündigte. Er kommt nun wieder in die Schweiz und nimmt auf dem Rückweg Valeria mit. Sie war seine erste Ehefrau und die Mutter der beiden Buben, die mit Iryna in die Schweiz gefahren sind.

— 5. April: Abweisende Behörde
Am Montagmorgen haben wir das kantonale Amt für Migration und Bürgerrecht in Frenkendorf besucht, um für Alona und Raia die biometrischen Daten für den Ausweis Schutzstatus S aufzunehmen. Das Amt befindet sich in einem heruntergekommenen Bürohaus auf einem Gewerbeareal, das man kaum findet. Als wir endlich vor dem Amt für Migration und Bürgerrecht standen, trauten wir unseren Augen nicht: Ein weniger einladendes Büro hätte sich der Kanton nicht an-

mieten können. In Baselland betritt man die Schweiz über den Hintereingang.

Für jeden Flüchtling erhalten die Kantone vom Bund einen Betrag von 1500 Franken. Bei unseren sieben Flüchtlingen kommen davon pro Person und Monat exakt 316.20 Franken an. Das sind ein bisschen mehr als 20 Prozent des Bundesbeitrags. Das schreibe das kantonale Sozialhilfegesetz so vor, lassen wir uns von der Sozialarbeiterin erklären.

Immerhin, das wollen wir der Gerechtigkeit halber noch anfügen, haben wir die drei Frauen, die bei uns wohnen, für einen vier Wochen dauernden Intensiv-Deutschkurs anmelden können, der für jede fast 800 Franken kostet und von der Sozialhilfe bezahlt wird.

— 11. April: Deutschkurs startet
Heute gingen unsere drei erwachsenen Gäste erstmals in den Deutschkurs in der Migros-Klubschule. Raia berichtete nach dem Mittagessen, dass sie in dem Kurs neun Menschen aus der Ukraine gezählt habe und dass wohl ebenso viele aus anderen Ländern dabei seien, aus Kuba, aus Thailand, aus Syrien. Sie habe schon am ersten Tag «Guten Tag» und «Danke» gelernt, sie wisse jetzt, was ein «Kochtopf» und ein «Tisch» sei, und sie hätten im Kurs auch schon ein paar Verben wie «kommen» und «gehen» verwendet.

Lesen Sie das vollständige Tagebuch auf unserer Website.

«Wir lernen Deutsch, damit wir Arbeit finden»

Ukrainerinnen auf Stellensuche Sie kämpfen mit tiefen Löhnen und Überqualifikationen. Zu Besuch bei Betroffenen in Innertkirchen BE.

Simone Luchetta

Innertkirchen, zuhinterst im Haslital im Berner Oberland, ein beschaulicher Ort mit 1100 Einwohnern. Im Chalet «Uf em Egg» schart sich eine Handvoll Frauen um einen Computer. Sie lernen Deutsch, im Fernkurs. Ihre Lehrerin unterrichtet aus der Ukraine. «Deshalb kostet der Kurs wenig, und wir legen das Geld dafür zusammen», sagt Yulia Grechka auf Englisch: «Wir wollen Deutsch lernen, damit wir eine Arbeit finden.»

Grechka ist eine von 22 Flüchtlingen, die vor rund einem Monat in den Ferienwohnungen «Uf em Egg» Unterschlupf gefunden haben. Es sind fast ausschliesslich Frauen, zwischen 30 und 40 Jahre alt, mit ihren Kindern. Viele sind mit ihren Autos eingereist und haben ihre Katzen und Hunde mitgebracht. Ihre Männer indes mussten sie im Krieg zurücklassen.

Die Frauen sind es gewohnt zu arbeiten

Deshalb ist diese Fluchtbewegung so weiblich geprägt wie keine zuvor. Nach Angaben des Staatssekretariats für Migration sind rund 70 Prozent der 25'000 Geflüchteten, die sich seit Kriegsausbruch in der Schweiz angemeldet haben, weiblich. Vier von zehn Erwachsenen sind allein mit ihren Kindern gekommen.

Viele unter den Schutzsuchenden sind gut ausgebildet, wie eine Analyse von Jobcloud, dem Schweizer Online-Personaldienstleister, erstmals zeigt. Sie führten vor dem Krieg ein selbstbestimmtes Leben. Die Frauen sind es gewohnt zu arbeiten und gewillt, in der Schweiz ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Doch sie merken bald: Trotz Schutzstatus S, der sofortiges Arbeiten erlaubt, und einem ausgetrockneten Stellenmarkt ist es nicht leicht, in der Schweiz einen passenden Job zu finden. Die grössten Hürden sind die Sprache – sie sollten Englisch oder eine Landessprache können – und die mangelnden Kinderbetreuungsangebote. «Die geflüch-



Möchten bald wieder ein unabhängiges Leben führen: Ukrainerinnen mit ihren Kindern vor dem Schulhaus in Innertkirchen BE. Foto: Christian Pfander

teten Frauen mit kleinen Kindern suchen meistens verzweifelt nach Kinderbetreuungsoptionen. Daher kommen sie kaum zur Jobsuche», sagt Sasha Volkov vom Ukrainischen Verein in der Schweiz: «Einzig jene können suchen, die eine Oma aus der Ukraine mitgenommen haben.»

Das bestätigen die Ukrainerinnen «uf em Egg». «So modern die Schweiz in vielen Dingen ist – in Sachen Kinderbetreuung ist es hier wie im letzten Jahrhundert», sagt Yulia Grechka lachend, und ihre Freundin Viktoriya Onufrieva nickt.

Die beiden wohnen mit ihren drei Kindern in einem der Ferienapartments von Gemeinderat Daniel Abplanalp. Bis Ende Mai können alle hierbleiben, dann beginnt die Tourismussaison.

Dafür sind sie dankbar. Die Fensterfront gibt den Blick frei auf die schneebedeckten Berge um Grimsel- und Sustenpass.

In der Ukraine könnten Eltern ihre Kinder bereits mit sechs Monaten in die Krippe bringen, erzählen sie. Sämtliche Betreuungskosten übernehme der Staat. Anders in der Schweiz. Hier trägt in der Regel der Staat anfallende Kita-Kosten nur, wenn die Familie Sozialhilfe bezieht. Alle anderen können Unterstützungsbeiträge dafür die beantragen, die Höhe ist abhängig vom Einkommen. Das gilt auch für Familien mit Schutzstatus S. Die meisten von ihnen dürften davon Gebrauch machen, zumal die Asylsozialhilfe knapp bemessen ist. Eine Mutter mit zwei Kindern bekommt, je nach

Kanton, zwischen 800 und 1500 Franken, wie die «SonntagsZeitung» aufzeigte.

Missbräuchliche Stellenanzeigen

Nichtsdestotrotz lassen sich die Frauen in Innertkirchen nicht entmutigen. Unterstützt werden sie von der Gemeinde, die derzeit 45 geflüchtete Personen beherbergt. Für die Kinder wurde im Schulhaus sogleich eine Spezialklasse geschaffen. «Die fünfzehn Mädchen und Buben lernen zuerst vor allem Deutsch», sagt Schulleiter Berti Kübler.

Das entlastet. Auch Yulia Grechka. Während ihre 10-jährige Tochter in der Schule ist, kann sie einen Job suchen. Die studierte Politikwissenschaftlerin ist begehrt, sie spricht fließend Eng-

lisch und konnte sich bereits bei vier Unternehmen vorstellen – virtuell via Zoom. Bei einem Start-up in Zürich ist sie nach dem dritten Gespräch noch immer im Rennen. 6000 Franken netto würde sie verdienen – «für Zürich nicht gerade viel», findet sie.

Mit Abstrichen müssen die Flüchtlinge zurechtkommen. In ihrem Leben vor dem Krieg führte die 32-Jährige in der Hauptstadt Kiew eine Personalvermittlung. Sie hatte sie zusammen mit Viktoriya Onufrieva aufgebaut. Aus der Schweiz lasse sich ihr Business indes nicht weiterführen: «Wir hätten zwar noch ein paar Firmenkunden, aber das Geld, das wir damit verdienen, ist in der Schweiz kaum etwas wert.» Jetzt sucht sie einen Job als Personalverantwortliche.

«Es tut weh, dass wir Arbeiten annehmen müssen, für die wir überqualifiziert sind – nur wegen der Sprache», sagt Grechka. Eine Realität, die Mitgründerin Onufrieva hart zu spüren bekam.

Die 36-Jährige hat einen Masterabschluss, spricht aber nicht fließend Englisch. Durch Vermittlung im Dorf hat sie in einem nahen Hotel-Restaurant eine Stelle gefunden: Ab Mai wird sie dort servieren, fünf Tage die Woche, für 3000 Franken netto. Ist das genug? Sie zuckt mit den Schultern. Ihr eigene Firma brachte ihr daheim das Doppelte ein. Aber sie hat ein Ziel: «Ich will unbedingt Deutsch lernen, um meine Chancen zu verbessern und unabhängig zu sein.»

Immerhin: Für ihre beiden Kinder Alisa (8) und Leo (12) ist gesorgt, während sie arbeitet. Die Ukrainerinnen helfen einander beim Kinderhüten aus.

Grechka, die in der Gemeinschaft vieles organisiert und übersetzt, warnt. Sie bekomme immer wieder Stellenanzeigen zu sehen, in denen erwartet werde, dass Flüchtlinge für 1000 Franken pro Monat babysitten oder den Haushalt machen würden. Das ist nicht legal: «Aber viele wissen das nicht.» Jeder Arbeitsvertrag muss dem Arbeitsamt vorgelegt werden, um missbräuchliche Anstellungen zu vermeiden.

Es komme auch vor, dass Gastfamilien ihre Beherbergten als günstige Arbeitskräfte vermittelten. So tritt eine andere Frau, Texterin vor dem Krieg, mit einem Kind und dürftigen Englischkenntnissen demnächst eine 50-Prozent-Stelle im Hotel einer Freundin ihres Gastgebers an. Sie erhält 1080 Franken Monatslohn. Abgezogen sind Versicherungen, Kost und Logis.

Ob Yulia Grechka den Job beim Start-up in Zürich annehmen würde, weiss sie noch nicht. «Ich habe die Wahl, entweder hier in der Region unter meinem Niveau zu arbeiten oder meine Freundinnen zu verlassen. Beides ist hart», sagt sie und verdrückt eine Träne.

Weiblich, zwischen 25 und 45 Jahre alt und gut ausgebildet

Statistik Aktuelle Daten der Stellenvermittlungsfirma Jobcloud geben erstmals Auskunft über das Bildungsniveau der Geflüchteten.

Vor wenigen Wochen sind die Ersten in die Schweiz gekommen, jetzt suchen die ersten der über 25'000 registrierten geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainer bereits eine Arbeit.

Aktuelle Daten der Stellenvermittlungsfirma Jobcloud geben erstmals Auskunft über das Bildungsniveau dieser Menschen oder die Berufe, die sie in ihrer Heimat ausgeübt haben. Die Daten stammen von rund 1600 Flüchtlingen, die auf den Portalen jobs.ch, jobup.ch und jobscout24.ch ein entsprechendes Onlineformular ausgefüllt haben.

Gemäss dieser Erhebung sind über drei Viertel der Eingereisten Frauen. Der Befund bestätigt somit das Bild der weiblich geprägten Fluchtbewegung. Er überrascht aber nicht, da die wehrpflichtigen Männer in der Ukraine das Land nicht verlassen dürfen.

Die durchschnittliche Stellensuchende ist 36-jährig, die meisten Personen sind zwischen 25 und 45 Jahre alt. Und sie sind arbeitswillig: 92 Prozent suchen einen

Vollzeitjob – und fast alle ab sofort. Die Umfrage bestätigt damit unsere Erfahrungen bei einem Besuch bei Ukrainerinnen in Innertkirchen BE.

Die Jobcloud-Daten bestärken zudem die auch von Bundesrätin Karin Keller-Sutter geäußerte Vermutung, wonach die Personen aus der Ukraine gut ausge-

bildet seien. Tatsächlich haben drei von vier der Jobsuchenden einen Hochschulabschluss. Allerdings ist anzunehmen, dass auch Menschen mit minderer Ausbildung in die Schweiz gekommen sind, sich diese aber noch nicht auf Stellensuche gewagt haben.

Sprachen sind ein Problem

Als grösste Herausforderung bei der Jobsuche gelten für ukrainische Menschen in der Schweiz mangelnde Sprachkenntnisse. Wer weder Deutsch noch Englisch spricht, gilt als «nicht vermittlungsfähig» und kann sich etwa beim RAV nicht anmelden.

Tatsächlich geben nur wenige Stellensuchende an, gut Deutsch zu sprechen. Französisch- oder Italienischkenntnisse fehlen praktisch ganz. Immerhin: Viele können Englisch, und fast alle beherrschen, neben der ukraini-

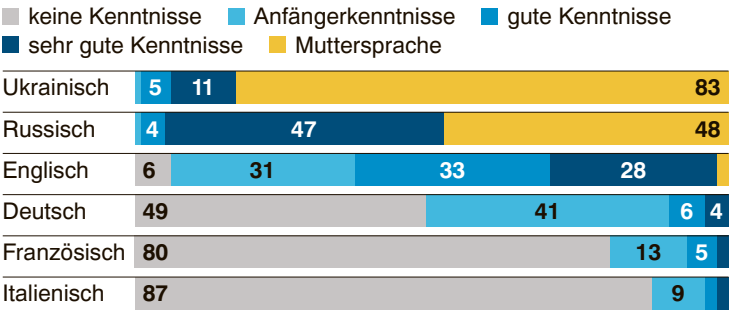
schen Muttersprache, auch Russisch. Über die Hälfte der Ukrainerinnen und Ukrainer ist mit der Familie in der Schweiz eingetroffen – die meisten Frauen mit Kindern – und kaum jemand mit Partner oder Partnerin. Ein knappes Viertel gibt an, allein gekommen zu sein. Sie alle waren in ganz unterschiedlichen Berufen tätig, vom Gärtner über die Personalverantwortliche bis zur Softwareentwicklerin sei alles dabei.

Das Staatssekretariat für Migration (SEM) erfasst in einem Formular ebenfalls Daten zu Beruf und Ausbildung der Flüchtlinge, wenn sie sich als Schutzbedürftige registrieren. «Aber bis jetzt fehlt noch die Möglichkeit, diese Angaben statistisch auszuwerten», heisst es beim SEM. Eine Lösung sei aber in Arbeit.

Simone Luchetta

Knapp zwei Drittel der ukrainischen Jobsuchenden sprechen gut Englisch, drei Viertel haben einen Hochschulabschluss

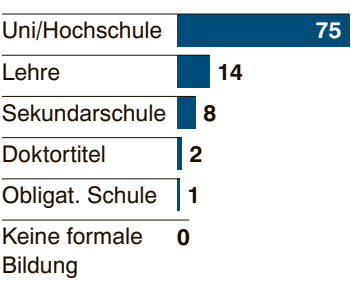
Sprachkenntnisse der Ukrainerinnen und Ukrainer, die eine Stelle suchen, in %



Umfrage unter 1600 Menschen aus der Ukraine auf Jobcloud.ch

Grafik: luc, mrue / Quelle: Jobcloud.ch

Höchster Abschluss der Ukrainerinnen und Ukrainer, die in der Schweiz eine Stelle suchen, in %



Keine Zeit für Bürokratie

Integration von Flüchtlingen Während anderswo mit dem Prüfen von Unterlagen und der Anerkennung von Diplomen viel Zeit verstreicht, zeigt die Basler Confiserie Schiesser, dass die Eingliederung ukrainischer Flüchtlinge in die Arbeitswelt auch einfacher geht.

Dorothea Gängel

Mitten in den Vorbereitungen für Ostern erhält Stephan Schiesser, Inhaber der Confiserie Schiesser am Marktplatz, eine ungewöhnliche Anfrage. Eine seiner Mitarbeiterinnen sucht eine Beschäftigung für eine Frau, die mit ihren beiden Söhnen aus der Ukraine geflohen ist. Nun, da die Söhne einen Platz in der Schule gefunden haben, hätte deren Mutter den Rücken frei und fühle sich allein in der für sie fremden Stadt. Am nächsten Tag steht Larissa aus Kiew im Packraum der Confiserie und hilft bei der Produktion der Osterpäckli.

Während andere Unternehmen in der Region langwierige Abklärungen mit Behörden treffen, viel Zeit verlieren, um Zeugnisse und Diplome anerkennen zu lassen, haben Rosalba und Stephan Schiesser schnell und unbürokratisch reagiert. «Uns ging es darum, der Frau ein soziales Umfeld zu bieten und eine Ablenkung von dem, was sich in ihrer Heimat abspielt», so Schiesser.

Drei Frauen, ein Schicksal

Das Beispiel machte Schule. Zwei weitere Frauen, Veronika aus Kachowka und Anna aus Saporschtscha, suchten den Kontakt zu den Schiessers und fanden eine Anstellung. Neben dem Gefühl, etwas Nützliches tun zu können, schätzen die drei Frauen auch den Austausch. Sie alle teilen das gleiche Schicksal, haben ihr Leben lang gearbeitet und können sich gegenseitig stützen, trösten und Halt geben.

Larissa vermisst ihre Heimat sehr. Während wir reden, zeigt sie immer wieder Fotos auf ihrem Handy von zerbombten Häusern und Leichen am Strassenrand. Selbst im Packraum der Confiserie ist der Krieg gegenwärtig. Als die ersten Bomben in Kiew einschlugen, floh sie mit ihren Söhnen in eine Bahnunterführung. Zehn Tage lebten sie dort, dann



Fanden nicht nur Arbeit, sondern auch Halt: Larissa, Anna und Veronika (v. l.) packen in der Confiserie Schiesser mit an. Foto: Dominik Plüss

waren sie am Ende. Mit einer anderen Familie machten sie sich auf in Richtung polnischer Grenze. «Mein Mann kämpft an der Front», sagt Larissa unter Tränen. Zu ihm möchte sie zurück und zu ihrer Arbeit in einem Reisebüro. Ob und wann das möglich sei, das stehe in den Sternen.

Veronika hat in der Ukraine ihren Mann und ihr eigenes Geschäft für Kinderkleider zurückgelassen. «Ich vermisse alles», sagt sie. In nur zehn Minuten habe sie das Nötigste gepackt, ein Freund habe ihr sein Auto geliehen, dann sei sie mit ihren

beiden Söhnen einfach losgefahren. In Binningen hat sie unkompliziert Unterkunft gefunden. Sie ist unendlich dankbar, dennoch möchte sie zurück in ihr Land – so schnell wie möglich. Dessen ist sich Schiesser bewusst. «Wir richten uns völlig nach den Bedürfnissen der Frauen», sagt er. Sie durften sich auch ihren Arbeitsplatz aussuchen. Gerade in der Osterzeit werde jede Hand gebraucht. Wie es danach aussieht, wird man sehen.

Dass alle drei Frauen für die Arbeit in der Confiserie überqualifiziert sind, spielt für nieman-

den eine Rolle. Auch nicht für Anna. Sie ist Ingenieurin, hat Energietechnik in der Ukraine studiert und sich vor vier Jahren mit einer kleinen Konditorei selbstständig gemacht. «Ich liebe Schokolade», sagt sie. Daher stimme für sie das Umfeld bei Schiessers. Zurück in die Ukraine möchte sie nicht mehr.

«Einfach nur helfen»

Zu diesem Entschluss hat ihr 16-jähriger Sohn Oleg, mit dem sie nach Basel kam, wesentlich beigetragen. Stolz zeigt Anna ein Foto des hochgewachsenen,

blonden Mannes. Er möchte Arzt werden, sagt sie in fließendem Englisch. Unterdessen hat er in Basel eine Modelagentur gefunden, für die er arbeitet. Nebenbei kann er seine guten Deutschkenntnisse noch als Lehrer in einer Klasse für ukrainische Kinder einsetzen.

Während wir reden, stösst Stephan Schiesser immer wieder zu uns. Wie sehr ihn jedes einzelne dieser Schicksale emotional berührt, merkt man ihm an. Dass er und seine Frau nicht lange gezögert haben, die Frauen bei sich einzustellen, und den

bürokratischen Aufwand einer Arbeitsbewilligung hintangestellt haben, entspricht ihrer Mentalität. «Wir möchten einfach nur helfen», sagt er. Ob er nicht Probleme mit den Behörden befürchte? «Das Seco kann kommen», lautet seine Antwort. Seit Jahren beschäftigt Schiesser bereits einen Flüchtling aus Pakistan. Er sei ausgebildeter IT-Spezialist und stehe nun Tag für Tag in seiner Backstube und backe Brötchen. «Er führt sich schon auf wie ein kleiner Chef», sagt Schiesser und lacht. Aber das sei völlig in Ordnung für ihn.

Basel hat nicht genügend günstigen Wohnraum für Geflüchtete

Ukraine-Krieg 75 Prozent der Flüchtlinge sind bei Gastfamilien untergebracht. Beim Umzug in eine eigene Wohnung wird es schwierig.

1280 Geflüchtete – so viele Ukrainerinnen und Ukrainer haben seit Ausbruch des Krieges in Basel Zuflucht gefunden. Die Aufnahme der auf Hilfe angewiesenen Menschen stellt die Behörden vor eine noch nie da gewesene Aufgabe. «Die Flüchtlinge mittel- und längerfristig unterzubringen, wird eine grosse Herausforderung», sagt Ruedi Illes, Leiter der Sozialhilfe Basel. «Es gibt zu wenig Wohnraum in Basel, vor allem günstigen Wohnraum.»

75 Prozent der Geflüchteten in Basel sind bei Gastfamilien untergebracht. Die Hilfe von Privaten hat in einem ersten Schritt die Behörden entlastet. Niemand will die Geflüchteten in Zivilschutzanlagen unterbringen müssen. «Die Anlagen können vorübergehend helfen, aber wir können die Menschen nicht über Jahre dort wohnen lassen», sagt Illes. Die Geflüchteten werden über kurz oder lang in eigene vier Wände ziehen wollen, aber dieser Schritt dürfte schwierig werden.

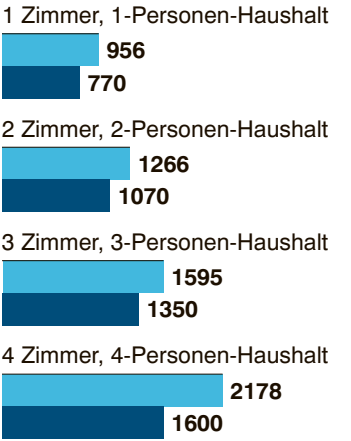
Sofort verfügbar sind in Basel-Stadt derzeit Wohnungen für 226 Personen, in den nächsten Wochen sollen nochmals so viele dazukommen. «In der ersten Maiwoche werden wir rund 450 Plätze haben», sagt Illes. Das reicht nicht aus, um allen Geflüchteten, die jetzt noch bei Gastfamilien wohnen, einen Platz zur Verfügung zu stellen. Auf dem freien Markt sind die Wohnungen oft zu teuer.

Menschen wollen in die Stadt

Denn: Die Flüchtenden erhalten in Basel fixe Beträge für den Mietzins, falls sie selber eine Wohnung mieten. Für einen Einpersonenhaushalt sind das monatlich maximal 770 Franken, bei zwei Personen 1070, bei drei Personen 1350, bei vier Personen 1600, und bei fünf und mehr Personen sind es 2100 Franken. Im Durchschnitt kosten in Basel Einzimmerwohnungen allerdings netto 956 Franken, Zweizimmerwohnungen 1266, Dreizimmer-

Das Geld vom Sozialamt reicht nicht zum Wohnen

Lesebeispiel: Eine 1-Zimmer-Wohnung kostet im Schnitt 956 Fr. pro Monat. Für einen 1-Personen-Haushalt zahlt das Sozialamt aber nur 770 Fr. Wohngeld.



■ Mittlere Nettopreise pro Zimmer
■ Max. Wohngeld pro Haushalt

Grafik and. mrue / Quelle: Kanton Basel-Stadt

wohnungen 1595, Vierzimmerwohnungen 2178 und Fünfstückwohnungen 3448 Franken.

Die Solidarität der Bevölkerung, insbesondere der Gastfamilien, beschert den Behörden somit eine Gnadenfrist. Doch bereits jetzt mehrten sich die Berichte von Problemen zwischen Gastfamilien und Geflüchteten.

Nicht nur Basel hat mit der Anzahl an zu vermittelnden Geflüchteten zu kämpfen. Auch in Bern, Zürich und im Kanton Tessin ist es zu einer Ballung von Ukrainerinnen und Ukrainern gekommen. Es hat sich gezeigt: Die Menschen wollen in die Städte. «Die Geflüchteten sind es gewohnt, in Städten zu wohnen, und viele von ihnen sind gut gebildet», sagt Illes. Sie schätzen ihre Chancen, in den Städten Arbeit zu finden, als besser ein denn auf dem Land.

Normalerweise wird die Zuteilung von Flüchtlingen in die Kantone durch einen strengen Verteilungsschlüssel kontrolliert. Zu Kriegsbeginn verzichtete man aber auf

eine strenge Verteilung: Den Menschen sollte schnell und unbürokratisch geholfen werden. «Teils hatten sich die Ukrainerinnen und Ukrainer bereits privat eine Wohnung gesucht, bevor sie sich bei der Sozialhilfe meldeten, oder waren bei Verwandten oder Freunden untergekommen», sagt Illes. Diese Wohnverhältnisse wollte man nicht auflösen.

Ein Ende ist nicht in Sicht

Das ändert sich in Zukunft. «Geflüchtete, die noch keinen Bezug zu privaten Gastgebern haben, sollen konsequent so auf die Kantone verteilt werden, dass bestehende Ungleichgewichte zwischen den Kantonen so weit wie möglich ausgeglichen werden können», gab das Staatssekretariat für Migration kürzlich bekannt. «Wir vermitteln Geflüchtete in Gastfamilien in Basel-Stadt, aber auf Anweisung des Kantons sind es momentan wenige», schreibt die Schweizerische Flüchtlingshilfe auf Anfrage.

Auch bei Personen, die bei der Registrierung angegeben, bereits über eine private Unterkunft zu verfügen, soll der Verteilungsschlüssel bei der Zuweisung an die Kantone grundsätzlich wieder eingehalten werden.

Inwiefern Ordnung in die schweizweite Verteilung der Flüchtenden gebracht werden kann, bleibt offen. Ein Ende der Flüchtlingswelle ist nicht in Sicht. Die Behörden stellen sich auf einen längerfristigen Aufenthalt der Ukrainerinnen und Ukrainer ein. In Basel hat die Sozialhilfe deshalb ihre Kapazitäten massiv ausgebaut. Genaue Zahlen nennt Illes nicht. «Wir erwarten mehr als eine Verdoppelung der Anzahl Personen, die wir betreuen, dementsprechend müsste auch das Personal mindestens verdoppelt werden – aber es ist illusorisch, dass wir so schnell Personal rekrutieren können, wie uns Flüchtende zugewiesen werden.»

Andrea Schuhmacher

Das tun Firmen für Geflüchtete

Telefon, Transport, Konto Schweizer ÖV- oder Telecomanbieter sowie zahlreiche Banken helfen Menschen aus der Ukraine mit Gratisangeboten. Die Hilfe ist meist zeitlich begrenzt.

Holger Alich, Jon Mettler
und **Edgar Schuler**

Der Krieg in der Ukraine tobt weiter, täglich beantragen derzeit zwischen 700 und 800 Menschen aus der Ukraine Asyl in der Schweiz. Mittlerweile sind rund 43'000 Anträge eingegangen.

Auch Schweizer Firmen engagieren sich, um zu helfen. Die meisten Hilfsangebote sind zeitlich begrenzt. Niemand weiss jedoch, wie lange die Geflüchteten hierbleiben müssen oder wollen.

— Bus und Bahnen

Die ÖV-Betreiber der Alliance Swiss Pass wollen vorerst bis 31. Mai Geflüchtete gratis in der zweiten Klasse transportieren. Als Billett wird der Ausweis für den Schutzstatus S akzeptiert oder die Bestätigung des entsprechenden Antrags.

Ob der Gratistransport über Ende Mai hinaus verlängert wird, ist derzeit noch offen und soll gemäss Alliance Swiss Pass erst kurz vor Ablauf der Frist entschieden werden.

— Telecom

Auch die Schweizer Telecomfirmen helfen, ebenfalls mit Ablaufdatum. Swisscom erlässt Menschen mit einer ukrainischen SIM-Karte bis Ende August die Roaminggebühren. Sunrise UPC erlässt Menschen mit einer ukrainischen Telefonkarte bis Ende Mai das Datenroaming.

Salt vergibt aktuell kostenlose Prepaid-Karten mit einem Startguthaben von 20 Franken an ukrainische Flüchtlinge. Sie müssen dafür eine gültige Aufenthaltserlaubnis mit Status S vorweisen und dürfen nicht bereits Salt-Kunde sein. Pro Person gibt der Mobilfunkbetreiber nur eine Karte ab.

Geflüchtete können bei Swisscom und Sunrise UPC zudem gratis eine Schweizer SIM-Karte bekommen. Damit können sie kostenlos in der ganzen Schweiz und in die Ukraine telefonieren. Zudem hat Sunrise UPC mit «1+1 international» einen ukrainischen TV-Kanal ins TV-Kabel-Angebot aufgenommen, ab Mitte Mai werde er auch bei Sunrise TV erhältlich sein.

Marktführer Swisscom hat nach eigenen Angaben bereits



Ohne Roaminggebühr: Zwei aus der Ukraine geflüchtete Frauen telefonieren mit Verwandten. Foto: Keystone

«mehrere Tausend SIM-Karten» an ukrainische Kriegsflüchtlinge abgegeben. Wie diese genutzt werden, legt das Unternehmen nicht offen.

— Konten und Karten

Geflüchtete mit dem Schutzstatus S erhalten je nach Kanton fi-

nanzielle Unterstützung in unterschiedlicher Höhe. Um am Wirtschaftsleben teilzunehmen, ist zudem ein Bankkonto unverzichtbar. Viele Banken bieten daher diesen Menschen Sonderkonditionen an. Bei der UBS, der Credit Suisse, der Basler Kantonalbank (BKB) und der Berner

Kantonalbank ist ein Zahlungsverkehrskonto für sie gratis – bei der UBS und der BKB zumindest im ersten Jahr.

Bei der Credit Suisse, der Basler und der Berner Kantonalbank ist für Geflüchtete aus der Ukraine sogar eine Debit-Maestro-Karte bzw. eine Visa-Debitkarte

im Angebot enthalten, bei der UBS kostet sie 50 Franken im Jahr. Und die Basler legen noch Freizeitgutscheine für Gratisentritte zu vielen Basler Institutionen obendrauf.

Ausgerechnet die staatliche Postfinance zeigt sich hier knausriger: Flüchtlinge mit Schutzstatus S bekommen zwar ein Konto. Sie müssen nach Angaben der Posttochter aber die gleichen Gebühren zahlen wie Herr oder Frau Schweizer.

Auch die grösste Kantonalbank des Landes, die Zürcher Kantonalbank, verlangt für ein Zahlungsverkehrskonto 12 Franken pro Jahr. Darin ist eine Kundenkarte enthalten. Wenn ein Geflüchteter auch eine Maestro-Karte haben will, muss er oder sie 40 Franken Jahresgebühr entrichten.

Bei Raiffeisen ist die Lage etwas unübersichtlich, weil die einzelnen Genossenschaften selbst ihre Konditionen festlegen. Grundsätzlich gälten aber die normalen Konditionen, teilt die Medienstelle mit.

— Gratiswohnungen

Die Grossbanken besitzen auch grosse Immobilienportfolios. Das Credit Suisse Asset Management stellt lokalen Behörden daher befristet 270 Wohnungen in vier ganz oder teilweise leer stehenden Immobilien zur Verfügung. Bei Bedarf biete die Bank interessierten Gemeinden bis zu 200 weitere freie Wohnungen an. Die Grossbank übernimmt dabei im ersten Jahr die Miete sowie die Nebenkosten.

Auch die UBS hat aus ihrem Immobilienbestand «eine Reihe» leer stehender Wohnungen temporär mietfrei zur Verfügung gestellt. Die ersten Wohnungen seien bereits Anfang März an eine Stiftung in der Region Bern übergeben worden.

Swiss Life, grösster privater Immobilienbesitzer der Schweiz, stellt ebenfalls Wohnungen zur Verfügung: «Primär fokussieren wir uns bei konkreten Anfragen seitens Gemeinden oder Kantonen auf frei werdende Mietwohnungen oder geeignete Gewerberäume, die beispielsweise aufgrund von mittelfristig geplanten baulichen Eingriffen freistehen», erklärte eine Sprecherin.

Schweiz

Jung, weiblich, gebildet

Flüchtlinge Zwei Monate nach Kriegsausbruch in der Ukraine weiss man mehr über die in die Schweiz geflüchteten Menschen – und wo sie sich aufhalten. Der Kanton Bern hat überproportional viele aufgenommen, die Westschweiz verhältnismässig wenige.

Christian Zürcher und
Alessandra Paone (Text),
Martina Regli und
Michael Rüegg (Grafik)

Mit der Erfahrung von zwei Monaten im Ausnahmezustand sagt David Keller, Krisenstabsleiter beim Staatssekretariat für Migration (SEM): «Inzwischen können wir sagen: Wir haben es im Griff.» Rund 40'000 Ukrainerinnen und Ukrainer wurden seither in der Schweiz registriert, die Zahl der täglichen Gesuche hat sich auf etwa 800 stabilisiert

Eine Nachfrage dieser Redaktion bei den 26 Kantonen zeigt, wie ungleich die Flüchtlinge verteilt wurden und wie mancherorts die Belastungsgrenze erreicht wurde. Beispielsweise in Städten wie Basel und Zürich, in Kantonen wie Bern, Tessin und auch Appenzell Ausserrhoden. Der Kanton mit 54'000 Einwohnern hat bis Freitag 446 Flüchtlinge aufgenommen, praktisch doppelt so viele, wie er laut nationalem Verteilschlüssel müsste.

Dies hat primär zwei Gründe. Einerseits hat die appenzell-ausserrhodische Bevölkerung viel Eigeninitiative gezeigt. So holte ein Diakon rasch nach Kriegsausbruch 120 Flüchtlinge in die Schweiz, ein Unternehmer zudem 42 ukrainische Mitarbeitende und ihre Angehörigen. Andererseits ging es eine Weile, bis das SEM aufzeigen konnte, welcher Kanton wie viele Flüchtlinge aufgenommen hat. Die Folge: In den Kanton Appenzell Ausserrhoden kamen Flüchtlinge, obwohl er sein Aufnahmesoll längst erreicht hatte. Andere Kantone wiederum haben ihr Soll längst nicht erreicht. Beispiele dafür: Aargau, Genf und St. Gallen.

Seit heute gilt nun ein von der Bevölkerungszahl abhängiger Verteilschlüssel. In Appenzell Ausserrhoden heisst das: Zuweisungsstopp.

Gastfreundliche Appenzeller

Das SEM hat die Schweiz in sechs Regionen eingeteilt (Bern, Zürich, Westschweiz, Nordwestschweiz, Ostschweiz und Tessin/Zentral-schweiz). Gemäss Verteilschlüssel müsste zum Beispiel die Westschweiz doppelt so viele Flüchtlinge aufnehmen wie Bern. Das ist in der ersten Phase des Ankommens nicht geschehen. Das zeigen die Zahlen. Bern hat mit rund 19 Prozent der Flüchtenden am meisten aller Regionen aufgenommen, die Westschweiz rund 17 Prozent (Sollwert: 25,6 Prozent).

Die Nachfrage bei den Kantonen zeigt zudem, dass die Mehrheit der Flüchtlinge bei Privaten untergekommen sind. Wobei jeder Kanton das Wort Private anders definiert. Bei einigen gehören dazu Hotels, bei anderen eben nicht. In Appenzell Ausserrhoden zeigt sich die Gastfreundlichkeit der Bevölkerung. 224 Flüchtlinge und damit die Hälfte aller Angekommenen wurden von Familien aufgenommen. «Wir sind vom Ausmass der Gastfreundlichkeit positiv überrascht», sagt Marco Kuhn vom Departement Gesundheit und Soziales. «Die Stimmung kann sich ändern, dessen sind wir uns bewusst.» Doch dazu gebe es momentan keine Anzeichen.

Wer die in die Schweiz geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainer sind und wo sie jetzt leben

Über 40'000 Menschen aus der Ukraine wurden laut Staatssekretariat für Migration (SEM) bis zum 23. April 2022 in der Schweiz registriert.

Alter und Geschlecht der Flüchtlinge

Die Altersangaben beziehen sich auf die Flüchtlinge, die zwischen dem 12. März und dem 20. April 2022 in der Schweiz registriert wurden. Gerundete Zahlen.

68,8%
sind weiblich,
31,2% männlich

30,5%
sind zwischen
0 und 15 Jahre alt

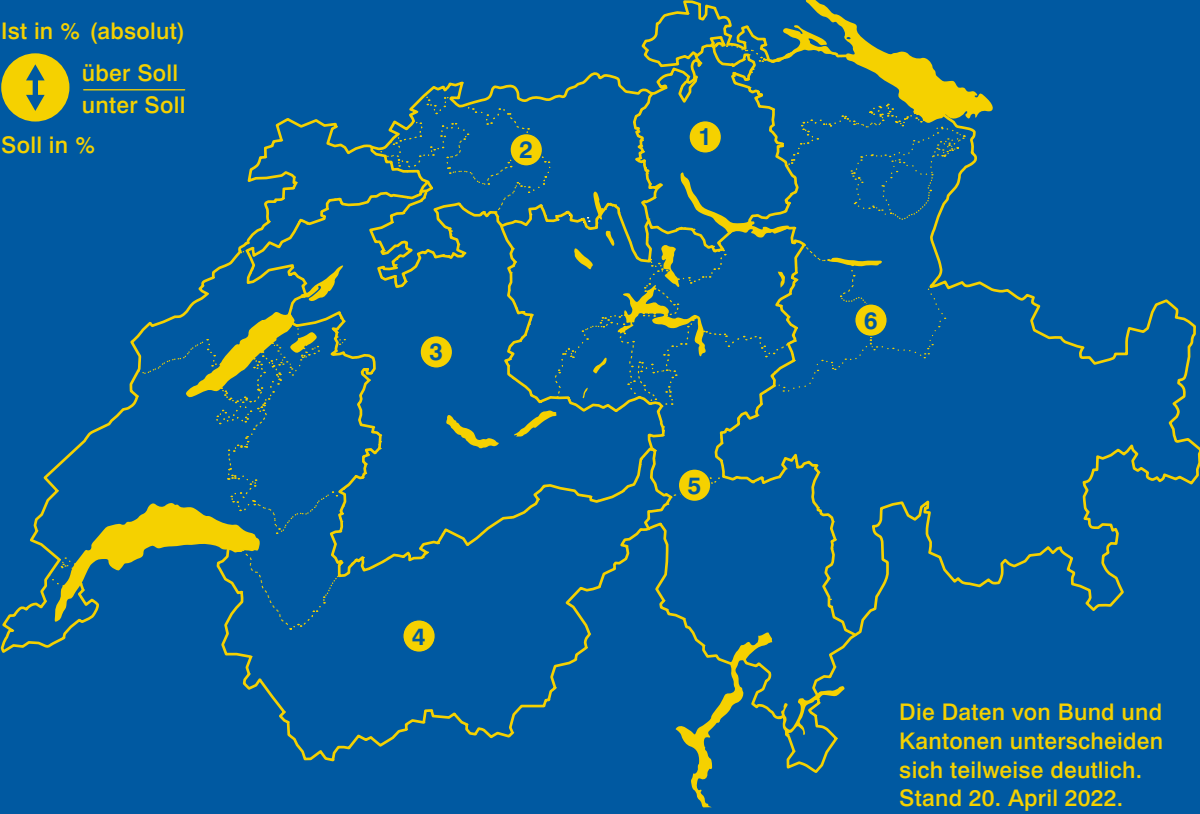
61,6%
sind im arbeitsfähigen Alter



Verteilung der Flüchtlinge in den 6 Regionen (Angaben SEM) und nach Kantonen (Angaben Kantone)

Lesebeispiel: Der Kanton Zürich hat 16,7% der Flüchtlinge (6482) aufgenommen, sollte aber 17,4% aufnehmen. Er liegt somit unter dem Soll.

Ist in % (absolut)
über Soll
unter Soll
Soll in %



- 16,7% (6482) Zürich
- 17,4%
- 16,3% (6308) Nordwestschweiz
- 16,8%
- 19,2% (7458) Bern
- 12,4%
- 16,5% (6403) Westschweiz
- 25,6%
- 16,8% (6496) Tessin/Zentral-schweiz
- 13,8%
- 14,6% (5653) Ostschweiz
- 14,0%

Anzahl aufgenommene Personen nach Kantonen		
ZH	7000	
BE	5502	
AG	2372	
BL	1582	
LU	1500	
GE	1351	
VS	1341	
TG	1288	
BS	1179	
SO	1072	
SG	1069	
GR	699	
NE	643	
ZG	641	
AR	446	
SH	430	
NW	235	
OW	180	
GL	140	
UR	124	
AI	99	
SZ	k. A.	
TI	k. A.	
VD	k. A.	
JU	k. A.	
FR	k. A.	

Die Daten von Bund und Kantonen unterscheiden sich teilweise deutlich. Stand 20. April 2022.

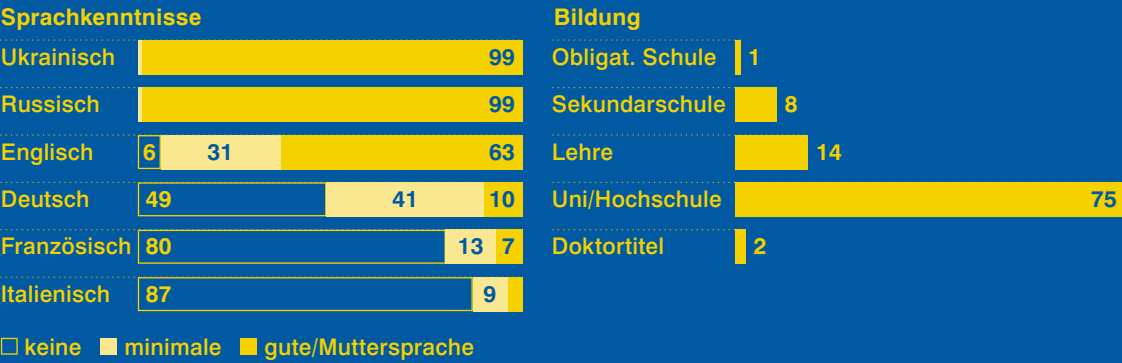
Kosten pro Person

Finanzielle Unterstützung in Franken pro Person und Monat, wenn sie privat untergebracht ist



Sprachkenntnisse und Bildung der Flüchtlinge, die eine Stelle suchen

Angaben in % (Umfrage unter 1600 Menschen aus der Ukraine auf Jobcloud.ch)



Ukrainisch meets Schwyzerdütsch

Starthilfe für Vertriebene Die sprachlichen Barrieren zwischen den Geflüchteten aus der Ukraine und ihren Schweizer Gastfamilien sind enorm. Die Anstrengungen, sie zu überwinden, ebenfalls.

Alessandra Paone
und **Markus Häfliger** (Text)
und **Nicole Philipp** (Foto)

Vor zwei Monaten lebte Igor (Name geändert) noch in der Millionenstadt Charkiw in der Ukraine, jetzt wohnt er mit seiner Frau und seinem Sohn im Berner 3000-Menschen-Dorf Mühleberg. Igor sitzt mit seinem Schweizer Gastgeber am Küchentisch, das Smartphone liegt vor ihm.

Igor, Anfang 40, kann weder Deutsch noch Englisch. Er diktiert dem Telefon auf Russisch seine gerade drängendsten Anliegen: «Ich habe keine Gebührenmarke für den Abfallsack mehr.» Eine Frauenstimme der Übersetzungs-App von Google dolmetscht in-ner Sekunden.

Dann beginnt der Gastgeber: «Kommt ihr am Sonntag mit zum Dorffest auf dem Schulhausplatz?» Die Frauenstimme aus dem Telefon übersetzt auf Russisch, die Hauptsprache vieler Ostukrainer.

Tausendfach finden solche Gespräche in der Schweiz in diesen Tagen statt. Etwa die Hälfte der bis jetzt rund 45'350 registrierten Flüchtlinge sind privat untergebracht. Manche sprechen gut Englisch, bei anderen sind die Fremdsprachenkenntnisse bestenfalls rudimentär – teilweise selbst bei Menschen mit ukrainischem Hochschulabschluss. Doch zum Glück gibt es Apps wie den Google-Übersetzer oder den Microsoft-Translator.

Diese Programme haben in den letzten Jahren derart grosse Fortschritte gemacht, dass sie heute sogar gesprochene Sprache dolmetschen. Was dabei herauskommt, ist manchmal sehr nützlich, manchmal zum Verzweifeln. Als der Gastgeber erzählt, soeben sei eine nahe Verwandte gestorben, lacht Igor laut. Der Algorithmus hat die Todesnachricht auf Russisch in irgendeinen schlechten Scherz verwandelt.

Sprachkurs aus dem Boden gestampft

Auch Lea Dürig spricht in ihr Smartphone: «Zwei Frauen von der Zeitung sind da. Seid ihr einverstanden, wenn sie Bilder von euch machen?» Sekunden später ertönt eine Stimme aus dem Gerät, die das Gesagte auf Ukrainisch übersetzt. Die vier Frauen schauen sich an, lächeln verlegen und nicken.

Sie heissen Sasha (35), Vika (27), Marharyta (29) und Tatjana (29) und sind mit ihren Kindern vor dem Krieg geflüchtet. Jeden Montagnachmittag besuchen sie in der Pfrundscheune in Radelfingen den Deutschkurs, den Lea Dürig ins Leben gerufen hat. Die 27-Jährige ist seit 2020 Pfarrerin in der kleinen Berner Gemeinde. «Kommt es gut heute?», fragt sie die Frauen und hält den Daumen hoch. Wieder nicken sie.

Zwei Wochen nach Kriegsausbruch kamen die ersten Geflüchteten in Radelfingen an. Der reformierte Kirchgemeinderat wollte etwas unternehmen und rief ein wöchentliches Friedensgebet ins Leben. «Das ist eine sehr schöne Geste. Ich wollte aber mehr tun, etwas Praktisches», sagt Dürig. Sie fragte bei den beiden ukrainischen Familien im



Pfarrerin Lea Dürig aus Radelfingen BE wollte mehr tun, als ein Friedensgebet abzuhalten – und organisierte kurzerhand in bloss einer Woche einen Sprachkurs für ukrainische Flüchtlinge.

Was bei den Apps als Übersetzung herauskommt, ist manchmal sehr nützlich, oft aber zum Verzweifeln.

Dorf, ob sie an Deutschunterricht interessiert wären. Dann besorgte sich die Pfarrerin im Ex Libris ein Lehrmittel: «Deutsch in der Schweiz». Damit lernt man Hochdeutsch sprechen und schreiben, aber auch Mundart verstehen. «Ich nahm einfach, was mir am sympathischsten war», sagt Dürig. Innerhalb einer Woche organisierte die Pfarrerin den Sprachkurs; Ende März fand er zum ersten Mal statt. Dürig und fünf Freiwillige unterrichten abwechselungsweise jede Woche zu zweit.

Auch Flüchtlinge aus Syrien, aus Afghanistan oder aus Afrika

prallen in der Schweiz auf eine Sprachbarriere. Deutsch ist schon schwierig genug. Schweizerdeutsch erst recht! Doch anders als die Ukrainer verschwinden Syrer, Afghaninnen oder Afrikaner nach ihrer Ankunft meist in einer anonymen Kollektivunterkunft oder werden vom Sozialdienst in irgendeiner Altbauwohnung versorgt.

Die Ukrainerinnen hingegen sind mitten unter uns. Sie sitzen bei ihren Gastfamilien am Küchentisch, gehen mit ihnen an Dorffeste, werden von ihnen begleitet, um die Asylsozialhilfe abzuholen. Die Ukrainer werden

«Meine Dienste sind mein sehr kleines Sorry für das, was in der Ukraine passiert.»

Eine 55-jährige Russin
im Kanton Bern

nicht von professionellen Sozialarbeiterinnen und Dolmetschern betreut, sondern von gewöhnlichen Menschen mit einem Smartphone oder von Pfarrern wie Lea Dürig.

Lea Dürig ist nicht die Einzige, die sich dem Sprachproblem aktiv stellt. Dutzendfach haben Private in den letzten Wochen Sprachkurse aus dem Boden gestampft. Besonders aktiv seien Kirchen sowie Nichtregierungsorganisationen aus dem Migrationsbereich, beobachtet Francesca Chukwunyere von der Fachstelle Migration ISA Bern.

ISA ist einer der wichtigsten Anbieter von Sprachkursen für Migrantinnen in Bern. Der private Verein wird von Stadt und Kanton subventioniert und hat sich auf eher bildungsferne Migranten spezialisiert. Doch im Zuge des Ukraine-Kriegs erwartete der Kanton auch von der ISA ein neues Angebot, das den vermuteten Bedürfnissen der Ukrainer gerecht werden sollte: In kürzester Zeit stellte der Verein zusätzliche Kurse mit schnellerem Lerntempo auf die Beine.

Keine Diplome für eine allfällige Stellensuche

Die 60 Plätze waren innert zwei Tagen weg. Nun müsse sich aber erst noch zeigen, ob das Fast-Track-Angebot angemessen sei, sagt Chukwunyere. Denn auch aus der Ukraine kämen nicht nur hoch gebildete Menschen. Einige müssen zuerst das lateinische Alphabet erlernen, weil sich Ukrainisch und Russisch mit kyrillischen Buchstaben schreiben.

Die Kurse, die Private organisieren, seien einerseits eine positive Ergänzung zu den professionellen Angeboten, sagt Chukwunyere. «Bei den Ukrainern erkennen breite Gesellschaftskreise, wie wichtig der Spracherwerb für alle Neuankömmlinge ist.» Andererseits gebe es bei den improvisierten Deutschkursen am Ende kein Diplom, das später bei einer Stellensuche helfen könnte. In den letzten Jahren hätten die Behörden von Kanton und Bund bei den Sprachkursen für Migranten das Gegenteil forciert: mehr Professionalität, mehr Standardisierung, mehr offizielle Abschlüsse – immer mit dem Ziel der Berufsintegration. Bei den Ukrainern geht der Trend nun in die gegenteilige Richtung.

Der pensionierte Lehrer Walter Ledermann wird den Ukrainerrinnen in der Pfrundscheune von Radelfingen ebenfalls keinen offiziellen Abschluss bieten können. An diesem Nachmittag ist er mit der Co-Präsidentin des Kirchgemeinderats, Anita Sieber, im Einsatz. Es gehe vor allem darum,

den Geflüchteten so gut Deutsch beizubringen, dass sie in Alltagssituationen wie im Bus oder beim Einkaufen zurechtkämen, sagt Ledermann. Und dass sie sich um eine Stelle bewerben könnten. Der Kurs wird über die sonntägliche Kollekte finanziert.

An diesem Nachmittag üben die vier Kursteilnehmerinnen Dialoge, indem sie laut Sätze wiederholen, die ab Band abgespielt werden. «Guten Morgen, Frau Ferrari, wie geht es Ihnen?», sagt Marharyta. Sie spricht neben Ukrainisch auch Englisch. Ihr fälle das Deutschlernen leichter als anderen, sagt Dürig. Sie und ihr Mann haben Marharyta und deren Tochter sowie eine andere Mutter mit ihrem Kind im Pfarrhaus aufgenommen.

Viele Russinnen leisten Übersetzungsdienste

Bis die Teilnehmerinnen des Radelfinger Sprachkurses genügend Deutsch können, um sich im Alltag selbstständig zu bewegen, wird es noch lange dauern. Bis dahin braucht es Menschen wie Irina. Die 55-jährige Frau, die ihren richtigen Namen nicht in der Zeitung lesen möchte, kam vor zehn Jahren aus Russland in die Schweiz, sie heiratete einen Schweizer und lernte Deutsch.

Seit Kriegsausbruch kümmert sich Irina in der Schweiz um die geflüchteten Frauen und Kinder – also um jene Menschen, die von Irinas Staatspräsidenten Wladimir Putin aus der Ukraine vertrieben werden. Sie begleitet sie zum Roten Kreuz, das im Auftrag des Kantons Bern die Asylsozialhilfe auszahlt, aber keinen Dolmetscher hat. Irina sitzt als Übersetzerin auch dabei, als eine Wohngemeinschaft mit ihren ukrainischen Mitbewohnern eine Aussprache organisiert, um sich über sprachliche Missverständnisse und kulturelle Konflikte auszutauschen.

«Meine Übersetzungsdienste sind meine persönliche, sehr kleine Entschuldigung für das, was in der Ukraine passiert», sagt Irina. Wenn sie den ukrainischen Flüchtlingen helfen könne, fühle sie sich moralisch wenigstens ein bisschen besser. Irina ist kein Einzelfall: Viele Russinnen, aber auch Kasachinnen oder Weissrussinnen, die seit Jahren in der Schweiz leben (es sind tatsächlich sehr oft Frauen), sind als Übersetzerinnen für die ukrainischen Flüchtlinge im Einsatz.

In der Pfrundscheune in Radelfingen werden nach einer Stunde Unterricht Tee und Kuchen serviert. Es herrscht eine ungezwungene, familiäre Stimmung. Die Frauen seien motiviert, die Sprache zu lernen, sagt Lehrer Ledermann. Da die meisten aber ausschliesslich Ukrainisch sprächen, gestalte sich der Unterricht nicht ganz einfach. «Kommt hinzu, dass Ukrainisch eine komplett andere Sprache ist als Deutsch oder Englisch.» Der 70-jährige zeigt auf eine Tafel mit dem kyrillischen Alphabet.

Nach dem Fototermin mit den Journalistinnen verabschiedet sich Pfarrerin Dürig von den Kursteilnehmerinnen. «Auf Wiedersehen», ruft sie in die Runde. «Oder ciao!» Das geht in jeder Sprache.

Ein Verteilschlüssel zum Verzweifeln

Ukraine-Geflüchtete Bei einer Gastfamilie im Baselbiet untergekommen, aber im Kanton Aargau angemeldet: Der Schweizer Verteilschlüssel bringt Probleme. Betroffene dürfen nicht arbeiten und erhalten keine Sozialhilfe.

Isabelle Thommen

D.C.* aus Arlesheim ist mit den Nerven am Ende. «Alle tun schwierig», sagt er frustriert zu dieser Zeitung. Es geht um das Bundesasylzentrum, die Kantone und eine geflüchtete Ukrainerin, die bei D.C. und seiner Familie untergekommen ist. Obwohl sie seit ihrer Ankunft in der Schweiz in ihrer Baselbieter Gastfamilie lebt, wurde sie im Bundesasylzentrum im Kanton Aargau angemeldet. «Man hat uns dort gesagt, das sei kein Problem, aber man müsse das tun, weil das Kontingent im Kanton Baselland schon voll sei.»

Doch es gibt Probleme: Die Geflüchtete erhält keine Sozialhilfe und kann eventuell eine Stelle als Lehrerin, die sie im Kanton Basel-Stadt in Aussicht hat, nicht antreten. «Der Kanton Aargau verlangt, dass sie dorthin umzieht, um vom Schutzstatus S zu profitieren», sagt D.C. Die Ukrainerin habe sich aber im Baselbiet mittlerweile ein Umfeld aufgebaut. «Wir mussten unterschreiben, dass sie für einige Zeit sicher einen Platz bei uns hat – die Behörden wollten sie jetzt aber einfach wieder aus ihrem gewohnten Umfeld reissen. Wo ist hier die Schweiz, die hilft?»

Schriftliches Gesuch nötig

Eine bürokratische Odyssee beginnt: D.C. versucht, bei den Behörden die Kantonsänderung vorzunehmen. Bisher sei ihm das aber nicht gelungen, sagt er. «Ich habe bereits x-mal nachgefragt. Überall heisst es, ich sei an der falschen Stelle. Ich bin von dieser Bürokratie genervt.»

Die Geschichte aus Arlesheim ist dabei kein Einzelfall, wie eine Umfrage bei den zuständigen Behörden zeigt. Wie für D.C. ist für viele Betroffene unklar, wohin sie sich wenden können. Die Anfragen laufen bei den Kantonen deshalb oft ins Leere. Zuständig ist das Staatssekretariat für Migration (SEM), wie dieses auf Anfrage bestätigt. «Schutzsuchende haben die Möglichkeit, dem SEM ein schriftliches Gesuch um Kantonswechsel zukommen zu lassen», sagt Lukas Rieder, Mediensprecher beim SEM. «In diesem wird dargelegt, in wel-



Stundenlang standen geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer vor Bundesasylzentren wie hier in Bern an, um sich anzumelden. Foto: Beat Mathys

Hier können Sie sich melden

Das Gesuch muss laut dem SEM von den Betroffenen oder einer bevollmächtigten Person unterschrieben sein und kann an folgende Adresse gerichtet werden:

Staatssekretariat für Migration
SEM, Taskforce Kantonswechsel
Ukraine, Quellenweg 6,
3003 Bern-Wabern

Das SEM nimmt mit den betroffenen Kantonen Kontakt auf und entscheidet dann über den Wechsel.

chen Kanton die Person wechseln möchte und aus welchem Grund.» Solange die betroffenen Personen in einem anderen Kanton wohnen, als sie angemeldet sind, können sie keine Sozialhilfe empfangen und auch nicht arbeiten, bestätigt Rieder. «Eine Zuteilung in einen Kanton ist verbindlich. Sozialhilfe kann nur in dem Kanton bezogen werden, in dem man wohnt – das gilt für

alle Menschen in der Schweiz», sagt er. «Wenn die Behörden jemanden einem bestimmten Kanton zuweisen, dann ja, ist diese Person auch gehalten, sich in diesem Kanton aufzuhalten.»

Umverteilung der Lasten

Einfach sei eine entsprechende kantonale «Ummeldung» nicht, sagt Lea Wirz, Leiterin Abteilung Projekte beim Kanton Baselland. «Das SEM entscheidet nach Anhörung der betroffenen Kantone über den Kantonswechsel. Hierfür werden die Gründe, die für den Kantonswechsel angebracht wurden, berücksichtigt und in jedem Fall einzeln beurteilt.»

Es gebe dabei Konstellationen, bei denen ein Wechsel auch ohne Zustimmung der Kantone erfolgen könne. So bei der Vereinigung der erweiterten Kernfamilie oder bei der Vereinigung von vulnerablen Personen mit engen Bezugspersonen ausserhalb der erweiterten Kernfamilie, sofern damit die Betreuungssituation verbessert werden könne. Im Zu-

sammenhang mit Schutzsuchenden aus der Ukraine war es schon zu verschiedenen Kantonswechseln gekommen, wie Wirz sagt.

Überhaupt nötig werden diese Anträge wegen des Schweizer Verteilschlüssels. Die Umsetzung sorgt dafür, dass geflüchtete Menschen in anderen Kantonen angemeldet werden als ihrem tatsächlichen Wohnort. «Dass viele Geflüchtete aus der Ukraine privat untergekommen sind, hat dazu geführt, dass der reguläre Zuweisungsprozess im Asylbereich nicht eingehalten werden konnte», sagt Wirz. «Das SEM hatte die privaten Unterbringungen bei der Kantonszuteilung berücksichtigt, und die Zuweisung war nur noch ein Nachvollzug gegebener Umstände.»

Weil die Last auf die Kantone ungleich verteilt war, wendet das SEM seit 25. März nun wieder die reguläre Zuweisungspraxis an. Dies auf Wunsch der Kantone, wie Lukas Rieder vom SEM sagt. Er schildert ein Ungleichgewicht bei der Kantonsverteilung in der

Nordwestschweiz: «Wir stellen fest, dass der Kanton Aargau gemäss Verteilschlüssel bis anhin zu wenige Personen aufgenommen hat, die Kantone Baselland und Basel-Stadt hingegen sind deutlich im Plus.» Das stellt die Kantone vor Probleme: Im Kanton Basel-Stadt gibt es beispielsweise nicht genügend Wohnraum für Geflüchtete, wie die BaZ berichtete.

Dass Geflüchtete potenziell aus ihren Gastfamilien in beliebige Kantone umziehen müssen, nehmen die Behörden in Kauf: «Das ist die Konsequenz des Wunsches der Kantone, den Verteilschlüssel einzuhalten», sagt Rieder. Im vorliegenden Fall aus Arlesheim fordere der Kanton Aargau aber keine Umsiedlung, sagt Mediensprecher Michel Hassler: «Der Kantonale Sozialdienst (KSD) erachtet es grundsätzlich nicht als zielführend, funktionierende Unterbringungen zu beenden.»

* Name der Redaktion bekannt.

Schweiz

Billige Willkommenskultur

Sparen im Asylbereich Der Bund zahlt den Kantonen monatlich 1500 Franken pro Flüchtling aus der Ukraine. Das Geld sollte theoretisch für Wohnung, Essen und Krankenkasse reichen – tut es aber oft nicht.

Christoph Heim

Sie gehören neu zum Stadtbild. Flüchtlinge aus der Ukraine laufen durch Basel und tragen weisse Papiertaschen, auf denen in roter Schrift «Heiland Sack» geschrieben steht. Die Taschen haben sie von der Food-Waste-Organisation «DaN Basel» erhalten, die Produkte von Grosshändlern und Bäckereien abgibt, die nicht mehr verkauft werden können.

Die soziale Organisation erlebt zurzeit einen regelrechten Ansturm auf ihre Essensausgabe. 450 Menschen seien am letzten Dienstag gekommen, sagt Andreas Schächli, Vizepräsident von DaN Basel. Zum einen seien das Stammgäste, zum anderen eine immer grösser werdende Gruppe von Menschen aus der Ukraine. Sie stehen eine oder zwei Stunden an, um einen mit Gemüse, Brot und Fleisch gefüllten «Heiland-Sack» zu erhalten.

Ein Grossteil sind Geflüchtete, die von den knappen Zuwendungen der Sozialhilfe leben müssen. Nicht nur in Basel und Baselland. Schächli weiss auch von Personen aus der Ukraine aus dem Aargau oder dem Kanton Zürich, die nach Basel fahren, um hier umsonst Taschen voller Lebensmittel abzuholen. Sie würden solche Klienten aber abweisen, meint Schächli – einfach darum, weil sie mit der lokalen Nachfrage nach Nahrungsmitteln kaum noch klarkämen.

Tiefe Mietzinsgrenzwerte

Besonders tief sind die Beiträge der Sozialhilfe für jene geflüchteten Personen, die in grossen Wohngemeinschaften leben. So erhalten Geflüchtete, die zu siebt in einer Wohngemeinschaft mit zwei Schweizer Gasteltern leben, im Kanton Baselland 316 Franken im Monat, was nicht viel mehr als 10 Franken pro Tag ist. Lea Hungerbühler, Präsidentin von Asylex, einer in Zürich domizilierten Organisation, die Geflüchtete in Rechtsfragen berät, sagt: «Geflüchtete werden mit solchen Beträgen ins Prekariat abgeschoben.»

Die finanziellen Probleme gehen über den einzelnen Flüchtling hinaus – es gibt da auch eine strukturelle Komponente. Allein der Kanton Basel-Landschaft muss beispielsweise Tausende von ukrainischen Flüchtlingen aufnehmen und ihnen eine Unterkunft bieten. Von jeder der 86 Gemeinden wird erwartet, dass sie entsprechend ihrer Einwohnerzahl 2,6 Prozent Asylbewerber aufnimmt, also auch Geflüchtete, die nicht aus der Ukraine kommen. Für eine grosse Vortortsgemeinde wie Oberwil bei Basel mit 11'203 Einwohnern sind das 291 Personen, für die eine vorübergehende oder dauerhafte Bleibe gefunden werden sollte.

Bei der Unterbringung der Flüchtlinge muss stark aufs Geld geschaut werden. Klar wird das, wenn man die Tabelle zur Hand nimmt, auf der die «Mietzinsgrenzwerte» aufgelistet sind, die von den Baselbieter Gemeinden für Sozialwohnungen bezahlt werden dürfen. Die Agglomerationsgemeinde Pratteln, die rund 17'000 Einwohner zählt, hat ei-



Die Begrüssung war noch nett: Ukrainische Flüchtlinge in der Empfangsstelle der alten Militärkaserne in Zürich. Foto: Urs Jaudas



Allein am letzten Dienstag holten in Basel 450 Menschen Lebensmittelpakete ab – darunter viele ukrainische Flüchtlinge. Fotos: Andreas Schächli



nen der tiefsten Mietzinsgrenzwerte des Kantons. Maximal 1200 Franken für einen Dreipersonenhaushalt sind da vorgesehen. In Oberwil sind es 1450 Franken.

Das sind Preise, zu denen nur wenige und sehr bescheiden ausgestattete Wohnungen auf dem Markt sind. Kenner des Wohnungsangebots sagen, im Asylbereich würden oft völlig über-teuerte Bruchbuden mit alten Laminatböden und verbrauchten Küchen und Bädern angeboten. Lea Hungerbühler von Asylex warnt davor, dass man mit der Anmietung solch billiger Wohnungen einer Ghettoisierung der Geflüchteten Vorschub leiste, die dem Wunsch nach Integration dieser Neuankömmlinge zuwiderlaufe.

Bezahlt wird die Miete von den 1500 Franken, die der Kanton pro Flüchtling vom Bund erhält. Nehmen wir das Beispiel einer dreiköpfigen Familie aus der

«Geflüchtete werden mit solchen Beträgen ins Prekariat abgeschoben.»

Lea Hungerbühler
Präsidentin von Asylex

Ukraine in Oberwil. Für jedes Mitglied werden bei einer Wohnung, die 1450 Franken im Monat kostet – das ist der maximale Preis, der von der Sozialhilfe bezahlt werden darf –, von den 1500 Franken des Bundes 483

Franken (ein Drittel von 1450 Franken) abgezogen. Dazu kommen die Lebenshaltungskosten von 455 Franken (ein Drittel des Grundbedarfs in einer Individualunterkunft, der bei einer Dreierwohngemeinschaft auf 1364 Franken festgesetzt ist) und die Krankenkasse von 534 Franken (monatlicher Durchschnittspreis für BL gemäss Bundesamt für Gesundheit).

Alles zusammen ergibt 1472 Franken. Die Gemeinde gibt also allein für die drei Ausgaben-schwerpunkte Wohnen, Essen und Gesundheit fast den gesamten Betrag aus, der für einen Geflüchteten vom Bund bereitgestellt wird. Sobald unvorhergesehene Ausgaben anfallen, müssen die Gemeinden selbst für die Kosten aufkommen. «Die Kantone sollten Beträge auszahlen», sagt Hungerbühler, «die den Geflüchteten ein würdiges Leben ermöglichen. Es geht darum, dass die

Geflüchteten nicht marginalisiert, sondern möglichst schnell in die Gesellschaft und Wirtschaft integriert werden. Es geht beispielsweise überhaupt nicht, dass gewisse Gemeinden oder Kantone sich eine Zahnreparatur bei Geflüchteten sparen, indem sie ihnen einfach den schmerzenden Zahn ausreissen lassen.»

Sie weist darauf hin, dass im Asylwesen auf Bundesebene gerade die Vernehmlassung für eine Gesetzesrevision abgeschlossen wurde, die den Kreis jener Ausländergruppen, die bloss eine reduzierte Sozialhilfe erhalten, noch vergrössert. Dabei schreibe die Bundesverfassung vor, dass den Unterstützungsbedürftigen ein würdiges Leben ermöglicht werden solle, sagt Hungerbühler.

Was nun den Kanton Basel-Landschaft betrifft, ist in den letzten Wochen eine steile Lernkurve zu beobachten. Die Zuwen-

Was den Kanton Basel-Landschaft betrifft, ist in den letzten Wochen eine steile Lernkurve zu beobachten.

dungen an ukrainische Flüchtlinge und namentlich ihre Gastfamilien, die bisher äusserst bescheiden waren, sollen erhöht werden. Bisher war es den Gemeinden freigestellt, ob sie den Gastfamilien pro Flüchtling 100 Franken pro Monat überweisen. Dieser Beitrag ging zuerst an die Flüchtlinge, die aufgefordert wurden, ihn dann an ihre Gastfamilien abzugeben.

Nun sollen die Gastgeber von Amtes wegen für den ersten Gast 250 Franken erhalten, für den zweiten und dritten Gast je 150 Franken. Ab vier Personen sollen pauschal 670 Franken ausbezahlt werden. Diese Beträge sollen zudem nicht wie bislang den Flüchtlingen, sondern den Gastfamilien direkt zugutekommen, die sie dann immer noch an die Flüchtlinge weitergeben können.

Teilnahme am sozialen Leben

Auch der Grundbedarf der Asyl-sozialhilfe für ukrainische Flüchtlinge, die in einer grossen Gastfamilie wohnen, soll erhöht werden. Gab es bis jetzt ein degressives Modell, bei dem die Beiträge bei grösseren Wohngruppen immer kleiner werden, sollen neuerdings einheitliche Beiträge pro Kopf oder pro Unterstützungseinheit (zum Beispiel Mutter mit Kind) ausgerichtet werden.

«Aber auch so sind wir noch weit entfernt von jener Grundbedarfs-sicherung, die einem geflüchteten Menschen erlaubt, ein würdiges Leben zu führen», sagt Lea Hungerbühler. Würdig sei das Leben einer geflüchteten Person erst dann, wenn sie am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben teilnehmen könne.

Da die Ausgaben für diese Aktivitäten ebenfalls unter die Kategorie «Grundbedarf» fallen, wird es in jedem Fall knapp. Denn die 400 bis 500 Franken im Monat müssen den Flüchtlingen für «Nahrung, Kleidung, persönliche Auslagen, Haushaltsverbrauchs-material, Post, Telefon, Radio- und Fernsehgebühren, Elektrizität, Gas, Kehrrechtgebühren, Transportkosten sowie Prämien für Hausrat- und Haftpflichtversicherung» reichen.

In der Schweiz muss sich also der Flüchtling nicht wundern, wenn ihm schon im ersten Monat eine Serafe-Rechnung ins Haus flattert, egal, ob er den Fernseher braucht oder nicht.

Schweiz

«Gastfamilien helfen in der Not»

Flucht vor dem Krieg Viele Ukraine-Flüchtlinge sind bei Privaten untergekommen. Doch Nathalie Barthoulot, die Präsidentin der Sozialdirektorinnenkonferenz, sieht sie längerfristig eher in Containerdörfern.

Charlotte Walser

Frau Barthoulot, in nur zwei Monaten sind fast 50'000 ukrainische Flüchtlinge in die Schweiz gekommen. Der Bund rechnet bis im Herbst mit 80'000 bis 150'000 Flüchtlingen. Können die Kantone das bewältigen?
Die Situation ist absolut aussergewöhnlich. Natürlich ist es eine grosse Herausforderung, für alle eine Unterkunft zu finden. Aber bisher ist es gelungen. Wir werden auch Lösungen finden für jene, die noch kommen.

Ein Teil der Flüchtlinge ist privat untergebracht. Welche Rolle spielen die Gastfamilien?
Bisher wurden etwas über 20'000 Geflüchtete aus der Ukraine privat untergebracht, 4000 davon via die Flüchtlingshilfe und Campax. Die Kantone sind sehr froh um das Engagement Privater. So konnten wir schnell Lösungen finden für die vielen Menschen, die in kurzer Zeit gekommen sind.

Setzen Sie auch längerfristig auf Gastfamilien?
Nein, es ist eher eine Übergangslösung. Gastfamilien helfen in der Not. Wir müssen uns bewusst sein, dass es längerfristig andere Lösungen braucht. Die Gastfamilien zeigen sich bereit, die Gäste drei Monate zu beherbergen. In manchen Fällen mag das Zusammenleben auch länger funktionieren. Aber das wird vermutlich nicht die Mehrheit sein. Darauf stellen sich die Kantone ein. Einige haben bereits damit begonnen, Containerdörfer zu bauen.

Werden nun überall Containerdörfer für Flüchtlinge entstehen?
Container sind eine Möglichkeit, aber nicht die einzige. Das Problem ist, dass wir nicht wissen, wie sich dieser Krieg entwickelt. Und wir wissen auch nicht, wie sich die Geflüchteten verhalten werden. Die meisten ukrainischen Frauen und Kinder sind ohne Männer und Väter gekommen. Werden sie nach einigen Monaten wieder in die Nähe der Ukraine gehen? Oder bleiben sie hier? Wir wissen es nicht.

Was bereitet den Kantonen neben der Unterbringung zurzeit Sorgen?
Personen mit besonderen Bedürfnissen: Minderjährige, Kranke, Menschen mit einer Behinderung. Wir haben den Bund gebeten, dass er diese Personen etwas länger unter seiner Obhut behält, damit wir in den Kantonen eine nachhaltige Unterbringung mit dem richtigen Betreuungssetting vorbereiten können. Ein weiteres Problem ist der Personalmangel, insbesondere der Mangel an qualifiziertem Personal.

Die Kantone haben vom Bund gefordert, dass er sich wieder an den Verteilschlüssel für Flüchtlinge hält, damit die Lasten gleichmässiger verteilt sind. Nun beschweren sie sich, weil der Bund Flüchtlinge umplatziert hat. Wissen die Kantone, was sie wollen?



Macht sich Sorgen um Flüchtlinge mit besonderen Bedürfnissen: Nathalie Barthoulot. Foto: Christian Jaeggi

Die Kantone haben tatsächlich die Rückkehr zum Verteilschlüssel gefordert. Am Anfang hatte man nicht darauf geachtet. Doch dann waren einige Orte mit sehr vielen Flüchtlingen konfrontiert. So konnte es nicht weitergehen. Wir haben gemeinsam mit dem Staatssekretariat für Migration eine Lösung gefunden, wie wir zum Verteilschlüssel zurückkehren – aber mit einer gewissen Flexibilität. Wir möchten nicht Menschen umplatzen, die sich bereits länger gut eingelebt und vielleicht die Kinder eingeschult haben. Bei Härtefällen können Ausnahmen gemacht werden, sofern der Kanton zustimmt.

Regierungsrätin im Kanton Jura

Nathalie Barthoulot wurde 2016 für die SP in die Regierung des Kantons Jura gewählt. Seit 2020 ist sie auch Präsidentin der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren (SODK). In dieser Rolle ist die 54-Jährige die Stimme der Kantone zur Ukraine-Flüchtlingskrise. (wal)

Die Kantone können sich – wie schon in der Pandemie – nicht auf einheitliche Lösungen einigen. So ist es zum Beispiel bisher nicht gelungen, die Ansätze der Asylsozialhilfe zu harmonisieren.
Die Ansätze sind heute unterschiedlich, das stimmt. Bundesgesetzlich verankert ist, dass die Asylsozialhilfe tiefer sein muss als die Sozialhilfe für Inländerinnen und Inländer. Wie viel tiefer, ist allerdings nicht festgelegt. Bisher gibt es dazu auch keine Empfehlungen, da das politisch nicht gewünscht ist. Aber die aktuelle Krise bringt das Thema ans Licht.

Strebt die Sozialdirektorinnenkonferenz eine Harmonisierung an?
Wir haben an der Plenarversammlung beschlossen, dass wir eine Auslegeordnung machen. Beim Grundbedarf gibt es grosse Unterschiede, aber das ist nicht die ganze Wahrheit. Denn die Kantone bezahlen unterschiedliche Dinge separat, manche zum Beispiel Kleidergeld. Dazu wollen wir uns nun einen

Überblick verschaffen. Wie es danach weitergeht, werden wir sehen. Es handelt sich um ein heikles Thema. Wegen der Ukraine-Flüchtlinge wird nun darüber gesprochen. Vorher, als es um Syrer und Afghanen ging, ist es niemandem aufgefallen.

Ukraine-Flüchtlinge mit Status S erhalten gleich viel Sozialhilfe wie vorläufig Aufgenommene. Plötzlich sorgt die Knausrigkeit für Empörung. Findet gerade ein Umdenken statt?
Die Krise hat jedenfalls dazu geführt, dass es zum Thema wird. Diese Sensibilisierung könnte allenfalls zu Änderungen führen, wenn auch auf längere Sicht.

Doch der Bundesrat will die Sozialhilfe für weitere Personengruppen kürzen. Alle Nicht-EU-Bürger sollen die ersten drei Jahre nach Erhalt der Aufenthaltsbewilligung einen reduzierten Betrag erhalten. Davon wären auch anerkannte Flüchtlinge betroffen. Was sagt die SODK dazu?
Die SODK stellte sich in der Vernehmlassung klar dagegen.

Schon nur deshalb, weil die Sozialhilfe in der Kompetenz der Kantone liegt. Ausserdem würde es zu weiteren Ungleichbehandlungen führen und den Zielen der Integrationsagenda zuwiderlaufen.

Der Bund zahlt den Kantonen pro Flüchtling und Monat 1500 Franken. Die Flüchtlinge erhalten aber nur einen Bruchteil davon – zwischen 290 und 700 Franken. Fliessen der Rest in die Taschen der Kantone?
Nein, natürlich nicht. Damit müssen auch Dinge wie Miete und Krankenkassenprämie sowie die Betreuung der Menschen bezahlt werden. Die Kantone müssen ausserdem Personen einstellen. Auch das kostet. Im Kanton Jura deckt der Betrag des Bundes 80 Prozent der Kosten ab.

Die Asylsozialhilfe muss reichen für Lebensmittel, Hygieneartikel und Kleidung. In manchen Kantonen bedeutet das, dass für eine Hauptmahlzeit pro Person weniger als drei Franken zur Verfügung stehen. Ist das nicht viel zu wenig?
Es ist tatsächlich sehr wenig. Als Sozialdemokratin stört mich das. Aber es ist Teil der Asylpolitik. Man müsste vielleicht auch über den Status der vorläufigen Aufnahme nachdenken. Der Bundesrat hat vor einiger Zeit Varianten für eine Reform aufgezeigt. Doch im Parlament fand sich keine Mehrheit dafür. Der SODK-Vorstand hätte eine Reform befürwortet – und hofft nun, dass die Diskussion wieder aufgenommen wird. Das haben wir an der Plenarversammlung so besprochen.

Sind sich die Kantone in dieser Frage einig?
Es handelt sich erst um eine Prüfung: Es geht darum, Alternativen zu prüfen. Die vorläufige Aufnahme steht auch im Zusammenhang mit dem Status S. Wir haben darüber diskutiert, wie es weitergehen soll, ob dieser Status nach einem Jahr aufgehoben werden soll oder nicht. Die Kantone möchten, dass auch dies geprüft wird. Denn mit dem Status S gibt es Ungleichbehandlungen zwischen Geflüchteten verschiedener Herkunft. Auf längere Sicht wollen wir das nicht.

Was geschieht, wenn der Status S nach einem Jahr nicht verlängert wird?
Entweder verlassen die Personen mit Status S die Schweiz, oder sie kommen ins normale Asylverfahren, müssen also ein Asylgesuch stellen, das individuell geprüft wird. Die meisten würden danach wohl vorläufig aufgenommen. Das würde die Behörden stark beanspruchen, die Folge wäre ein grosser Pendenzenberg. Es hätte andererseits zum Vorteil, dass die Personen dann das reguläre Integrationsprogramm durchlaufen würden, die Kantone erhielten eine Integrationspauschale. Der Schutzstatus S ist ein noch instabilerer Status als die vorläufige Aufnahme, da er auf maximal fünf Jahre begrenzt und rückkehrorientiert ist. Da fällt es den Menschen natürlich sehr schwer, hier Fuss zu fassen. Wir möchten das zusammen mit dem Bund anschauen.

Region

Kinderträume aus dem Flüchtlingslager

Migration Auf die Lebensumstände von Flüchtlingskindern macht eine kleine Ausstellung aufmerksam.

Es sind elf Zeichnungen. Sie alle sprechen Bände über Kinderträume. Die 4-jährige Rimas will an einem sicheren Ort spielen, die 13-jährige Maissad Astronautin werden, und der 10-jährige Walid möchte einfach mal Fussballstar Cristiano Ronaldo zum Kicken treffen. So einfach wird das nicht, denn die drei haben ihre Wünsche im jordanischen Flüchtlingslager Za'atari zu Papier gebracht oder in einem Therapiezentrum in Amman, der Hauptstadt Jordaniens. Sie sind Flüchtlinge. Ihre Zukunft ist unangenehm offen. Darauf fokussiert die Ausstellung «Nach vorne blicken» im Foyer des Kollegienhauses der Uni Basel.

Einer der Ausstellungsmacher ist Andreas Schuler von der Basler Nichtregierungsorganisation Together Human. Er sagt: «Es geht uns um Aufmerksamkeit für diese Kinder und darum, dass man im Rahmen des Möglichen tätig wird. Handeln ist dringend.»

Viele sind traumatisiert

Das Patronat für die Ausstellung übernommen hat die Baselbieter Nationalrätin Samira Marti (SP). «Vor allem wenn man noch die Geschichte dieser Kinder hört, macht es einen betroffen», sagt Marti, «dabei würde es wenig brauchen, um ihre Situation zu verbessern. Die internationale Staatengemeinschaft könnte mehr leisten.» Das Patronat habe sie übernommen, weil sie die Menschen ins Zentrum der Debatte um Migrations- und Asylpolitik stellen wolle. «Man vergisst schnell, dass hinter jeder Zahl eine Biografie, ein Schicksal, ein Mensch steht.»

Together Human kümmert sich um Flüchtlinge im und aus dem Nahen Osten. Rashid Abed, Präsident der Organisation, sagt, die Problematik sei auch im Fall der ukrainischen Flüchtlinge kei-



Nationalrätin Samira Marti und Rashid Abed, Präsident von Together Human in der Ausstellung «Nach vorne blicken». Foto: Pino Covino

ne andere. «Was die Zwangssituation einer Flucht mit einem Kind macht, ist sehr individuell, allerdings sind viele vom Krieg schwersttraumatisiert», so Abed. Oft auch von den Umständen, unter denen sie leiden. Rashid Abed erzählt von Kindern, die in Flüchtlingslagern geboren wurden und deshalb diese einzige Realität kennen. Er sagt: «Wir fokussieren mit dieser Ausstellung stark auf die psychosoziale Verfassung der Kinder.»

Zurzeit sei es für Kinder aus dem Nahen Osten, die in der Schweiz Zuflucht gefunden ha-

ben, schwierig, zu sehen, dass sie nicht dieselbe Zuwendung erhielten wie die geflüchteten Kinder aus der Ukraine. «Nur schon die Möglichkeit, sich mal ein Eis zu leisten oder denselben Zugang zu Bildung zu erhalten, würden sie schätzen», meint Abed.

Reiche Staaten in der Pflicht

Auch in der Schweiz litten gewisse Flüchtlingskinder unter prekären Situationen, so Samira Marti. Abgewiesene Familien müssten in den meisten Kantonen in abgelegenen Kollektivun-

terkünften leben. Die damit verbundene soziale Isolation sei besonders für Kinder belastend.

Samira Marti wünscht sich, dass reiche Staaten die Ungleichheit sowie die Ausbeutung des globalen Südens bekämpfen. Wo es zu Konflikten komme, solle Diplomatie «wirken». Den verletzlichsten Flüchtlingen, den Kindern, sollten gefährliche Fluchtwege erspart bleiben, indem sie direkt in einem anderen Land aufgenommen würden. «In Flüchtlingscamps fehlt es an Bildung, Chancen und Zukunftsperspektiven.»

Rashid Abed rief den Verein ins Leben, weil er schockiert darüber war, dass Kinder auf der Flucht erfroren. Das war im Winter 2013/14. Vor zwei Jahren wurde der Verein neu aufgestellt und nennt sich seither Together Human. Im Zentrum stehen heute langfristige Projekte in den Bereichen Bildung und Gesundheit.

Daniel Aenishänslin

Ausstellung bis 3. Juni 2022, Mo–Fr 7–20.30 Uhr, Foyer Kollegienhaus Uni Basel, Petersplatz 1. www.togetherhuman.org

Uni Basel ist zurückhaltend bei der Zulassung ukrainischer Studentinnen

Zugang zu Gaststudium Trotz anfänglicher Flut von Gesuchen sind bisher erst zwei Studentinnen aus der Ukraine an der Universität Basel für ein Gaststudium zugelassen worden. Warum so wenig?

Hunderte Studierende aus der Ukraine hatten sich noch im April an der Universität Basel für einen Studienplatz beworben. Knapp zwei Monate später zeigt sich: Viele Gesuche wurden entweder zurückgezogen oder konnten nicht bewilligt werden. Erst einige wenige Personen aus der Ukraine haben bisher eine Zulassung für das kommende Semester erhalten – eine Doktorandin, eine Master-Studentin sowie eine Bachelor-Studentin, wie Matthias Geering, Sprecher der Universität Basel, auf Anfrage erklärt.

Die anfangs grosse Anzahl an Gesuchen ist insofern nicht erstaunlich, als Hochschulen in der Ukraine seit Jahren einen regen Zulauf verspüren. Das liegt unter anderem daran, dass viele Arbeitgeber auch für einfachere Tätigkeiten Hochschulabschlüsse fordern, wie in einem Bericht des Deutschen Akademischen Austauschdienstes über das uk-

rainische Bildungssystem steht. Bis zu 80 Prozent eines jeweiligen Jahrgangs beginnen demnach ein Studium, rund die Hälfte davon bekommt vom Staat gebührenfreie Studienplätze zur Verfügung gestellt. Die Gründe für die hohe Quote liegen laut dem Bericht einerseits in mangelnden Ausbildungsalternativen, andererseits aber auch am mangelnden Prestige der beruflichen Ausbildung.

Fehlende Deutschkenntnisse stellen eine grosse Hürde dar

Entsprechend gross ist die Anzahl Hochschulen in der Ukraine, von denen allerdings längst nicht alle die Anforderungen von deutschen oder Schweizer Hochschulen erfüllen. Viele seien chronisch unterfinanziert, steht im Bericht vom vergangenen Jahr. Das spiegelt sich etwa bei der Infrastruktur und den Löhnen von Lehrpersonal wider. Studieren im Ausland ist unter

ukrainischen Studierenden deshalb sehr beliebt.

Um in der Schweiz zugelassen zu werden, müssen die Studentinnen an einer anerkannten universitären Hochschule immatrikuliert sein. Sie dürfen sich nur für ihre bisherige Studienrichtung und -stufe einschreiben. Die Zulassung ist auf maximal drei Semester begrenzt. Gaststudierende sind darüber hinaus nicht berechtigt, akademische Abschlüsse an der Universität Basel zu erwerben. Personen mit Schutzstatus S müssen an der Uni Basel aber keine Anmelde- oder Semestergebühren bezahlen.

Viele Flüchtlinge, vermutet Geering, hätten ihre Gesuche bereits vor der Flucht an mehrere Universitäten in Europa versandt, um damit ihre verschiedenen Möglichkeiten auszuloten. Bevorzugt würden verständlicherweise Unis, an denen die Sprachbarriere möglichst klein

sei. Das Fehlen von Deutschkenntnissen, die insbesondere für Prüfungen und wissenschaftliche Arbeiten im Bachelor-Studium nötig sind, stellt eine grosse Hürde für das Gaststudium dar. Einen Nachweis für Deutschkenntnisse müsse man für die Zulassung zwar nicht erbringen, sagt Geering. «Aber wenn die Ukrainerinnen aufgrund fehlender Sprachkenntnisse die Prüfungen nicht bestehen, lohnt sich deren Aufwand nicht.»

Die niedrige Aufnahmequote in Basel erklärt sich Geering aber auch mit den unterschiedlichen Bildungssystemen in der Schweiz und der Ukraine. «Wir stellen fest, dass vielen Studentinnen aus der Ukraine noch gewisses Fachwissen fehlt, das sie zum Studium in der Schweiz benötigen.» Der Grund: Die Matur erreichen ukrainische Jugendliche bereits nach elf Schuljahren. In der Schweiz braucht es zwei

Jahre mehr. «Diese zwei Jahre Ausbildung fehlen manchen Studentinnen und müssten nachgeholt werden, bevor sie an der Universität studieren können», so Geering.

Besser aufgehoben in einer Fachhochschule

Insgesamt habe sich gezeigt, dass es unter den ukrainischen Flüchtlingen sehr wenige Personen gebe, deren Profil ein Studium an der Uni Basel erlaube, sagt Geering. «In der Beratung haben wir viele Antragstellende darauf hingewiesen, dass sie auch aufgrund ihres Studienfachs besser in einer Fachhochschule aufgehoben sind als an der Universität.»

Tatsächlich hat die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) deutlich mehr Studentinnen zugelassen als die Universität Basel. Sie verlangt für die Aufnahme grundsätzlich einen Berufsmittelschulabschluss – nebst

der Matura also auch Berufserfahrung. Hinzu kommen die spezifischen Aufnahmekriterien des jeweiligen Studiengangs. Bei technisch oder international geprägten Studien seien die Hürden zum Einstieg deutlich tiefer als bei solchen, wo die sprachliche Ausdrucksfähigkeit wichtig sei, sagt Dominik Lehmann, Leiter Kommunikation bei der FHNW.

Von den mehr als 300 Anfragen hätten an der FHNW bisher 29 Studierende die Anforderungen erfüllt und ihr Studium bereits gestartet, so Lehmann. 20 davon studieren an der Hochschule für Gestaltung und Kunst (HGK) in Basel, die Anfang März die gezielte Förderung von geflüchteten Studierenden lanciert hatte. Unter anderem werden die Studentinnen aus der Ukraine von der Laurenz-Stiftung mit Stipendien unterstützt.

Sebastian Schanzer

So verteilen sich die Ukraine-Flüchtlinge

Über 3500 Menschen haben die beiden Basel schon aufgenommen. Die bz zeigt, wo sie leben – und welche elf Gemeinden abseitsstehen.

Michael Nittnaus

Dreieinhalb Monate wütet der Krieg in der Ukraine nun bereits. Mittlerweile hat die Schweiz über 50 000 Flüchtlinge aufgenommen und ihnen den Schutzstatus S verliehen, dank dem sie vorläufig hier leben und arbeiten dürfen. Der Bund teilt sie den Kantonen zu, dies in Abhängigkeit zur Einwohnerzahl. In der Theorie bedeutet das, dass Basel-Stadt 2,2 Prozent oder derzeit 1100 aller Ukraine-Flüchtlinge aufnehmen muss und Baselland 3,4 Prozent oder 1700.

In der Praxis hat Basel-Stadt aber Stand 1. Juni bereits 1566 Schutzsuchende aufgenommen und Baselland etwa 2000, wie die Kantone auf Anfrage mitteilen. Fabian Dinkel, Leiter des Baselbieter Sozialamts, hat dafür eine Erklärung: «Die Solidarität scheint gerade in der Anfangsphase des Kriegs in den beiden Basel besonders gross gewesen zu sein. Im schweizweiten Vergleich wurden hier überproportional viele Flüchtlinge von Gastfamilien aufgenommen.» Diese privaten

Unterbringungen konnten vom Bund kaum gesteuert werden. In Basel-Stadt machen sie satte 80 Prozent aus, im Baselbiet immerhin etwa 70 Prozent.

Gegenüber der bz legen beide Kantone offen, in welchen Gemeinden wie viele Personen mit Schutzstatus S bei Gastfamilien untergebracht sind und wie viele in einer Gemeindeunterkunft respektive in Basel-Stadt in kantonalen Strukturen. Am

«Als Staat dürfen wir nicht auf die Solidarität Privater bauen.»

Fabian Dinkel
Leiter Sozialamt Baselland

Beispiel der sechs Gemeinden Basel, Riehen, Liestal, Binningen, Laufen und Sissach ist erkennbar, wie stark die Kantone von der Hilfsbereitschaft von Familien, die ukrainische Flüchtlinge aufnehmen, profitieren (siehe Kästchen unten oder online für sämtliche Gemeinden).

Ohne Gastfamilien wären beide Basel aufgeschmissen

Doch dieses System ist fragil, wie Dinkel weiss: «Als Staat dürfen wir nicht auf die Solidarität Privater bauen. Doch umgekehrt ist es auch nicht die Aufgabe des Staats, privates Engagement aktiv zu unterbinden.» Erst Mitte Mai teilte Baselland mit, dass Gastfamilien vermehrt an ihre Grenzen stossen und Aufgenommene teils auch wieder abgeben würden. Dass aktuell täglich «nur noch» fünf bis zehn Flüchtlinge in Gastfamilien unterkommen – zu Beginn des Krieges waren es 50 – liegt aber auch daran, dass der Bund momentan weniger an die beiden Basel zuweist, damit die Verteilung unter den Kantonen ausgeglichener wird. Problematisch würde es, wollte

eine ganze Welle an Gastfamilien gleichzeitig ihre Gäste an die Gemeinden abgeben. Denn den in Baselland wie Basel-Stadt je 1300 privat Untergebrachten stehen aktuell bloss etwa 300 (BL) respektive 380 (BS) freie Plätze in kommunalen oder kantonalen Strukturen gegenüber, wie Dinkel und die Basler Asylkoordinatorin Renata Gäumann festhalten. Letztere verweist zwar darauf, dass Basel auch noch Wohncontainer für 600 Plätze kaufen wird, dennoch besteht eine Diskrepanz.

Um ein notfallmässiges Ausweichen auf Massenunterkünfte wie Zivilschutzanlagen zu vermeiden, sind die Baselbieter Gemeinden aufgerufen, weitere Unterkünfte zu schaffen. Ende April erhöhte der Kanton die Zahl der von den Gemeinden bereitzustellenden Asylplätze von 1,4 auf 2,6 Prozent der Bevölkerung (Asylquote). Dieser Wert orientiert sich zwar daran, wie viele Flüchtlinge der Bund bis Ende Jahr erwartet, doch ein Papiertiger ist er nicht, wie Dinkel betont. Dennoch erfüllen nur sieben Gemeinden

«Wenn wir gebraucht werden, sind wir bereit.»

Mélanie Wussler
Gemeindepräsidentin Eptingen

die Asylquote. Auch bei der Verteilung der ukrainischen Flüchtlinge sind die Unterschiede zwischen den Gemeinden gross (siehe Karte). Dass Basel und die Agglomeration in absoluten Zahlen obenausschwingen, überrascht nicht. Setzt man es ins Verhältnis pro 1000 Einwohner, hängen kleine Gemeinden wie Hemmiken (27 auf

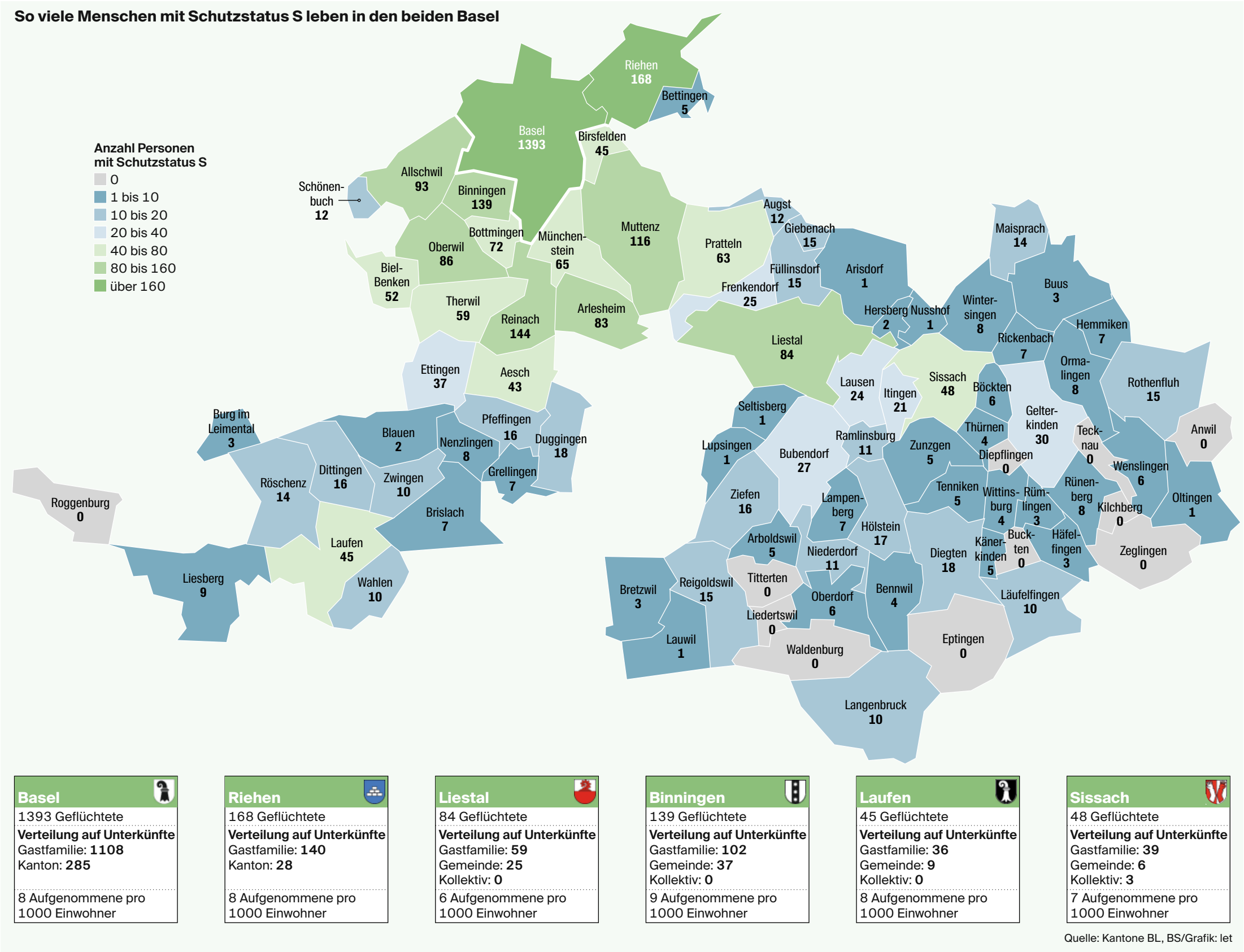
1000), Dittingen (22) oder Rothenfluh (19) die grossen aber deutlich ab.

Nicht alle Gemeinden ohne Flüchtlinge drücken sich

Elf Gemeinden beherbergen Stand 1. Juni allerdings gar keine Personen mit Schutzstatus S, auch nicht in Gastfamilien. Sie alle befinden sich – ausser Roggenburg – in den Bezirken Waldenburg und Sissach. Dinkel weist darauf hin, dass es auch sein könne, dass einige von ihnen dem Kanton Plätze angeboten haben, diese aber noch nicht genutzt wurden.

Dies trifft etwa auf Eptingen zu, wie eine Nachfrage bei Gemeindepräsidentin Mélanie Wussler zeigt: «Gemeindeeigene Unterkünfte können wir wirklich keine bieten – ausser der Zivilschutzanlage.» Doch drei Gastfamilien hätten sie dem Kanton schon lange gemeldet und seither nichts mehr gehört. Wusslers Botschaft ist klar: «Wenn wir gebraucht werden, sind wir bereit.»

Mehrere interaktive Karten finden Sie auf unserer Website.



Basel Stadt Land Region

Baselbieter Gemeinden knausern bei der Entschädigung von Gastfamilien

Privatunterkunft von Geflüchteten Der Regierungsrat des Kantons Baselland hat beschlossen, ab 1. Juli Gastfamilien von Ukrainerinnen und Ukrainern zu entschädigen. Für die Zeit zwischen März und Juni erhalten sie eine reduzierte Pauschale.

Thomas Dähler

Gastfamilien von Geflüchteten aus der Ukraine erhalten im Baselbiet ab 1. Juli monatliche Entschädigungen von 220 Franken für eine Person, von 150 Franken für die zweite oder dritte Person und von 670 Franken insgesamt für vier und mehr Personen. Die Kantonsregierung hat die Verordnung verabschiedet, nach der Gastfamilien künftig entschädigt werden.

Auf Wunsch der Mehrheit der Gemeinden hat die Regierung jedoch die Pauschalen für die zurückliegenden vier Monate gekürzt. Ursprünglich hatte die Regierung geplant, den Anspruch auf die monatlichen Entschädigungen unverändert auch rückwirkend zu gewähren. Mit dem Verzicht auf die volle rückwirkende Auszahlung ersparen sich die Baselbieter Gemeinden Kosten von schätzungsweise einer halben Million Franken.

Gemeinden werden geschont

Streitpunkt im Vernehmlassungsverfahren war die bisher den Geflüchteten ausbezahlte Pauschale von monatlich 100 Franken für die Wohnnebenkosten. Die jetzt reduzierten Pauschalen für die zurückliegende Aufenthaltszeit berücksichtigen, dass bis heute die Sozialhilfe der Flüchtlinge um diese Wohnnebenkosten-Pauschale von 100 Franken aufgewertet wurde, unabhängig davon, ob die Gäste aus der Ukraine diese Pauschale für eigene Bedürfnisse aufgewendet oder – wohl eher selten – an die Gastgeber weitergegeben haben. Die jetzt für März bis Juni angeordneten reduzierten Pauschalen ersparen den Gemeinden die parallele Auszahlung sowohl der vollen Entschädigung an die Gastgeber als auch des



Zwei geflüchtete Ukrainerinnen in einer Privatunterkunft: Jetzt werden die Gastfamilien im Baselbiet bescheiden entschädigt. Foto: Lucia Hunziker

Wohnnebenkosten-Zuschlags an die Flüchtlinge. Letzterer wird per 1. Juli abgeschafft.

Die reduzierten Pauschalen belaufen sich auf monatlich 100 Franken pro Person oder 400 Franken maximal pro aufgenommene Gruppe. Sie sorgt dafür, dass die Unterbringung in den ersten vier Monaten die Gemeinden nicht teurer zu stehen kommt als ab kommendem 1. Juli. Leidtragende sind die

Gastfamilien, die den Geflüchteten die 100 Franken für die Wohnnebenkosten nicht abknöpft haben.

«Nachhaltige» Aufnahme

Dass es für Gastfamilien schwierig ist, Flüchtlinge aus der Ukraine über längere Zeit zu beherbergen, ist unterdessen hinlänglich bekannt. Zum Anspruch auf eine finanzielle Honorierung der Gastfreundschaft schreibt die

Baselbieter Regierung in ihrem Communiqué aber ausdrücklich, dass es mit der Entschädigung auch darum gehe, «die Aufnahme bei Privaten nachhaltiger zu gestalten». Gastfamilien, bei denen die Flüchtlinge zum Zeitpunkt des Entschädigungsgesuchs bereits wieder ausgezogen sind, gehen leer aus.

Die Revision der Asylverordnung beschränkt sich nicht auf den gegenwärtigen Schutzstatus S

der Flüchtlinge aus der Ukraine – hat also auch Bestand, wenn der Bund die Aufnahmeregelung allenfalls ändert. Voraussetzungen dafür, Flüchtlinge in einer Privatunterkunft aufzunehmen, ist eine angemessene Unterbringung. Dazu gehören nicht nur ein Mindestmass an Privatsphäre und ein Zugang zu Bad und Küche. Dazu gehört auch der Wille, die Gäste dauerhaft aufzunehmen, «im Idealfall zwischen drei und

sechs Monaten». Voraussetzung für Gastgeber sind zudem ein einwandfreier Leumund und keine Verwandtschaft mit den Aufgenommenen. Rund 70 Prozent der 2050 im Baselbiet lebenden Ukraine-Flüchtlinge sind privat untergebracht.

Mit der Verordnungsrevision erfüllt die Regierung ein Handlungspostulat von Landrätin Caroline Mall (SVP). Dieses war vom Parlament am 24. März ohne Gegenstimme überwiesen worden. Mit dem Vorstoss hatte das Parlament die Regierung eingeladen, die finanzielle Unterstützung bis Ende April zu regeln. Das ist jetzt gelungen.

Kein einheitliches Vorgehen

Mall hatte damals im Rat an die Gemeinden appelliert, sich nicht querzustellen, denn von den Gastfamilien würden die Gemeinden nur profitieren. In mehreren Gemeinden stand damals nur eine ungenügende Zahl an Unterkünften zur Verfügung.

Die Unterbringung der Flüchtlinge ist ausschliesslich Sache der Gemeinden. Der Kanton hat diese über die vom Regierungsrat beschlossene Verordnungsrevision orientiert. Nach Auskunft des kantonalen Sozialamts informieren die Gemeinden die Gastfamilien mit einem Schreiben. Der Ablauf der Entschädigung, vom Antrag bis zur Auszahlung, variiert in den 86 Gemeinden des Baselbiets.

Der Bund entrichtet pro Flüchtling einen Beitrag von 1500 Franken, den der Kanton jeweils an die entsprechende Gemeinde weiterleitet. Mit den Mitteln, welche die Sozialhilfe und die allfällige Entschädigung der Gastfamilien übersteigen, decken die Gemeinden ihre eigenen Aufwendungen bei der Unterbringung.

Basel plant auf Reserve

Zwischen Basel und Riehen könnte eine temporäre Wohnsiedlung für ukrainische Flüchtlinge entstehen.

Maria-Elisa Schrade

«Seit Beginn des russischen Angriffskrieges vor über neun Monaten sind 15,8 Millionen Menschen aus der Ukraine geflüchtet, 72 000 beantragten bislang Schutz in der Schweiz, davon leben derzeit 1800 in Basel-Stadt», erzählt Sozialhilfeleiter Rudolf Illes bei einer Informationsveranstaltung für Anwohnende rund ums Bäumlhof-Areal, die über eine geplante Wohnmodulsiedlung für ukrainische Schutzsuchende aufklären soll. Denn: Seit das russische Militär gezielt zentrale Infrastruktur in der Ukraine zerstört, um die Zivilbevölkerung weiter unter Druck zu setzen, rechnen die Behörden spätestens seit Winterbeginn wieder mit stark steigenden Geflüchtetenzahlen.

Die Powerpoint-Präsentation ist dicht befüllt mit Zahlen und Kalkulationen: So rechnet der Bund angeblich verschiedene Szenarien durch, nach denen die Schweiz im Höchstfall ab Kriegsbeginn bis Juni 2023 insgesamt 138 000 Schutzsuchende aus der Ukraine aufnehmen muss. Basel-Stadt erhielte dementsprechend bis kommenden Sommer wenigstens weitere 569 Zuweisungen. Tritt der Extremfall ein, wären es 1374.

Zwar verfügt Basel noch über genügend Platz für alle ukrainischen Schutzsuchenden, so Illes: «Ein Teil von ihnen lebt nach wie vor in kantonalen Liegenschaften oder Gastfamilien, weit über die Hälfte hat inzwischen sogar eine eigene Mietwohnung gefunden.» Auch für weitere 600 bis 700 Schutzsuchende wären ausreichend Unterbringungsmöglichkeiten vorhanden. Doch danach wird es eng.

Basel-Stadt bereite sich auf den Ernstfall vor

Was die Zuhörenden etwas überrascht: Damit künftig auch über 1000 Schutzsuchende angemessen untergebracht werden könnten, plant die Stadt bereits seit



So sollen die temporären Wohnmodule für Schutzsuchende aus der Ukraine auf dem Bäumlhof-Areal aussehen.

Bild: zVg

Monaten mit dem negativsten Szenario. Denn der Bau zusätzlicher Wohnmodulsiedlungen ist langwierig und aufwendig, wie die ausführlichen Erläuterungen der geladenen Stadtplane verdeutlichen sollen.

So hat das Baudepartement eigenen Angaben zufolge in den vergangenen Monaten 24 potenzielle Standorte evaluiert, darunter mehrere Büroliegenschaften der UBS in Grossbasel sowie diverse Industrie- und Grünflächen. Doch als geeignet wurden lediglich die Standorte Erlentplatz, Rosental Mitte, Bäumlhof und Stettenfeld in Riehen eingestuft.

Die Auswahlkriterien sind durchaus komplex: Dabei spielen offenbar der Zugang zu Kanalisation, Wasser und Strom ebenso eine Rolle wie die Anbindung an Schulen, öffentlichen

Verkehr und Einkaufsmöglichkeiten. Ein geleaktes Dokument des Wirtschaftsdepartements, das plötzlich im Publikum zirkuliert, zeigt ausserdem eine Vielzahl bau- und zonenrechtliche Gesetzesgrundlagen auf, die im Fall des Bäumlhof-Areals mehrere Ausnahmegewilligungen erfordern würden.

Das Areal ermöglicht eine flexible Siedlungsplanung

Attraktiv ist das Areal für die Stadtplaner dennoch insbesondere aufgrund seiner schieren Grösse. Denn die 18 000 Quadratmeter bieten viel Handlungsspielraum für verschiedene Arten von Wohnmodulen, darunter auch solche, die kurzfristig verfügbar sind, heisst es in dem Papier. Asylkoordinatorin Renata Gäumann sagte auch: «Es ist nicht geplant, gleich alles zu bau-

en. Das grosse Areal und die modulare Bauweise ermöglichen uns mehr Flexibilität.»

Beauftragt mit den Wohnmodulen ist das Architekturbüro Waldner Partner. Architekt Frieder Braun will einfache Ein- bis Vierzimmerwohnungen aus Holz bauen und verspricht auch jede Menge Grünflächen: «Das soll keinen Silocharakter haben. Es gibt viele Durchgänge, Spiel- und Sportflächen.»

Ob die Siedlung überhaupt gebaut wird, ist noch offen

Bei den Anwohnenden im Quartier kommen diese Pläne insgesamt gut an. Eine junge Frau sagt: «Ich hatte befürchtet, dass Sie hier Container hinsetzen wollen. Doch diese Wohnungen sehen vernünftig aus, da können sich die Leute gut integrieren.» Die Anwesenden

belohnen ihre Worte mit Applaus.

Ob der Bedarf für eine solche Siedlung besteht, beschliesst die Regierung voraussichtlich bis Januar. Einfach zu fällen ist diese Entscheidung nicht, denn, auch wenn der prognostizierte Anstieg bislang ausblieb, kann niemand mit Sicherheit vorhersagen, wie sich die Geflüchtetenzahlen bis März entwickeln werden. Sollte Rudolf Illes Recht behalten, der vom niedrigsten Szenario des Bundes ausgeht, werden die Pläne nicht nötig werden. Und selbst wenn der Bedarf angemeldet wird, bedeutet das noch lange nicht, dass auch das Baugesuch bewilligt wird. Doch die Anwohnenden sind immerhin bereits auf alle Eventualitäten vorbereitet und die Regierung ist dies hoffentlich auch.

Basler Asyl für Kunst aus der Ukraine

Das Kunstmuseum Basel präsentiert Gemälde aus der Kiewer Gemäldegalerie, die hier Schutz vor der Vernichtung gefunden haben.

Dominique Spirgi

Kliment Redko, Oleksandr Schewtschenko, Wolodymyr Borowykowsky: Das sind Namen von Künstlern, die hierzulande wohl nur wenigen Fachleuten geläufig sind. Der Name Ilja Repin dürfte da schon eher bekannt klingen, auch wenn dieser Künstler, der von 1844 bis 1930 vor allem in St. Petersburg gelebt und gearbeitet hatte, stets voll und ganz als Repräsentant russischer oder sowjetischer Kunst präsentiert wurde.

Der Name Ilja Repin ist Sinnbild für eine brutale Nebenerscheinung des Kriegs in der Ukraine. Schon im Zarenreich wurde die Eigenständigkeit der ukrainischen Kultur und Kunst bekämpft und als nationalistischer Teil ins grosse Russland einverleibt. Dabei verstand sich der Kosake Repin selber stets als

Ukrainer. Sein künstlerischer Blick auf den von Armut und von kriegerischen Ereignissen geprägten Alltag im Zarenreich war von Kritik geprägt, während er Landschaften aus der Ukraine in poetischer Schönheit abbildete.



Ilja Repin: «Ukrainisches Haus», 1880.

49 Gemälde dieser Künstlerinnen und Künstler aus der Kiewer Gemäldegalerie sind nun in einer Ausstellung im Kunstmuseum Basel zu sehen. Ihnen gemein ist der Umstand, dass sie ukrainische Wurzeln haben, also «Born in the Ukraine» sind,

wie der Titel der Schau lautet. Stilistisch decken die Gemälde aus dem 18. bis 20. Jahrhundert eine breite Palette ab. Sie reichen von neoklassizistischen Porträts im französischen Stil über realistische Genrebilder und Historienmalereien bis zu expressionistischen und impressionistischen Landschaftsbildern.

Dass diese Werke nun in Basel gezeigt werden, ist eine Folge des Kriegs. Im vergangenen März sind Vertreterinnen und Vertreter der Kiewer Gemäldegalerie mit der Bitte an das Basler Museum gelangt, Werken aus der Sammlung Asyl zu gewähren, weil vor Ort nicht ausreichend Schutzräume vorhanden seien.

Dass dies keine leere Bitte ist, konnte die ukrainische Gastkuratorin Oksana Pidsukha am Medienrundgang durch die Ausstellung augenscheinlich bewei-

sen: Sie zeigte auf einem iPad ein Foto der hundertjährigen Gemäldegalerie, die bei einem Bombenangriff starke Schäden davongetragen hat.

Ein Herzensanliegen von Josef Helfenstein

Mit der Bitte rannten die ukrainischen Museumsleute bei ihren Basler Kolleginnen und Kollegen offene Türen ein. Kunstmuseumsdirektor Josef Helfenstein sprach von einem Herzensanliegen. Man habe im Basler Haus lange diskutiert, wie man den Kolleginnen und Kollegen aus der Ukraine helfen könne. So war die Anfrage, die über das Musée Rath in Genf erfolgte, sehr willkommen. Das Genfer Museum hat seinerseits die Kiewer Sonderausstellung «Von der Dämmerung bis zum Morgenrauen» übernommen. Helfenstein erinnerte überdies daran,

dass auch das Basler Kunstmuseum seine Sammlung während des Zweiten Weltkriegs in Sicherheit bringen müssen. Damals wurde sie in die Inner-schweiz verfrachtet.

Das Asyl und die Ausstellung in Basel sind nun zum einen ein Akt der Solidarität, die dem Begriff «Fluchtkunst» eine ganz neue Bedeutung verleiht. Zum anderen bietet sie die Gelegenheit, unbekannte Künstlerinnen und Künstler und deren Schaffen kennen zu lernen. Damit könne das Basler Museum auch einen Beitrag zur Stärkung des bedrohten kulturellen Selbstverständnisses der Ukraine leisten, so die Erwartung der Museumsleute aus Kiew.

«Born in the Ukraine»

Kunstmuseum Basel, Hauptbau. Bis 30. April. www.kunstmuseumbasel.ch

Bild: zvg/Kunstmuseum Basel

Angekommen, aber nicht zuhause

Geflüchtete aus der Ukraine wollen auch in den beiden Basel auf eigenen Beinen stehen. Die Erwerbsquote bleibt trotzdem niedrig. Die Menschen erwarten zahlreiche Stolpersteine auf dem Weg zur Selbstständigkeit. Viele von ihnen wohnen unterdessen alleine.

Hans-Caspar Kellenberger

Oksana Buzoveria (46) hat einen Kuchen gebacken und den Küchentisch für ihre Gäste gedeckt. An den beiden Fenstern hängen beleuchtete Ukraine-Flaggen, als Buzoveria ihre Gäste bittet, sich zu setzen. Es wird eng in der kleinen Küche, trotzdem tut die 46-jährige alles, damit sich die Menschen bei ihr wohlfühlen. Auch Russisch-Übersetzer Boris Chnaider ist mit dabei.

Vor bald einem Jahr hat Russland die Ukraine angegriffen. Der Krieg, der seither unerbittlich tobt, hat Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer aus ihrer Heimat vertrieben. So auch in die Schweiz: 62523 Geflüchtete aus der Ukraine sind hier gemäss dem Staatssekretariat für Migration (SEM) mit Schutzstatus S per Ende Dezember registriert. So auch Oksana Buzoveria und ihr Sohn Egor, die Anfang März 2022 aus der – noch heute unter Beschuss stehenden – ukrainischen Grossstadt Charkiw geflüchtet sind. Untergekommen sind die zwei Geflüchteten damals bei der ehemaligen SP-Grossrätin Danielle Kaufmann in Basel.

Viele Geflüchtete wohnen jetzt zur Miete

Bei der Ankunft in der Schweiz erwarten die geflüchteten Menschen weitere, grosse Herausforderungen. Die Gastgeberkantone und -gemeinden derweil müssen den Bedürfnissen der Geflüchteten gerecht werden können – und greifen dabei weiterhin auch auf die Hilfe der privaten Gastfamilien zurück. Auch in den beiden Basel.

Dem Stadtkanton wurden bisher insgesamt 1830 Geflüchtete aus der Ukraine zugewiesen. Gut die Hälfte der Schutzsuchenden sind Frauen, rund ein Drittel sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren und rund 300 sind erwachsene Männer. Derzeit wohnen noch 220 der geflüchteten Menschen bei Gastfamilien sowie deren 500 in kantonalen Unterkünften.

Alle anderen sind ausgereist oder haben ihren Wohnsitz unterdessen gewechselt – und leben alleine: Oksana Buzoveria und ihr Sohn Egor wohnen mittlerweile in einer Mietwohnung. Auch Lucka (15) – der Sohn einer Freundin aus Charkiw – wohnt seit dem August bei Buzoveria. Auch er musste vor dem Krieg fliehen. Seine Mutter arbeitet beim ukrainischen Militär.

«Gastfamilien stellen ihren Wohnraum für mindestens drei Monate zur Verfügung und viele verlängern um mehrere Monate. Aber sowohl Gast-

familien wie auch die Schutzsuchenden bevorzugen mit der Zeit privaten Raum. Es erstaunt daher nicht, dass die Zahl zurückgegangen ist», heisst es bei der kantonalen Asylkoordination.

Der selbstbestimmte Alltag wird für die Geflüchteten immer wichtiger, denn es bleibt ungewiss, wann sie in die Ukraine zurückkehren können. Oksana Buzoveria hoffte im März 2022 im Gespräch mit dieser Zeitung noch, dass sie innerhalb einiger Monate nach Hause zurückkehren kann. Daraus wurde nichts. Zwar konnte sie ihren Mann bereits zweimal in Charkiw besuchen, jedoch unter Lebensgefahr. Granaten und Raketen schlugen noch immer in der Grossstadt ein. Grosse Teile der örtlichen Infrastruktur sind zerstört.

«Momentan lebe ich von Tag zu Tag und schaue, wie es weitergeht», sagt Buzoveria. Die täglichen Nachrichten aus ihrer Heimat lassen sie auch hier in der Schweiz nicht los. «Ich blicke nicht zu weit nach vorne, da ich nicht weiss, was noch passieren wird», sagt sie. Trotz aller Ungewissheiten versuchte sie in den letzten Monaten, sich hier eine Existenz aufzubauen.

Dem Baselbiet sind seit Kriegsbeginn und bis Ende des vergangenen Jahres derweil 2452 Geflüchtete aus der Ukraine zugewiesen worden. Fast die Hälfte davon (1172) sind Frauen, hinzu kommen 887 Kinder und 393 Männer.

Aufnahmen bei Privaten gibt es weiterhin

Rund 60 Prozent von ihnen wohnen unterdessen alleine in einer Wohnung, 1,5 Prozent in Wohngemeinschaften und 38,5 Prozent bei Gastfamilien. Vergleicht man die jetzige Situation mit jener im Juli, hat die private Unterbringung ukrainischer Geflüchteter um

rund ein Drittel abgenommen. Damals waren rund 62 Prozent der Ukrainerinnen und Ukrainer in Gastfamilien untergebracht. Insgesamt habe sich die Unterbringung in Gastfamilien als nachhaltiger erwiesen als anfänglich angenommen, heisst es beim Baselbieter Sozialamt. «Dass aktuell immer noch über ein Drittel aller Schutzsuchenden aus der Ukraine privat untergebracht sind, zeigt, dass in vielen Fällen Lösungen für ein vorübergehendes Zusammenleben gefunden werden konnten», sagt Dienststellenleiter Fabian Dinkel. Auch würden weiterhin Menschen privat aufgenommen, wenn auch nicht mehr im gleichen Umfang wie noch im Frühjahr 2022.

Für die Gastfamilien wurde ein Entschädigungssystem eingeführt, welches über die einzelnen Gemeinden läuft. Wegen der Zuständigkeit der Gemeinde könne der Kanton aber noch keine Bilanz zu den Beträgen ziehen, die bisher ausbezahlt wurden.

Ohne Sprachkenntnisse wird es schwierig

In Basel-Stadt wird von der Sozialhilfe eine Wohnpauschale pro Monat für Nebenkosten an die Gastfamilien ausbezahlt. Ab dem 1. Oktober des vergangenen Jahres wurde die Pauschale für diejenigen Gastfamilien erhöht, die mehr als zwei Personen beherbergen. Für den Bezug müssen die Geflüchteten auch in der Stadt bei der Sozialhilfe angemeldet sein.

Die Geflüchteten wollen auf eigenen Beinen stehen. Im Kanton Basel-Stadt haben 2405 von 2452 geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainern bis Ende Dezember den Schutzstatus S erhalten. In Basel-Stadt haben alle 1830 Geflüchteten den Status erhalten – in der Theorie dürfen sie also alle arbeiten.

Theorie und Praxis klaffen jedoch weit auseinander: Über die gesamte Schweiz gesehen liegt die Erwerbstätigenquote der Geflüchteten aus der Ukraine bei 14,3 Prozent. Im Baselbiet wurden bisher gerade einmal 228 Gesuche zu einem Stellenantritt von Ukrainerinnen und Ukrainern bewilligt. In Basel-Stadt wurden bisher 233 Gesuche gutgeheissen. 1460 Ukrainerinnen und Ukrainer werden in der Stadt aktuell von der Sozialhilfe unterstützt – so auch Oksana Buzoveria.

Sie sagt: «Ich würde gerne arbeiten, ich bin eine aktive Person.» Zeitlich würde das, gemäss ihrer eigenen Aussage, trotz der beiden Schulkinder in ihrem Haushalt funktionieren. Aber: «Es ist sehr schwierig, hier eine Stelle



Die geflüchtete Ukrainerin Oksana Buzoveria mit ihrem Pflegesohn Lucka Garmash in ihrem

zu finden. Die Spezialisierung in der Schweiz ist hoch», so Buzoveria, die in ihrer Heimat Mitarbeiterin in einem Sport-Gymnasium war. Zusammen mit ihrer ehemaligen Gastgeberin hat sie mehrere Bewerbungen verfasst – ohne Erfolg. Die Basler Asylkoordinatorin Renata Gäumann sagt: «Auch für die aus der Ukraine geflüchteten Menschen ist die Tür zum Arbeitsmarkt die Sprache.» Zwar würden viele gut Englisch sprechen, aber mit Deutsch müssten die meisten ganz vorne anfangen.

Es gebe hochqualifizierte Leute mit perfekten Englischkenntnissen, die Arbeitsplätze finden, beispielsweise im Bereich Life Sciences, aber das seien nur Einzelne. Ohne gute Deutsch- oder Englischkenntnisse wird es also schwierig für die Geflüchteten, auch wenn sie eigentlich arbeiten dürften.

So auch für Oksana Buzoveria. Sie ärgert sich sichtlich, nicht arbeiten zu können. Vier Mal wöchentlich nimmt sie, jeweils am Nachmittag, nachdem sie für die Kinder gekocht hat, Deutschunterricht. In Basel-Stadt werden Schutzsuchende aus der Ukraine von der Fachstelle Arbeitsintegration für Geflüchtete der Sozialhilfe in Sprachkurse vermittelt.

Breite Verteilung auf verschiedene Branchen

Auch im Kanton Baselland bestehe der Zugang zu entsprechenden Angeboten, heisst es auf Anfrage. Insgesamt handle es sich aber bei der Integration in den Arbeitsmarkt um einen längerfristigen Prozess, der oft über mehrere Jahre gehe. Für die Schutzsuchenden aus der Ukraine sei hier auch erschwerend, dass die langfristige Perspektive betreffend den Aufenthaltsstatus und die

Rückkehrmöglichkeiten unsicher sei. Darum haben bisher nur wenige Geflüchtete aus der Ukraine eine Anstellung in den beiden Basel gefunden. In Basel-Stadt sind es vor allem die Bereiche Life Sciences, Detailhandel, Gastronomie und Hotellerie.

Im Baselbiet ist die Verteilung ähnlich breit: Spitzenreiter sind die Bereiche Gebäudebetreuung, Garten- und Landschaftsbau (29 Stellen), Landwirtschaft (24 Stellen), Erziehung und Unterricht (21 Stellen), Nahrungsmittelproduktion (15 Stellen) und Gastronomie (14 Stellen). Buzoveria sagt: «Ich will hier arbeiten – und ich schäme mich, das bisher nicht zu können.» Sie will kein Sozialfall bleiben. Eine mangelnde Kompetenz im Bereich der deutschen Sprache erweise sich als grösster Stolperstein in der Arbeitsvermittlung, betont auch das Baselbieter Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Kiga). Gerade deshalb ist die Einschulung der

«Die Tür zum Arbeitsmarkt ist die Sprache.»

Renata Gäumann
Asylkoordinatorin Basel-Stadt

«Es ist sehr schwierig, hier eine Stelle zu finden.»

Oksana Buzoveria
Geflüchtete aus Charkiw



Wohnzimmer in Basel.

Bild: Roland Schmid (5. Januar 2023)

geflüchteten Minderjährigen aus der Ukraine essenziell, sollten sie langfristig in der Schweiz bleiben.

Oksana Buzoverias Sohn Egor besucht eine Klasse des Zentrums für Brückenangebote, obwohl er, genau wie Pflegesohn Lucka – der in die Sekundarstufe 1 in Basel eingeschult wurde – in der Ukraine das Gymnasium besucht hatte. Die fehlenden Französischkenntnisse stellen den beiden Jungen wegen der Maturitätsverordnung ein Bein auf ihrem schulischen Weg in der Schweiz. Das auch, wenn Lucka beispielsweise bereits gut Deutsch spricht.

So schnell wie möglich in die Regelklasse

Gerade begabte Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine drohen deshalb unterzugehen. Lucka wie auch Egor besuchen parallel zur Schule in der Schweiz auch einen virtuellen Unterricht in ihren alten ukrainischen Klassen. Unlängst trafen russische Raketen auch eine Eishockey-Arena in der Ukraine, die komplett zerstört wurde. Buzoverias Sohn Egor möchte in der Schweiz bleiben. Er spielt leidenschaftlich gern Eishockey, momentan in der U17-Mannschaft des EHC Basel. Pflegesohn Lucka will studieren, seine Traumberufe sind Arzt oder Biologe.

Die Einschulung der geflüchteten Kinder aus der Ukraine ist derweil für beide Kantone eine Herausforderung, was aktuelle Zahlen belegen: In Basel-Stadt wurden bis anhin 65 Kinder im Kindergarten, 161 Kinder in die Primarschule und 91 Kinder in die Sekundarschule eingeteilt. Hinzu kommen 73 Kinder und junge Erwachsene, die in Berufsfachschulen und Gymnasien eingeteilt wurden. Auch hier wird die

Verteilung auf die verschiedenen Stufen anhand der bereits vorhandenen Deutschkenntnisse vorgenommen, wie es beim Erziehungsdepartement heisst. Für gewöhnlich kommen die Kinder zuerst in Einstiegsgruppen, wo sie Unterricht mit Fokus Deutsch erhalten. Sobald das Kind genügend Deutschkenntnisse hat und Platz in einer Regelklasse vorhanden sei, sei es vom Integrationsgedanken am besten, wenn die Kinder dorthin kommen. Ganze, neue Klassen mussten in Basel-Stadt bisher nicht gebildet werden.

Auch im Baselbiet seien «keine Herausforderungen diesbezüglich bekannt», so Michael Lehner, Sprecher der Bildungs- Kultur- und Sportdirektion. Hier werden 151 ukrainische Schülerinnen und Schüler in 15 Sekundarschulen unterrichtet. Hinzu kommen 204 in 40 Primarschulen und 58 in 26 Kindergärten.

Im Baselbiet werden die ukrainischen Kinder und Jugendlichen gruppenweise in Fremdsprachintegrationsklassen (FSK) eingeteilt, um danach so bald wie möglich in Regelklassen integriert. Die zusätzlichen Herausforderungen sind sehr unterschiedlich. Simon Thiriet vom Erziehungsdepartement Basel-Stadt sagt: «Zum Teil haben die Kinder und Jugendlichen gar keine Probleme und können schon nach wenigen Wochen normal im Schulalltag mitmachen. Dann gibt es aber auch Kinder, die vom Krieg traumatisiert sind. Hier beweisen die Lehrpersonen und Schulleitungen sehr viel Fingerspitzengefühl.»

Die Situation auf dem Lehrpersonenmarkt sei «allgemein herausfordernd», so Thiriet. «Gerade in den ersten Wochen der Flüchtlingswelle erfuh-

ren wir aber von Seiten der Lehrpersonen und Schulleitungen eine sehr grosse Solidarität und einen grossen Einsatzwillen, was so kurz nach Corona nicht selbstverständlich war», sagt Thiriet. Dem Lehrpersonenmangel wird mit der zusätzlichen Belastung des Schulsystems aber kaum Abhilfe getan.

Hinzu kommen auch fehlende Fachkräfte im Sozialbereich. In Basel-Stadt sind deshalb, für die Betreuung der Geflüchteten aus der Ukraine, 130 zusätzliche Stellen vorgesehen: 60 für Lehrkräfte, 70 für die Sozialbehörden. Wie sieht das im Baselbiet aus? «Im Zusammenhang mit den hohen Zahlen an Geflüchteten aus der Ukraine wurden auch im Kanton Baselland in verschiedenen Bereichen neue Stellen geschaffen», sagt Fabian Dinkel vom kantonalen Sozialamt.

Der Traum einer Rückkehr lebt weiter

Dies betreffe die Betreuung in den Gemeinden, die Betreuung durch Dienstleister im Sozialbereich und im Bereich der Integration, in den Schulen und in der Verwaltung. Eine Übersicht liege jedoch nicht vor, da die Betreuung auf der Gemeindeebene geregelt wird.

Oksana Buzoveria träumt von einer Rückkehr nach Charkiw, auch wenn ihr die Schweiz gut gefällt. Nach ihrem letzten Besuch fiel es ihr schwer, wieder zu gehen. Aber die Sicherheitslage in der Stadt ist weiterhin prekär. Und: «Auch wenn die Ukraine den Krieg gewinnt, weiss ich nicht, wie es danach weitergeht. So vieles ist zerstört», sagt Buzoveria. Der nächste Punkt, den sie für eine allfällige Abreise im Moment ins Auge fasst, ist das Ende des laufenden Schuljahres im Sommer.

Nachgefragt

«Ein Kurzaufenthalt war immer eine Illusion»

Ehemaliger Integrationsbeauftragter Thomas Kessler über geflüchtete Ukrainerinnen in der Schweiz.

Interview: Maria-Elisa Schrade

Vor zehn Monaten hat Russland die Ukraine angegriffen, seitdem sind über 71 000 Ukrainerinnen und Ukrainer in der Schweiz geflohen. Während viele Schutzsuchende anfangs hofften, möglichst bald in ihre Heimat zurückzukehren, haben sich die meisten inzwischen auf einen längeren Aufenthalt eingestellt. Der Agronom Thomas Kessler leitete von 2009 bis 2017 die Basler Kantons- und Stadtentwicklung, davor war er neun Jahre lang Integrationsbeauftragter des Kantons. Als die ersten Schutzsuchenden nach Basel kamen, nahm auch er eine ukrainische Familie bei sich auf.

Was bedeutet die Kriegsentwicklung der letzten Monate für die geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainer in der Schweiz?

Thomas Kessler: Ich muss vorweg sagen, dass mich der Überfall nicht überrascht hat; ich habe meine Firma zeitig darauf ausgerichtet. Seit dem Angriff lässt sich der Kriegsverlauf in Echtzeit beobachten, der – so hart das klingen mag – durch die Feuerkraft von zwei Parteien bestimmt wird: Wenn der Westen schwere Waffen liefert, geht es schneller, tut er das zögerlich, dauert es länger. Ich rechne daher nicht mit einem Kriegsende vor dem kommenden Sommer. Das habe ich der ukrainischen Familie, die ich letztes Jahr bei mir aufgenommen hatte, früh so gesagt und ihr dazu geraten, ihre Rückkehrpläne zu ändern.

Mit welchen Erwartungen ist die Familie in die Schweiz gekommen?

Die Mutter wollte ursprünglich im Sommer 2022 zurück und ihre Kinder in der Ukraine einschulen, aber ein Kurzaufenthalt war von Anfang an eine Illusion. Für die Allermeisten gilt ein mittelfristiger Aufenthalt. Und das bedeutet, die Anstrengung einer Integration mit Deutschlernen auf sich zu nehmen und eine Arbeit zu suchen. Die Mutter hat sich wie fast alle darauf eingelassen, ihr Kind geht nun hier zur Schule und sie lernt Deutsch. Ausserdem haben sie eine passende Wohnung gefunden.

Wie gut ist die Schweiz darauf vorbereitet, so viele Geflüchtete aus der Ukraine längerfristig aufzunehmen?

Für die Schweiz ist das kein Problem, sondern eine Chance. Wir haben einen akuten Fachkräftemangel von der Wissenschaftlerin bis zum Verkäufer und die Ukrainer sind sehr motiviert. Sie bringen viel Wissen und Fähigkeiten mit, die uns hier in der Schweiz fehlen. Jetzt ist es an der Schweiz, wie schnell Sprach- und Arbeitsangebote spezifiziert werden – einige Arbeitgeber waren da bereits sehr kreativ. Das ist eine spannende Herausforderung, die sowieso aktuell ist, unabhängig vom Ukraine-Krieg, denn wir waren schon immer wirtschaftlich stärker, als sich das in unserer Bevölkerungszahl widerspiegelt.

Alles in allem profitiert die Schweiz also vom russischen Krieg gegen die Ukraine?

Es tut der Schweiz gut, wenn sie mit den Realitäten der Welt konfrontiert wird.

Das schützt vor Nabelschau. Der Diskurs hat sich in unserer Gesellschaft seit Ausbruch des Krieges verschoben: Schönwetterpolitik um Nebenthemen, die man sich im Wohlstand leisten kann, musste angesichts der Angst vor Kriegsauswüchsen, Inflation, Rohstoff- und Energie-Mangel radikal auf den Kopf gestellt werden. Plötzlich musste ganz Westeuropa umdenken – hin zu konkreter Sachpolitik für alle.

Was bedeutet dieser Wertewandel für unsere Gesellschaft? Was können wir von den Ukrainerinnen lernen?

Die ukrainischen Frauen helfen uns, uns aus den Fallen der deutschen Romantik zu befreien. Ukrainerinnen sind sehr leistungs- und karriereorientiert, sie unterscheiden nicht zwischen Frauen- und Männerberufen. Unter ihnen sind viele Naturwissenschaftlerinnen. In der Schweiz hingegen wählen die sozialen Schichten und Geschlechter ähnliche Berufsfelder und Lebensstile wie ihre Grosseltern. Das führt zu einem Mangel an Fachkräften und Innovation, den wir mit Immigration kompensieren. Aber das ist keine nachhaltige Lösung. Wir müssen wieder ein Herz fürs Praktische entwickeln und die ganze Gesellschaft als Einheit sehen. Mindestens 20 Prozent könnten besser ausgebildet werden, wenn wir ihre Potenziale erkennen und fördern. Das gilt gerade auch für Secondas und Flüchtlinge.

Wie attraktiv ist die Schweiz für die Ukrainerinnen? Wollen viele auch bleiben?

Die Beurteilung ist sehr individuell, natürlich spielen wirtschaftliche und soziale Perspektiven eine Rolle. Wenn die Kinder Freunde finden oder die Frauen einen neuen Partner, sind sie eher geneigt zu bleiben. Grundlegend ist aber die Ukraine nach wie vor das attraktivs-



Der Basler Integrationsexperte Thomas Kessler.

Bild: zvg

te Land für sie. In der Schweiz haben wir viel Wohlstand, aber das Neue, der Aufbruch, findet gerade in der riesigen Ukraine statt – politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich. Da kann man viel aufbauen und die Ukrainerinnen denken sehr unternehmerisch. Ausserdem ist der Heimatbezug bei vielen sehr stark. Die Ukrainerin, die ich aufgenommen hatte, interessiert sich vor allem für den Verbleib ihres Mannes und der Schwestern. Kommt hinzu, dass die Ukrainerinnen sich in der Schweiz in ein sehr gefestigtes Leben einfügen müssen. Die hiesige Regelkonformität entspricht nicht unbedingt dem Lebensstil der Osteuropäer. In der Ukraine haben sie mehr Gestaltungsspielraum.

Zu begabt für die Sekundarschule

Den Kantonen steht es frei, wie sie den Zugang zu Gymnasien für geflüchtete Kinder regeln. Das Problem sind die Landessprachen.

Hans-Caspar Kellenberger

Die vor dem Krieg in der Ukraine geflüchteten Kinder und Jugendlichen müssen in der Schweiz zur Schule gehen. Dies auch, wenn der Schutzstatus S eigentlich so angedacht ist, dass die Menschen wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren. Solange der Krieg in der Ukraine andauert, ist dies eher unwahrscheinlich. Die Infrastruktur im Land ist weitgehend zerstört. Zahlreiche Bildungs- und Sporteinrichtungen wurden Opfer des massiven Beschusses. Daran, dass die ukrainischen Kinder schon bald zurückkehren und in der Ukraine zur Schule gehen, ist im Moment nicht zu denken.

Dabei müssen sich die Geflüchteten, die nun Schweizer Schulen besuchen, an viele neue Begebenheiten anpassen, wenn sie den Anschluss nicht verlieren wollen. Das gilt auch für schulisch begabte geflüchtete Kinder und Jugendliche in der ganzen Schweiz – und so auch in den beiden Basel.

Der aus dem ukrainischen Charkiw geflüchtete Luca (15)

zum Beispiel möchte hier eine Ausbildung machen oder studieren. Momentan besucht er die Sekundarschule 1 in Basel-Stadt. Viele Fächer, die in der Ukraine getrennt sind, werden in der Schweiz interdisziplinär vermittelt – zum Beispiel werden hier Algebra und Geometrie zusammengeführt, sagt er. Er würde gerne einmal Arzt oder Biologe werden. Dafür muss er ins Gymnasium, das er in der Ukraine be-

«Beim Französisch würde ich mir Kulanz wünschen.»

Soshya Kaufmann
Basler Erziehungsrätin (SP)

sucht hat, bis der Krieg ausbrach. Luca kann bereits ein wenig Deutsch, er lernt schnell. In der Sekundarschule ist er in den meisten Fächern unterfordert.

Die Krux mit den Landessprachen

Die national geregelte Maturitätsverordnung in der Schweiz steht aber zwischen ihm und dem Besuch des Gymnasiums. Denn: Neben Mathematik, Biologie, Chemie oder Geschichte gehören auch mindestens zwei Landessprachen zu den obligatorischen Grundlagenfächern.

Die ehemalige SP-Grossrätin Danielle Kaufmann, die eine ukrainische Familie mit zwei Kindern zu Gast hatte, sieht das kritisch: «Man lässt eine ganze Generation hängen. Der Schutzstatus S ist darauf ausgelegt, dass die Menschen zurückkehren. Man tut daher wenig, dass diese Kinder ihr Schulniveau halten können, auch die Gymnasiasten nicht.» Die Basler Erziehungsrätin Soshya Kaufmann (SP) sagt: «Beim fehlenden Französisch würde ich mir wünschen, man könnte kulant

sein und die Maturitätsverordnung für diese Jugendlichen anpassen.» Diese seien aber nicht das einzige Problem. «Ein gymnasialer Unterricht ohne ausreichende Deutschkompetenzen ist leider kaum zu schaffen.»

In Basel-Stadt sind derzeit 73 Kinder und Jugendliche aus der Ukraine in Gymnasien oder Berufsfachschulen eingeteilt, in den Sekundarschulen sind es 91. «Die Zahlen zeigen, dass bislang nur rund 10 Prozent der Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine im entsprechenden Alter ein Gymnasium besuchen», sagt Simon Thiriet, Leiter Kommunikation des Erziehungsdepartements (ED) von Basel-Stadt.

An den Gymnasien werden hohe Anforderungen an das Beherrschen der Landessprachen gestellt. «Diese Fähigkeiten zu erlernen, benötigt Zeit», sagt Thiriet. «Es ist deshalb verständlich, dass die elf Monate, die seit Ankunft der ersten Familien vergangen sind, für Jugendliche mit wenig Vorkenntnissen noch nicht ausreichen.» Im Baselbiet sind keine Kinder aus der Ukraine in den fünf Gymnasien einge-

teilt, dafür 151 in der Sekundarschule. Bei der kantonalen Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) heisst es auf Anfrage der bz, dass «unter besonderen Umständen» – z. B. bei guten intellektuellen Voraussetzungen ohne entsprechende Sprachkenntnisse – «im absoluten Ausnahmefall die Möglichkeit einer provisorischen Aufnahme «sur dossier» an ein Gymnasium bestehe.

Die Kantone stehen in der Pflicht

Die BKSD weist zudem darauf hin, «dass die Gymnasialquote in der Ukraine um ein Mehrfaches höher ist als in der Schweiz». Eine Vergleichbarkeit der Ausbildungsgänge sei nur bedingt gegeben. So sei es logisch, dass nicht alle Jugendlichen, die in der Ukraine ein Gymnasium besucht haben, dies in der Schweiz auch können.

«Grundvoraussetzung ist immer eine Einschätzung der Qualität der Ausbildung im Herkunftsland – und da sieht man grosse Unterschiede», sagt Simon Thiriet vom Erziehungsdepartement

Basel-Stadt. Die gleiche Problemstellung bestehe auch für Jugendliche aus anderen Ländern, so Thiriet. Die Kantone befänden sich im Rahmen der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren und der Mittelschulverbände im Austausch. Die Herausforderung sei gross. «Hierbei handelt es sich um eine schweizweite Thematik», sagt Thiriet.

Bei der Geschäftsstelle der Schweizer Maturitätskommission heisst es auf Anfrage, dass man beim Bund «auf den Abschluss und nicht auf den Anfang» schaue. Die Maturaprüfungen sind schweizweit anerkannt, deshalb müsse zwingend eine zweite Landessprache geprüft werden. Wie und ob geflüchtete Kinder und Jugendliche Zugang zum Gymnasium bekommen, sei den Kantonen überlassen. Das heisst: Den Kantonen steht es frei, den Zugang zu den Gymnasien für begabte Geflüchtete zu regeln – und diese auf die Maturaprüfung entsprechend vorzubereiten, auch beim Erlernen einer zweiten Landessprache.

Video- und Audiobeiträge



«Die Solidarität in der Region ist gross»

(Telebasel News, 04.03.2022, 5:34 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/1a6425d7-6c4b-4255-9c14-6186b0c2749c/media=5f49d0a0-a792-4087-934b-d6708af304a3>



«Ukrainerinnen suchen Arbeit»

(Telebasel Report, 23.03.2022, 12:00 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/1a6425d7-6c4b-4255-9c14-6186b0c2749c/media=050754bb-b636-4875-8a04-002941f58255>



«Einschulung: Ein Stück Alltag für Jugendliche aus der Ukraine»

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 07.04.2022, 4:42 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/1a6425d7-6c4b-4255-9c14-6186b0c2749c/media=551c2109-6dbe-4bc5-92cb-a18929d56e88>



«Ukrainische Netzwerke setzen sich für bessere Verteilung ein»

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 14.04.2022, 5:48 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/1a6425d7-6c4b-4255-9c14-6186b0c2749c/media=6aba45d0-9343-40fb-9c1b-896e035eb5ae>



«Basels Freiwillige helfen bei der Integration von Ukrainerinnen»

(Telebasel Report, 27.04.2022, 11:58 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/1a6425d7-6c4b-4255-9c14-6186b0c2749c/media=70011920-8b5e-4f63-9d1a-add05a7f0913>



«Baslerinnen sammeln Fenster für Ukraine»

(Telebasel News, 03.09.2022, 2:28 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/1a6425d7-6c4b-4255-9c14-6186b0c2749c/media=8038c126-3846-4a6f-9876-de349e51dd7b>



«Zurückgehen oder nicht? Ukrainische Geflüchtete Uliana Makarenko im Dilemma»

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 11.08.2022, 10:28 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/1a6425d7-6c4b-4255-9c14-6186b0c2749c/media=5221f2d4-9bd6-4d26-9905-bbf1a233c58b>

Impressum

Basler Stadtbuch, Dossier 2022:
Ukrainische Flüchtlinge in Basel

Redaktion: Christoph Merian Stiftung, Abteilung Kultur

Redaktionsschluss: Januar 2023

Lektorat und Korrektorat: Dr. Rosmarie Anzenberger

© 2022 Leitartikel (S. 3–6): Christoph Heim

© 2022 Titelbild: «вітаємо! добро пожаловать!» («Glückwunsch! Herzlich willkommen!»), ukrainisch-russisches Graffito, bblackboxx Basel, Freiburgerstrasse 222, Foto: Redaktion Basler Stadtbuch, 2022

www.baslerstadtbuch.ch

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein kostenloser Service public der Christoph Merian Stiftung.

www.cms-basel.ch

www.baslerstadtbuch.ch